Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2375**
15. Wahlperiode 15. 01. 2004

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gemäß § 3 Bundeswahlgesetz

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 12. Januar 2004 gemäß § 3 Abs. 4 Bundeswahlgesetz vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1954).

1 Aufgaben und Zusammensetzung der Kommission

1.1 Aufgaben der Kommission

Zu Beginn jeder Wahlperiode des Deutschen Bundestages beruft der Bundespräsident gemäß § 3 Abs. 2 Bundeswahlgesetz (BWG) eine unabhängige Wahlkreiskommission. Nach § 3 Abs. 3 BWG hat die Wahlkreiskommission die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Einteilung der Bundestagswahlkreise sie im Hinblick darauf für erforderlich hält. Die Kommission kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie nach § 3 Abs. 1 BWG folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern muss deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
3. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 v. H. nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 v. H., ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Maßgebend für die Ermittlung der Bevölkerungszahl ist die deutsche Bevölkerung.

Die Vorschläge der Kommission sind dem Bundesministerium des Innern innerhalb von 15 Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Deutschen Bundestages zuzuleiten (§ 3 Abs. 4 BWG). Der Bericht für die 15. Wahlperiode ist demnach bis zum 17. Januar 2004 zu erstatten.

1.2 Zusammensetzung der Kommission

Zu Mitgliedern der Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages sind vom Bundespräsidenten am 2. Oktober 1995 und 6. April 2003 berufen worden:

Ilse-Sabine Beck	Richterin am Bundesverwaltungsgericht
Helga Block	Ministerialdirigentin im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Christiane Friedrich	Ministerialrätin im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg
Johann Hahlen	Präsident des Statistischen Bundesamtes
Thomas Hutt	Leitender Ministerialrat im Thüringer Innenministerium
Volkhard Spilarewicz	Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern
Karl-Ludwig Strelen	Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik

Die Kommission wählte in ihrer konstituierenden Sitzung am 7. Mai 2003 den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen zu ihrem Vorsitzenden und den Präsidenten des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik Karl-Ludwig Strelen zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden.

Weitere Sitzungen fanden am 25. Juni, 6. Oktober und 28. November 2003 statt.

1.3 Beteiligung anderer Institutionen

Die Leiterin des Wahlrechtsreferates im Bundesministerium des Innern, Frau Ministerialrätin Bickenbach, hat als Vertreterin des Bundesministeriums des Innern an den Sitzungen teilgenommen. Die Kommission hielt bei ihrer Arbeit Kontakt mit den Landesregierungen und deren für Wahlangelegenheiten zuständigen Bediensteten. Jede Landesregierung hatte Gelegenheit, für ihr Land gegenüber der Kommission zur Wahlkreiseinteilung Stellung zu nehmen. Die Landesregierungen wurden gebeten, auch die Landesverbände der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu beteiligen.

2 Ausgangslage

2.1 Entwicklung der Wahlkreiseinteilung

2.1.1 Reduzierung der Zahl der Wahlkreise und Modifikation der Grundsätze für die Wahlkreiseinteilung durch das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

Mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S. 1712) hat der Gesetzgeber bestimmt, dass der Deutsche Bundestag ab der 15. Wahlperiode vorbehaltlich der sich aus dem BWG ergebenden Abweichungen aus 598 – statt bisher 656 – Abgeordneten besteht. Dementsprechend sieht dieses Gesetz weiter vor, dass sich die Zahl der Wahlkreise ab der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag von zuvor 328 auf 299 verringert.

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber die Grundsätze für die Wahlkreiseinteilung modifiziert:

– Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG muss die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 BWG a. F. sah bis dahin vor, dass die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen soll.

– § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG bestimmt, dass die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht mehr als 15 v. H. (§ 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 BWG a. F.:

25 v. H.) nach oben oder unten abweichen soll; beträgt die Abweichung mehr als 25 v. H. (§ 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 BWG a. F.: 33 1/3 v. H.), ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.

Motiv für diese Neuregelungen in § 3 Abs. 1 BWG war eine bessere Verwirklichung des Prinzips der Gleichheit der Wahl (Artikel 38 des Grundgesetzes) und eine weitgehende Vermeidung des Entstehens von Überhangmandaten. Diese Grundsätze bilden die verbindliche Grundlage für die Arbeit der ständigen Wahlkreiskommission (vgl. Begründung zum Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, Bundestagsdrucksache 13/5583, Zu Artikel 1, Zu Nummer 2).

2.1.2 Neueinteilung des Wahlgebietes in 299 Bundestagswahlkreise

Artikel 2 des Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sah vor, die Einteilung der 299 Wahlkreise bis zum Ablauf der 13. Wahlperiode durch Gesetz festzulegen. Dem ist der Gesetzgeber durch das Gesetz zur Neueinteilung der Wahlkreise für die Wahl zum Deutschen Bundestag (Wahlkreisneueinteilungsgesetz – WKNeuG) vom 1. Juli 1998 (BGBl. I S. 1698) nachgekommen. Die Wahlkreiseinteilung nach dem WKNeuG lag dem Bericht der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode vom 24. November 1999 (Bundestagsdrucksache 14/2597) sowie ihrem Ergänzenden Bericht vom 12. Juli 2000 (Bundestagsdrucksache 14/4031) zugrunde.

Mit Artikel 1 des Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 27. April 2001 (BGBl. I S. 701, 2002 I S. 1848) hat der Gesetzgeber unter Würdigung der Grundsätze für die Wahlkreiseinteilung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BWG sowie der Ausführungen und Vorschläge aus dem Bericht und dem Ergänzenden Bericht der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode gegenüber der Einteilung nach dem WKNeuG 75 Wahlkreise neu abgegrenzt. Diese Neuabgrenzungen hat der Gesetzgeber vorgenommen, um der seit Inkrafttreten des WKNeuG erfolgten Bevölkerungsentwicklung sowie dem Abschluss von Gebiets- und Verwaltungsreformen in einigen Bundesländern Rechnung zu tragen und einige Wahlkreise besser auf regionale und kommunale Gebiets- und Verwaltungsstrukturen abzustimmen. Vor dem Hintergrund des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl gemäß Artikel 38 Abs. 1 Satz 1 GG und der Regelung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG, nach der die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen muss, ist der Gesetzgeber insbesondere dem Vorschlag der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode für eine geänderte Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder gefolgt (vgl. Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 14/4497, Begründung zu Artikel 1, S. 31 ff.). Im Vergleich mit der Verteilung der Wahlkreise auf die Länder durch das WKNeuG ist durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Bevölkerungsentwicklung den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt je ein Wahlkreis weniger zugeordnet sowie den Ländern Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein je ein Wahlkreis hinzugefügt worden, um die Zahl der Wahlkreise in diesen Ländern an ihren Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland anzupassen. Auf dieser Grundlage ist die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 durchgeführt worden.

Die Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode hat ihren Beratungen die Abgrenzung und Beschreibung der 299 Wahlkreise nach der Anlage zu § 2 Abs. 2 BWG in der Fassung, die sie durch Artikel 1 des Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie durch die Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag vom 31. Juli 2002 (BGBl. I S. 2964) erhalten hat, zugrunde gelegt.

Nach den Festlegungen des Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes verteilen sich die 299 Wahlkreise auf die 16 Länder wie folgt:

Schleswig-Holstein	11	(Wahlkreise 1 – 11)
Mecklenburg-Vorpommern	7	(Wahlkreise 12 – 18)
Hamburg	6	(Wahlkreise 19 – 24)
Niedersachsen	29	(Wahlkreise 25 – 53)
Bremen	2	(Wahlkreise 54 – 55)
Brandenburg	10	(Wahlkreise 56 – 65)
Sachsen-Anhalt	10	(Wahlkreise 66 – 75)
Berlin	12	(Wahlkreise 76 – 87)
Nordrhein-Westfalen	64	(Wahlkreise 88 – 151)
Sachsen	17	(Wahlkreise 152 – 168)
Hessen	21	(Wahlkreise 169 – 189)
Thüringen	10	(Wahlkreise 190 – 199)
Rheinland-Pfalz	15	(Wahlkreise 200 – 214)
Bayern	44	(Wahlkreise 215 – 258)
Baden-Württemberg	37	(Wahlkreise 259 – 295)
Saarland	4	(Wahlkreise 296 – 299)

Der Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder und der Neuabgrenzung der Wahlkreise in den Ländern durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes lag der Stand der deutschen Bevölkerung am 30. September 1999 zugrunde.

2.2 Bevölkerungszahlen

Für die Überprüfung der Bevölkerungsentwicklung standen der Wahlkreiskommission Unterlagen der amtlichen Statistik über die auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 1987 und der Daten des zentralen Einwohnerregisters der DDR fortgeschriebene deutsche Bevölkerung nach dem Stand 31. Dezember 2002 auf Gemeinde-

ebene zur Verfügung. Der Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 ergibt sich für die 16 Länder aus Anlage 1a (einschließlich der rechnerischen Verteilung der 299 Wahlkreise auf die Länder) sowie für die gegenwärtigen und vorgeschlagenen Wahlkreise aus Anlage 1b. Diese Daten bilden allein die Grundlage für die Vorschläge der Kommission, da sie das einzige vollständige Zahlenmaterial bis auf Gemeindeebene darstellen.

Vergleichszahlen zum Stand der deutschen Bevölkerung für die Länder am 30. Juni 2003 und zur rechnerischen Verteilung der 299 Wahlkreise nach diesen Zahlen auf die 16 Länder sind nachrichtlich in Anlage 2 zusammengestellt.

3 Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreise

3.1 Bevölkerungsentwicklung

Zunächst hat die Kommission die Bevölkerungsentwicklung nach Ländern untersucht, welche nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG die Grundlage für die Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder bildet. Gegenüber dem 30. September 1999 (Grundlage für das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes) hat die deutsche Bevölkerung bis zum 31. Dezember 2002 um 414 953 zugenommen. Die Veränderungen der Bevölkerungszahlen in den Ländern im Berichtszeitraum vom 30. September 1999 bis 31. Dezember 2002 betragen:

Land	Anzahl
Baden-Württemberg	+ 204 082
Bayern	+ 196 914
Berlin	– 9 945
Brandenburg	– 20 646
Bremen	+ 15 381
Hamburg	+ 29 858
Hessen	+ 69 457
Mecklenburg-Vorpommern	– 53 262
Niedersachsen	+ 85 392
Nordrhein-Westfalen	+ 146 368
Rheinland-Pfalz	+ 27 511
Saarland	– 9 632
Sachsen	– 129 098
Sachsen-Anhalt	– 111 921
Schleswig-Holstein	+ 39 944
Thüringen	– 65 450

3.2 Gebietsstand

Dem Bericht liegt für die Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise – entsprechend dem jüngsten vorliegenden Bevölkerungsstand auf Gemeindeebene – grundsätzlich der Gebietsstand am 31. Dezember 2002 zugrunde. Sofern in Einzelfällen ein späterer Gebietsstand berücksichtigt wurde, um in den jeweils betroffenen Ländern erfolgte kommunale Gebietsänderungen einbeziehen zu können, ist dies in den Bemerkungen zur Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise ausgewiesen.

Soweit seit der Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag vom 31. Juli 2002 (BGBl. I S. 2964), welcher der Gebietsstand zum 1. April 2002 zugrunde lag, Wahlkreisgrenzen berührende Gebietsänderungen sowie kommunale Namensänderungen stattgefunden haben, sind diese in den Vorschlägen berücksichtigt.

Die Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen Verfassungsbeschwerden betroffener Kommunen vor dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg anhängig. Nach Bestandskraft der Gemeindegebietsreform könnte sich für den Gesetzgeber Änderungsbedarf ergeben, um die Teilung von Gemeinden durch Wahlkreisgrenzen zu verhindern.

Ob und wann die mit Staatsvertrag vom 27. Mai 2003 zwischen dem Saarland und dem Land Rheinland-Pfalz vereinbarte Änderung der gemeinsamen Landesgrenze in Kraft tritt und eine entsprechende Anpassung der Grenzen der betroffenen Wahlkreise gemäß § 3 Abs. 5 BWG wirksam wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht absehen.

4 Vorschläge der Kommission zur Änderung der Wahlkreiseinteilung

4.1 Vorschläge zur Verteilung der Wahlkreise auf die Länder

4.1.1 Grundsätze

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG muss die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. Damit will der Gesetzgeber sicherstellen, dass der gleiche Erfolgswert aller Wählerstimmen gewahrt bleibt und möglichst keine Überhangmandate aufgrund ungleicher Verteilung der Wahlkreise auf die Länder entstehen.

Die Wahlkreiskommission ist nach eingehenden Erörterungen und unter Würdigung der von der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode vertretenen Auffassung (vgl. Bundestagsdrucksache 14/2597 vom 20. Januar 2000, S. 6 ff., und Bundestagsdrucksache 14/4031 vom 23. August 2000, S. 3/4) zu dem Ergebnis gelangt, dass die Regelung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG nach Wortlaut, Entstehungsgeschichte und Sinn und Zweck eine Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder entsprechend deren Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung im Wahlgebiet in strikter Anwendung des proportionalen Zuteilungsverfahrens nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den größten Restwerten (Hare/Niemeyer) gebietet. Der Gesetzgeber hat zwar in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG – anders als bei der Regelung der Sitzverteilung nach den gültigen Zweitstimmen in § 6 Abs. 2 BWG – kein bestimmtes Verhältnis-

Verteilungssystem vorgeschrieben. Der Wahlgesetzgeber hat aber vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 1997 zur Überhangmandatsproblematik (BVerfGE Bd. 95, S. 335 ff.) im Anschluss an die Empfehlungen der Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages vom 12. Juni 1996 (Bundestagsdrucksache 13/4860, S. 6/7) mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S. 1712) die Regelung über die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG neu gefasst (vgl. oben unter 2.1.1).

In der Begründung zu dem Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Bundestagsdrucksache 13/5583, S. 10) heißt es, dass diese Neuregelung dem Gesetzgeber Grundsätze vorgebe, die der besseren Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl (Artikel 38 des Grundgesetzes) und der weitgehenden Vermeidung des Entstehens von Überhangmandaten dienen sollen. Im Gegensatz zum vor dieser Gesetzesänderung geltenden Recht, wonach die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen sollte, müsse in Zukunft eine solche weitgehende Entsprechung gewährleistet sein. Bereits in der Vergangenheit sei in der Rechtswissenschaft die Auffassung vertreten worden, die Soll-Vorschrift des § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 BWG a. F. sei im Wege verfassungskonformer Auslegung im Sinne einer Muss-Vorschrift zu interpretieren. Diese Auffassung mache sich der Gesetzentwurf zu eigen.

Der Gesetzgeber hat also mit der Neufassung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG die zuvor geltende „Soll-Vorschrift“ in eine „Muss-Regelung“ umgewandelt, um dem Gedanken einer proportionalen Verteilung der Wahlkreise auf die Länder entsprechend dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Landes deutlich stärkere Geltung zu verschaffen. Dabei hat er allerdings die Wendung „soweit wie möglich“ beibehalten.

Bei Anwendung des Hare/Niemeyer-Verfahrens erfolgt die Verteilung derjenigen Wahlkreise, die den Ländern nach deren Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung nicht bereits ganzzahlig zufallen, ausschließlich nach dem größten Restwert. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission eingehend erörtert, ob § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG dem Gesetzesanwender mit der Formulierung „muss ... so weit wie möglich“ einen Spielraum belässt, der es ermöglicht, beispielsweise durch Anwendung der Regeln der Auf- und Abrundung in gewissem Umfang dem Gedanken der Kontinuität der Wahlkreiszuteilung Rechnung zu tragen und dadurch zu vermeiden, dass es bereits bei verhältnismäßig geringfügigen Bevölkerungsverschiebungen zwischen den 16 Ländern möglicherweise in jeder Wahlperiode zur Umverteilung einer oder mehrerer Wahlkreise zwischen den Ländern kommt. Dabei ist nach Auffassung der Kommission entscheidend, ob die fragliche Gesetzesformulierung im Sinne strikter Proportionalität als „soweit rechnerisch möglich“ auszulegen ist oder eine gewisse „Abmilderung“ der „Muss-Regelung“ bezweckt, also letztlich nur eine annähernde Proportionalität anstrebt und damit bei der proportionalen Verteilung der Wahlkreise eine Berücksichtigung anderer Gesichtspunkte zulässt.

Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, dass nach der oben dargestellten Entstehungsgeschichte der Neufassung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG und nach dem Zweck der Neuregelung, nämlich einer besseren Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl und einer Vermeidung von Überhangmandaten, die proportionale Zuteilung der Wahlkreise auf die Länder – im Gegensatz zur Regelung der Abgrenzung der Wahlkreise in den Ländern (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG) – strikt durchgeführt werden muss, sodass kein Raum bleibt, zur Wahrung der Kontinuität einer bestehenden Wahlkreisverteilung die Regeln der Auf- und Abrundung der errechneten Dezimalstellen bei Verteilung der Wahlkreise auf die Länder zu berücksichtigen. Ein aus solchen Rundungsregeln folgender „Anspruch“ auf Beibehaltung der bisher zugeordneten Anzahl von Wahlkreisen, die einem Land bei strikter Anwendung des proportionalen Zuteilungsverfahrens nach seinem Restwert nicht zustehen würde, lässt sich mit den herkömmlichen Auslegungsregeln aus § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG nicht begründen, zumal § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG gerade eine andere Regelung trifft, als sie in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG für die Bildung der Wahlkreise in den 16 Ländern vorgesehen ist.

Mit dieser Auslegung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG weicht die Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode von den Grundsätzen ab, nach welchen die Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode ihre Arbeit ausgerichtet hatte. Danach war eine Anpassung der Zahl der Wahlkreise in den 16 Ländern nur dann vorzuschlagen, wenn sich nach den Regeln der Auf- und Abrundung der errechneten Dezimalstellen eine geänderte Verteilung der Wahlkreise auf die 16 Länder ergab, wobei Wahlkreisverluste grundsätzlich auch dann realisiert werden sollten, wenn sich nach den Regeln der Aufrundung nicht die gleiche Zahl von Wahlkreiszuwächsen ergab. In einem solchen Fall sollten die entfallenden Wahlkreise den von der Aufrundung profitierenden Ländern zugeschlagen werden und sodann unter den übrigen Ländern denjenigen Ländern mit den jeweils höchsten Dezimalanteilen zugeschlagen werden. Wenn im umgekehrten Fall die Zahl der durch Aufrundung ermittelten Wahlkreiszuwächse höher war als die Zahl der durch Abrundung ermittelten Wahlkreisverluste, sollte eine Wahlkreisverschiebung nur zu den Ländern mit den jeweils höchsten Dezimalanteilen erfolgen. Nur insoweit wurden die Rundungsregelungen durch das Hare/Niemeyer-Verfahren ergänzt. Nach diesen Grundsätzen konnte ein Land – auch wenn sein Dezimalanteil über 0,5 lag – einen zusätzlichen Wahlkreis nur dann erhalten, wenn ein anderes Land unter den Dezimalanteil von 0,5 sank. Bei Abwägung der Gesichtspunkte „gleicher Erfolgswert aller Wählerstimmen“ und Wahlkreiskontinuität hatte die Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode somit in gewissem Umfang der Wahlkreiskontinuität den Vorzug gegeben.

Nach Auffassung der Wahlkreiskommission für 15. Wahlperiode stellt die gesetzliche Regelung des § 3 Abs. 1

Satz 1 Nr. 2 BWG – wie bereits oben dargestellt – allein auf die proportionale Verteilung der Wahlkreise entsprechend der deutschen Bevölkerung der Länder ab. Dass eine Verteilung der Wahlkreise unter strikter Anwendung des Hare/Niemeyer-Verfahrens wegen der damit gegebenenfalls verbundenen verstärkten Umverteilung der Wahlkreise nicht im Sinne von § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG möglich wäre, ist nicht ersichtlich. Diese Folge ist nach Auffassung der Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode in Kauf zu nehmen, um die nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG gebotene bevölkerungsproportionale Zuteilung – eben: soweit wie möglich – zu verwirklichen. Die geänderten Grundsätze stehen im Übrigen auch nicht in Widerspruch zu der bisherigen tatsächlichen Verteilung der Wahlkreise unter Geltung der gesetzlichen Neuregelung. Denn die Grundsätze der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode haben sich seinerzeit nicht auf die Wahlkreisverteilung ausgewirkt: Die damals maßgeblichen Bevölkerungszahlen in den Ländern hätten auch bei strikter Anwendung des Hare/Niemeyer-Verfahrens zu demselben Ergebnis geführt. Praktische Bedeutung haben die geänderten Grundsätze allerdings für die Vorschläge der Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode (siehe nachstehend unter 4.1.2).

4.1.2 Folgerungen

Die gegenwärtige Verteilung der Wahlkreise auf die Länder nach der Anlage zu § 2 Abs. 2 BWG sowie die unter Zugrundelegung der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den höchsten Resten (Hare/Niemeyer) errechnete Verteilung der Bundestagswahlkreise zeigt die nachfolgende Tabelle:

Zahl der Wahlkreise in den Ländern aufgrund der Verteilung der deutschen Bevölkerung*) am 31. Dezember 2002

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002		Zahl der Wahlkreise						
	Anzahl	%	gegenwärtig	nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 auf Dezimalstellen1)				mehr	weniger
				ganzzahliger	„Reste“	Zuteilung nach dem größten Rest	proportionaler	als bisher	
Schleswig-Holstein	2 663 081	*3,5*	11	10	0,590	–	10	–	1
Mecklenburg-Vorpommern	1 707 084	*2,3*	7	6	0,788	1	7	–	–
Hamburg	1 473 687	*2,0*	6	5	0,860	1	6	–	–
Niedersachsen	7 442 421	*9,9*	29	29	0,596	1	30	1	–
Bremen	579 464	*0,8*	2	2	0,304	–	2	–	–
Brandenburg	2 515 614	*3,3*	10	10	0,004	–	10	–	–
Sachsen-Anhalt	2 500 189	*3,3*	10	9	0,942	1	10	–	–
Berlin	2 947 648	*3,9*	12	11	0,722	1	12	–	–
Nordrhein-Westfalen	16 096 568	*21,4*	64	64	0,011	–	64	–	–
Sachsen	4 233 701	*5,6*	17	16	0,836	1	17	–	–
Hessen	5 386 132	*7,2*	21	21	0,419	–	21	–	–
Thüringen	2 345 408	*3,1*	10	9	0,327	–	9	–	1
Rheinland-Pfalz	3 746 017	*5,0*	15	14	0,897	1	15	–	–
Bayern	11 213 341	*14,9*	44	44	0,592	1	45	1	–
Baden-Württemberg	9 363 582	*12,5*	37	37	0,236	–	37	–	–
Saarland	974 789	*1,3*	4	3	0,876	1	4	–	–
Bundesgebiet	**75 188 726**	***100***	**299**	**290**	**X**	**9**	**299**	**2**	**2**

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.
1) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 251 467.

Bei Anwendung der in Abschnitt 4.1.1 dargestellten Grundsätze verlieren nach dem Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 bei einer Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den größten Resten (Hare/Niemeyer) Schleswig-Holstein (Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 nach Dezimalstellen: 10,590) und der Freistaat Thüringen (Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 nach Dezimalstellen: 9,327) je einen Wahlkreis, während der Freistaat Bayern (Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 nach Dezimalstellen: 44,592) und Niedersachsen (Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 nach Dezimalstellen: 29,596) je einen zusätzlichen Wahlkreis erhalten. Danach entfallen auf Schleswig-Holstein 10 (statt bisher 11) und auf den Freistaat Thüringen 9 (statt bisher 10) Wahlkreise. Der Freistaat Bayern erhält dann 45 (statt bisher 44) und Niedersachsen 30 (statt bisher 29) Wahlkreise.

Die Wahlkreiskommission schlägt daher eine dementsprechend geänderte Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder vor, mit der die Zahl der Wahlkreise in den Ländern Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen an ihren Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland angepasst wird. Dabei hat die Kommission in ihre Überlegungen einbezogen, dass sich die Zahlen der deutschen Bevölkerung zum 31. Dezember 2002 in den betroffenen vier Ländern im Rahmen einer langjährig zu beobachtenden Entwicklung bewegen (vgl. Anlage 3). Die deutsche Bevölkerung hat in Thüringen zwischen dem 31. Dezember 1998 und dem 31. Dezember 2002 kontinuierlich und nachhaltig abgenommen. Bayern und Niedersachsen verzeichnen in diesem Zeitraum eine starke Bevölkerungszunahme, die den leichten Bevölkerungszuwachs in Schleswig-Holstein deutlich übersteigt.

Diese Einschätzung wird durch die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum Stand der deutschen Bevölkerung am 30. Juni 2003 bestätigt. Werden diese Bevölkerungszahlen der Berechnung der Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den höchsten Resten (Hare/Niemeyer) zugrunde gelegt, so ergibt sich weiterhin der Verlust je eines Wahlkreises für Schleswig-Holstein und Thüringen sowie der Zuwachs je eines Wahlkreises für Bayern und Niedersachsen (vgl. Anlage 2).

Die Landesregierungen von Thüringen und Schleswig-Holstein haben zu dem vorgeschlagenen Verlust je eines Wahlkreises in ihren Ländern im Wesentlichen wie folgt Stellung genommen:

Die Thüringer Landesregierung lehnt den Wegfall eines Wahlkreises im Freistaat Thüringen ab. Zur Begründung führt sie aus, dass sich dieser Vorschlag der Wahlkreiskommission ausschließlich an formalen Kriterien orientiere und dabei wesentliche Aspekte außen vor lasse. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits Sachsen und Sachsen-Anhalt den Verlust je eines Wahlkreises hätten hinnehmen müssen, würde die Zahl der Abgeordneten aus den jungen Ländern durch eine Reduzierung der Thüringer Wahlkreise weiter abnehmen und der Einfluss dieser Länder auf der Ebene des Bundes erneut verringert. Es sei jedoch dringend geboten, dass die jungen Länder über eine ausreichende Gesamtrepräsentanz im Deutschen Bundestag verfügten, damit die spezifischen Interessen der jungen Länder angesichts der nach wie vor bestehenden Rahmenbedingungen in gebotener Weise vertreten werden könnten. Soweit auf die Bevölkerungsentwicklung abgestellt werde, gelte es, die längerfristige Entwicklung nach der Wiedervereinigung erst einmal wirken zu lassen.

Den Einwänden der Thüringer Landesregierung vermag die Wahlkreiskommission aus den oben (unter 4.1.1) dargestellten Gründen nicht zu folgen. Der Umfang der Repräsentanz der neuen Länder im Deutschen Bundestag und eine längerfristige, jedenfalls ungewisse zukünftige Bevölkerungsentwicklung sind keine bei Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG relevanten Gesichtspunkte.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein vertritt die Auffassung, dass auch die veränderte gesetzliche Vorgabe, wonach die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen müsse, dem Gesetzgeber weiterhin denjenigen Ermessensspielraum einräume, der erforderlich sei, um auch den Aspekt der Stabilität und Kontinuität in der Wahlkreiseinteilung ausreichend zu wahren. Die von der Wahlkreiskommission verfolgte Absicht, unter Zugrundelegung des bei der Berechnung sich ergebenden größten Restes die Zuteilung bzw. den Abzug eines Wahlkreises ausschließlich aufgrund einer marginalen Abweichung in der dritten Nachkommastelle vorzuschlagen, werde nicht für zwingend erforderlich erachtet und daher abgelehnt.

Die Wahlkreiskommission hält auch gegenüber diesen Erwägungen an ihrem Vorschlag fest, die Zahl der Bundestagswahlkreise in Schleswig-Holstein von bisher 11 auf 10 zu reduzieren. Nach Auffassung der Kommission lässt der Regelungsgehalt des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG – wie oben (unter 4.1.1) näher ausgeführt – keinen Spielraum zur Berücksichtigung des Gesichtspunkts der Wahlkreiskontinuität. Da insbesondere mit Blick auf den Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit eine enge Auslegung dieser Vorschrift geboten erscheint, kommt es auch nicht darauf an, in welcher Höhe die Restwerte bei den einzelnen Ländern, welche zur Umverteilung von Wahlkreisen zwischen zwei Ländern führen, voneinander abweichen.

4.1.3 Nummerierung der Wahlkreise

Zur Verwaltungsvereinfachung und zum besseren Vergleich der Wahlkreise sind Vorschläge für die neuzubildenden Wahlkreise mit der fortlaufenden Nummer und dem Buchstaben a versehen. Die Auflösung von Wahlkreisen ist in der Nummerierung noch nicht fortgeschrieben worden. In der Anlage zu § 2 Abs. 2 BWG müsste der Gesetzgeber die Wahlkreise wie bisher jedoch mit fortlaufenden Nummern versehen.

4.2 Abgrenzung der Wahlkreise in den Ländern

4.2.1 Grundsätze

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG soll die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl aller Wahlkreise nicht um mehr als 15 % nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 %, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Die Einhaltung dieser Grundsätze dient im Wesentlichen dazu, den Grundsatz der Chancengleichheit bei der Stimmabgabe zu verwirklichen. Wenn alle Wahlkreisgrößen in etwa dem Bundesdurchschnitt entsprechen, haben die Erststimmen der Wähler in diesen Wahlkreisen einen ungefähr gleichen Erfolgswert.

Nach den aktuellsten bis auf Gemeindeebene zur Verfügung stehenden Bevölkerungszahlen (Stand: 31. Dezember 2002) beträgt die Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise bei 57 Wahlkreisen mehr als ± 15 %; davon weichen 20 Wahlkreise um mehr als ± 20 % von der durchschnittlichen deutschen Bevölkerungszahl ab. Kein Wahlkreis überschreitet die gesetzlich zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 % (vgl. Anlage 4).

Die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG durch den Gesetzgeber festgelegten Grundsätze sind Prüfungsmaßstab für die von der Wahlkreiskommission anzustellenden Untersuchungen und Vorschläge. Demgegenüber fällt nach Auffassung der Wahlkreiskommission nicht entscheidend ins Gewicht, dass der Wahlgesetzgeber bei der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes in einer Reihe von Fällen Abweichungen der Wahlkreisgröße vom Bundesdurchschnitt von über ± 15 % und zwar bis hin zu – 23,7 % (Wahlkreis 228 Deggendorf; Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2001) hingenommen hat.

Sämtliche 57 Wahlkreise, die nach dem Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 eine Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise von mehr als ± 15 % aufweisen, waren daher einer Überprüfung zu unterziehen, ob eine Neueinteilung dieser Wahlkreise geboten erscheint. Dabei war auch zu untersuchen, ob besondere Gründe eine Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 % rechtfertigen.

Der Wahlkreiskommission erscheinen Abweichungen der deutschen Bevölkerung eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerung aller Wahlkreise um mehr als 15 % nach oben oder unten im Einzelfall nach Abwägung der jeweils in Betracht kommenden Rahmenbedingungen insbesondere unter folgenden Gesichtspunkten hinnehmbar:

- Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BWG).
- Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BWG).
- Wahrung regionaler Besonderheiten.
- Kontinuität der Wahlkreiseinteilung.

Dabei ist die Wahlkreiskommission der Auffassung, dass die Gründe für ein Tolerieren einer Abweichung der deutschen Bevölkerung eines Wahlkreises vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise um mehr als ± 15 % umso gewichtiger sein müssen, je mehr sich diese Abweichung der gesetzlich zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 % nähert.

Die Kommission hat auf der Grundlage dieser Überlegungen sowie im Zusammenhang mit dem Zuwachs bzw. Verlust je eines Wahlkreises in den Ländern Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen für 26 der 57 Wahlkreise, die um mehr als ± 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweichen, Änderungen vorgeschlagen, um eine gleichmäßigere Bevölkerungsgröße der Wahlkreise zu erreichen und – in Einzelfällen – die Gefahr einer Überschreitung der gesetzlich zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 % auszuschließen. Bei drei Wahlkreisen (10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd, 116 Duisburg I und 230 Passau), die nach ihrem gegenwärtigen Wahlkreiszuschnitt die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 % nicht überschreiten, führen die Kommissionsvorschläge dazu, dass diese Wahlkreise mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweichen. Diese Überschreitungen der gesetzlichen Soll-Grenze erscheinen der Kommission nach Abwägung der jeweils im Einzelfall in Betracht kommenden Rahmenbedingungen hinnehmbar, da

- die vorgeschlagene Neuabgrenzung der Wahlkreise 116 Duisburg I und 230 Passau zwingend erforderlich ist, um besonders hohe Abweichungswerte in benachbarten Wahlkreisen zu vermindern;
- die Abweichungswerte dieser beiden Wahlkreise nach dem vorgeschlagenen Neuzuschnitt die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 % nur geringfügig überschreiten (Wahlkreis 116 Duisburg I: – 16,3 %; 230 Passau: – 15,1 %);
- eine Stärkung des Wahlkreises 117 Duisburg II (gegenwärtiger Abweichungswert: – 20,3 %) innerhalb der Grenzen der kreisfreien Stadt Duisburg nur erfolgen kann, indem der Wahlkreis 116 Duisburg I verkleinert wird, und
- die vorgeschlagene Abgrenzung des Wahlkreises 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd dem Zuschnitt dieses Wahlkreises nach dem WKNeuG entspricht

(vgl. im Einzelnen nachfolgend unter 4.2.2; zum Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen insgesamt sowie zu den nach den vorgeschlagenen Änderungen verbleibenden Wahlkreisen mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 vom Bundesdurchschnitt um 15 % und mehr, vgl. Anlagen 5 und 6).

Im Übrigen hat die Kommission keine Änderungsvorschläge unterbreitet, da nach umfassender Abwägung im

Einzelfall jeweils die Gründe für ein Tolerieren der jeweiligen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % überwogen.

Stellungnahmen der Landesregierungen zu den Vorschlägen der Wahlkreiskommission liegen von allen Ländern vor.

4.2.2 Folgerungen

Die Wahlkreiskommission hat auf dieser Grundlage die Stellungnahmen der Landesregierungen und der Landesverbände der im Deutschen Bundestag vertretenen politischen Parteien erörtert und ist nach Würdigung der vorgetragenen Gesichtspunkte sowie umfassender Abwägungen der jeweils in Betracht kommenden Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Wahlkreisen zu folgenden Ergebnissen gelangt (Einzelheiten vgl. Anlagen 7 und 8):

Baden-Württemberg:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Baden-Württemberg um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 261 Böblingen + 23,8 %,
- 262 Esslingen – 20,4 %,
- 268 Heilbronn +22,0 %,
- 287 Schwarzwald-Baar –17,2 %,
- 293 Biberach +18,5 %,
- 294 Ravensburg – Bodensee + 19,0 %.

Die Wahlkreiskommission schlägt folgenden Neuzuschnitt der Wahlkreise 261 Böblingen, 262 Esslingen, 268 Heilbronn und 294 Ravensburg – Bodensee vor, um die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze in diesen Wahlkreisen zu beseitigen bzw. zu vermindern:

- Wahlkreise 261 Böblingen und 262 Esslingen

  Der Wahlkreis 261 Böblingen wird verkleinert, indem die Gemeinden Schönaich, Steinenbronn, Waldenbuch und Weil im Schönbuch des Landkreises Böblingen in den Wahlkreis 263 Nürtingen umgesetzt werden. Zum Ausgleich gibt der Wahlkreis 263 Nürtingen die Gemeinden Notzingen, Oberboihingen und Unterensingen des Landkreises Esslingen an den Wahlkreis 262 Esslingen ab. Diese Umgliederungen verringern den Abweichungswert des Wahlkreises 261 Böblingen von + 23,8 % auf 11,9 %, der Wahlkreis 262 Esslingen weicht nur noch mit – 15,5 % – statt bisher – 20,4 % – vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab. Der Wahlkreis 263 Nürtingen weist in der vorgeschlagenen Neuabgrenzung einen Abweichungswert von + 0,8 % auf.

  Den Neuzuschnitt des Wahlkreises 261 Böblingen hält die Wahlkreiskommission angesichts der Bevölkerungszunahme in diesem Wahlkreis für erforderlich, damit die zwingende gesetzliche Neueinteilungsgrenze von ± 25 % bis zum Ende der 15. Wahlperiode eingehalten wird.

  Der hohe Abweichungswert des Wahlkreises 262 Esslingen lässt sich nach Auffassung der Kommission nicht mehr durch den Gesichtspunkt der Wahlkreiskontinuität rechtfertigen. Dass der Wahlkreis 262 Esslingen auch nach den vorgeschlagenen Umgliederungen die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 % mit – 15,5 % geringfügig überschreitet, erscheint der Kommission unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses in diesem Wahlkreis hinnehmbar, um stärkere Eingriffe in die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung zu vermeiden.

  Demgegenüber befürwortet die baden-württembergische Landesregierung, den Wahlkreis 261 Böblingen nur durch Umsetzung der Gemeinden Steinenbronn und Waldenbuch (Landkreis Böblingen) in den Wahlkreis 263 Nürtingen zu verkleinern. Dadurch würde der Abweichungswert des Wahlkreises 261 zwar nur auf + 18,7 % absinken und könne sich bei weiter anhaltendem Bevölkerungswachstum wieder rasch der 20-%-Marke nähern. Der Vorteil dieser Lösung läge aber in einer gewissen Kontinuität, da in den mit dem Landkreis Böblingen seit der Bundestagswahl 1980 identischen Wahlkreis in geringerem Umfang eingegriffen würde.

  Der Vorschlag der Wahlkreiskommission, die Gemeinden Notzingen, Oberboihingen und Unterensingen (Landkreis Esslingen) aus dem Wahlkreis 263 Nürtingen in den Wahlkreis 262 Esslingen umzusetzen, ist nach Auffassung der Landesregierung vertretbar, um den Wahlkreis 262 an die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 % heranzuführen. Die Verwaltungsgemeinschaft der Gemeinde Notzingen mit der Stadt Kirchheim unter Teck sowie der Gemeinden Oberboihingen und Unterensingen mit der Stadt Nürtingen sei nicht von gleicher Bedeutung, da es sich nicht um ein gesetzliches Kriterium nach § 3 Abs. 1 BWG handele.

  Die Wahlkreiskommission hält in Ansehung dieser Erwägungen an ihrem Vorschlag fest, neben den Gemeinden Steinenbronn und Waldenbuch auch die Gemeinden Schönaich und Weil im Schönbuch aus dem Wahlkreis 261 Böblingen in den Wahlkreis 263 Nürtingen umzusetzen, da mit Blick auf den starken Bevölkerungszuwachs im Wahlkreis 261 Böblingen eine nachhaltige Lösung geboten erscheint.

- Wahlkreis 268 Heilbronn

  Zur Verringerung des Abweichungswerts von + 22,0 % sollen die Gemeinden Löwenstein, Obersulm und Wüstenrot aus dem Wahlkreis 268 Heilbronn in den Wahlkreis 267 Neckar-Zaber umgegliedert werden. Durch diese Umsetzungen vermindert sich die Abweichung des Wahlkreises 268 Heilbronn auf + 13,2 %. Der Wahlkreis 267 Neckar-Zaber weist in der vorgeschlagenen Neuabgrenzung einen Abweichungswert von + 12,3 % auf.

Die Verkleinerung des Wahlkreises 268 Heilbronn ist nach Auffassung der Kommission erforderlich, da aufgrund des Bevölkerungszuwachses nicht ausgeschlossen werden kann, dass die zwingende gesetzliche Grenze von ± 25 % in der 15. Wahlperiode überschritten wird.

Die Landesregierung hat diesem Vorschlag zugestimmt.

– Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee

Die Wahlkreiskommission schlägt vor, den Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee zu verkleinern, indem die Gemeinde Aulendorf (Landkreis Ravensburg) dem Wahlkreis 295 Zollernalb – Sigmaringen zugeordnet wird. Durch diese Umsetzung reduziert sich der Abweichungswert des Wahlkreises 294 Ravensburg – Bodensee auf + 15,4 % (Wahlkreis 295 Zollernalb – Sigmaringen: + 8,8 % statt bisher + 5,1 %).

Angesichts des gegenwärtigen Abweichungswerts von + 19,0 % und des zu erwartenden weiteren Bevölkerungszuwachses im Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee hält die Wahlkreiskommission die vorgeschlagene Neuabgrenzung, welche ohne eine zusätzliche Durchschneidung von Wahlkreisen erfolgen kann, für sachgerecht. Dass der Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee trotz der befürworteten Umgliederung mit + 15,4 % geringfügig die gesetzliche Toleranzgrenze überschreitet, kann in Kauf genommen werden, um tiefere Einschnitte in die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung, die zudem eine Ausweitung der ohnehin beträchtlichen Nord-Süd-Ausdehnung des Wahlkreises 295 Zollernalb – Sigmaringen zur Folge hätten, zu vermeiden.

Die Landesregierung lehnt diesen Kommissionsvorschlag ab; sie zieht es vor, den bisherigen Abweichungswert des Wahlkreises 294 zu tolerieren und für eine Neuabgrenzung die weitere Bevölkerungsentwicklung abzuwarten.

Die Wahlkreiskommission hält ihren Vorschlag aufrecht, da die Verkleinerung des Wahlkreises 294 Ravensburg – Bodensee angesichts des Bevölkerungszuwachses in diesem Wahlkreis erforderlich erscheint.

Für die Wahlkreise 287 Schwarzwald-Baar und 293 Biberach sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der Landesregierung von Änderungsvorschlägen ab, da die Abweichungswerte unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes der Wahlkreiskontinuität insbesondere aus folgenden Gründen derzeit hingenommen werden können:

– Es ist nicht zu erwarten, dass diese beiden Wahlkreise bis zum Ende der 15. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 % überschreiten.

– Der Wahlkreis 287 Schwarzwald-Baar überschreitet bei stetiger Zunahme seiner deutschen Bevölkerung mit – 17,2 % die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 % nicht gravierend.

– Die nicht unerhebliche Abweichung der deutschen Bevölkerung des Wahlkreises 293 Biberach vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise erscheint der Kommission noch hinnehmbar, damit vor einer Neustrukturierung der Wahlkreise in der betroffenen Region – unter Einbeziehung des Wahlkreises 294 Ravensburg – Bodensee – die dortige Bevölkerungsentwicklung abgewartet werden kann. Weiterhin spricht gegen eine Neuabgrenzung, dass der Wahlkreis 293 Biberach weder durch das WKNeuG noch durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes geändert worden ist.

Bayern:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden 19 Wahlkreisen des Freistaates Bayern um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 215 Altötting	+ 23,9 %,
– 216 Freising	+ 24,1 %,
– 217 Fürstenfeldbruck	+ 17,8 %,
– 218 Ingolstadt	+ 19,3 %,
– 223 München-Land	+ 21,6 %,
– 225 Starnberg	+ 22,6 %,
– 227 Weilheim	+ 20,1 %,
– 228 Deggendorf	– 23,7 %,
– 229 Landshut	+ 18,0 %,
– 231 Rottal-Inn	– 20,6 %,
– 232 Straubing	– 15,5 %,
– 238 Bayreuth	– 20,3 %,
– 239 Coburg	– 20,6 %,
– 241 Kulmbach	– 15,3 %,
– 242 Ansbach	+ 19,5 %,
– 243 Erlangen	– 16,6 %,
– 244 Fürth	+ 18,9 %,
– 254 Augsburg-Land	+ 20,2 %,
– 258 Ostallgäu	+ 17,5 %.

Dem Freistaat Bayern stehen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung 44 Wahlkreise zu. Nach der seitherigen Bevölkerungsentwicklung und den oben (unter 4.1.1) dargestellten Grundsätzen der Wahlkreiskommission für die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder bei Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG würde der Freistaat Bayern einen zusätzlichen 45. Wahlkreis erhalten. Um diesen zusätzlichen Wahlkreis zu bilden und die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in den acht Wahlkreisen

– 215 Altötting,

– 216 Freising,

- 218 Ingolstadt,
- 223 München-Land,
- 225 Starnberg,
- 227 Weilheim,
- 228 Deggendorf und
- 254 Augsburg-Land

zu beseitigen bzw. zu vermindern, schlägt die Kommission für den Freistaat Bayern folgende Veränderung der Wahlkreiseinteilung vor, von der insgesamt 11 Wahlkreise in ihrer gegenwärtigen Abgrenzung betroffen wären:

- Im Regierungsbezirk Oberbayern wird ein zusätzlicher 45. Wahlkreis Erding – Ebersberg (mit der vorläufigen Nummer 215a) gebildet, der aus den Landkreisen Ebersberg (bisher Wahlkreis 215 Altötting) und Erding (bisher Wahlkreise 216 Freising und 223 München-Land) besteht.

  Der Wahlkreis 215 Altötting erhält die Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach des Landkreises Altötting aus dem Wahlkreis 226 Traunstein, sodass der Landkreis Altötting vollständig dem Wahlkreis 215 zugeordnet ist.

  Dem Wahlkreis 216 Freising werden fünf Gemeinden und die Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen aus dem Wahlkreis 218 Ingolstadt zugeteilt.

  Der Wahlkreis 225 Starnberg gibt die Gemeinden Gauting und Krailing des Landkreises Starnberg an den Wahlkreis 223 München-Land ab und erhält die Gemeinde Bernried sowie die Verwaltungsgemeinschaft Seeshaupt des Landkreises Weilheim-Schongau aus dem Wahlkreis 227 Weilheim.

  Mit einer solchen Lösung, die bei sieben Wahlkreisen des Regierungsbezirks Oberbayern zu Neuabgrenzungen führt, wird neben der erforderlichen Bildung eines weiteren Wahlkreises erreicht, dass die neuen Abweichungswerte der Wahlkreise 216 Freising (+ 12,2 %), 218 Ingolstadt (+ 4,1 %) und 223 München-Land (+ 14,3 %) unter der in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG festgelegten Toleranzgrenze von ± 15 % liegen. Für die Wahlkreise 215 Altötting, 225 Starnberg und 227 Weilheim hat die vorgeschlagene Wahlkreisabgrenzung eine deutliche Reduzierung des Abweichungswerts zur Folge. Dass der neu zugeschnittene Wahlkreis 215 Altötting mit – 18,2 % von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße abweicht, hält die Kommission angesichts des nachhaltigen Bevölkerungszuwachses in der betroffenen Region für unbedenklich. Die neuen Abweichungswerte der Wahlkreise 225 Starnberg (+ 16,0 %) und 227 Weilheim (+ 17,4 %) überschreiten die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 % nicht gravierend und erscheinen der Wahlkreiskommission trotz des Bevölkerungszuwachses in diesen Wahlkreisen hinnehmbar, um Eingriffe in die gewachsene räumliche Struktur der betroffenen Regionen auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

  Die vorgeschlagene Neubildung des Wahlkreises 215a Erding – Ebersberg erfordert einen Neuzuschnitt der Wahlkreise 215 Altötting, 216 Freising, 223 München-Land und 226 Traunstein. Darüber hinaus hält die Kommission eine Verkleinerung des Wahlkreises 225 Starnberg für unabdingbar, um die Einhaltung der zwingenden gesetzlichen Grenze von ± 25 % bis zur voraussichtlich nächsten Bundestagswahl im Jahre 2006 sicherzustellen; die vorgeschlagene Neuabgrenzung der Wahlkreise 218 Ingolstadt und 227 Weilheim ist nach Auffassung der Kommission unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den betroffenen Wahlkreisen geboten, weil die dort gegebenen hohen Abweichungswerte nach den Kriterien des § 3 Abs. 1 BWG nicht mehr hingenommen werden können. Die Durchschneidung der Landkreise Neuburg-Schrobenhausen, Starnberg und Weilheim-Schongau muss nach Abwägung mit den geschilderten Rahmenbedingungen in Kauf genommen werden.

  Die Bayerische Staatsregierung befürwortet den Vorschlag der Wahlkreiskommission, im Regierungsbezirk Oberbayern einen zusätzlichen 45. Wahlkreis Erding – Ebersberg zu bilden. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den letzten drei Jahren hat sie Verständnis für die Überlegungen der Wahlkreiskommission, die Abweichung des Wahlkreises 225 Starnberg vom Wahlkreisdurchschnitt zu reduzieren. Die Bayerische Staatsregierung hält jedoch die Abweichung der Wahlkreise 227 Weilheim und 218 Ingolstadt vom Wahlkreisdurchschnitt auch unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung im Hinblick auf den Grundsatz der Wahlkreiskontinuität sowie der Übereinstimmung der Wahlkreisgrenzen mit den Grenzen der umschlossenen Gebietskörperschaften für noch vertretbar.

  Die Wahlkreiskommission hält die vorgeschlagenen Änderungen der Wahlkreise 227 Weilheim und 218 Ingolstadt angesichts der Höhe der Abweichungen dieser Wahlkreise vom Wahlkreisdurchschnitt und der Bevölkerungsentwicklung in diesen Wahlkreisen auch nach nochmaliger eingehender Würdigung der von der Bayerischen Staatsregierung vorgetragenen Gesichtspunkte für geboten.

- Wahlkreis 228 Deggendorf

  Die Wahlkreiskommission greift den Vorschlag der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode auf, die Gemeinden Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein und Hofkirchen des Landkreises Passau aus dem Wahlkreis 230 Passau in den Wahlkreis 228 umzusetzen, sodass sich der Abweichungswert des Wahlkreises 228 Deggendorf von – 23,7 % auf – 18,4 % vermindert.

  Die Umgliederung erscheint – auch nach Abwägung der für den status quo vorgetragenen regionalen Argumente – geboten, da die Abweichung des Wahlkreises

228 so nahe an der zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 % liegt, dass sich dieser Abweichungswert nicht mehr durch Gesichtspunkte wie Einhaltung von Verwaltungsgrenzen und Wahlkreiskontinuität rechtfertigen lässt, auch wenn sich seit dem Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 1998 (– 24,0 %), der dem Bericht der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode zugrunde lag, der Abweichungswert geringfügig verringert hat. Die Durchschneidung des Landkreises Passau und die geringfügige Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze durch den Wahlkreis 230 Passau (Abweichungswert nach dem vorgeschlagenen Neuzuschnitt: – 15,1 %) müssen in Kauf genommen werden.

Die Bayerische Staatsregierung hält eine Änderung des Wahlkreises 228 Deggendorf angesichts des in diesem Wahlkreis zu verzeichnenden leichten Bevölkerungszuwachses für nicht erforderlich und verweist insoweit auch auf die Übereinstimmung der Wahlkreisgrenzen mit den Landkreisgrenzen sowie auf die gegen eine Änderung sprechenden regionalen Gesichtspunkte.

Die Wahlkreiskommission hält auch nach nochmaliger eingehender Würdigung dieser Gesichtspunkte aus den vorstehend genannten Gründen an ihrem Vorschlag fest.

– Wahlkreis 254 Augsburg-Land

Die Wahlkreiskommission befürwortet, den Wahlkreis 254 Augsburg-Land durch Umsetzung der Verwaltungsgemeinschaft Aindling (Landkreis Aichach-Friedberg) in den Wahlkreis 255 Donau-Ries zu verkleinern, sodass sich der Abweichungswert des Wahlkreises 254 Augsburg-Land von + 20,2 % auf + 17,3 % verringert (neuer Abweichungswert des Wahlkreises 255 Donau-Ries: – 6,5 %).

Die vorgeschlagene Neuabgrenzung ist nach Überzeugung der Kommission geboten, da der Wahlkreis 254 Augsburg-Land die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 % deutlich überschreitet und einen nachhaltigen Bevölkerungszuwachs aufweist. Da der durch die Umgliederung betroffene Landkreis Aichach-Friedberg bereits nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung den Wahlkreisen 254 und 255 zugeordnet ist, steht § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BWG dem befürworteten Neuzuschnitt nicht entgegen. Die Kommission hat den Umfang der vorgeschlagenen Umsetzungen auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt, um die gewachsenen räumlichen Strukturen in der betroffenen Region möglichst wenig zu beeinträchtigen.

Die Bayerische Staatsregierung spricht sich demgegenüber dafür aus, eine Änderung erst in der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu prüfen, da der Wahlkreis 254 Augsburg-Land unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung die Grenze von + 25 % bis dahin nicht überschreiten dürfte.

Die Wahlkreiskommission hält angesichts der deutlichen Überschreitung der Sollgrenze von + 15 % sowie des nachhaltigen Bevölkerungszuwachses an ihrem Vorschlag fest.

Für die übrigen elf Wahlkreise des Freistaates Bayern, die mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweichen, sieht die Wahlkreiskommission von Änderungsvorschlägen ab, da die Abweichungswerte insbesondere aus folgenden Gründen derzeit hingenommen werden können:

– Es ist nicht zu erwarten, dass die betroffenen Wahlkreise bis zum Ende der 15. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 % überschreiten. Dies gilt insbesondere auch für die Wahlkreise 231 Rottal-Inn, 239 Coburg (Abweichungswert jeweils – 20,6 %) und 238 Bayreuth (Abweichungswert: – 20,3 %), die einen stetigen Bevölkerungszuwachs (Wahlkreis 231) bzw. keine (Wahlkreis 238) oder eine nur geringfügige Bevölkerungsabnahme (Wahlkreis 239) aufweisen.
– Bei den betroffenen Wahlkreisen stimmen (mit Ausnahme der Wahlkreise 238 Bayreuth, 241 Kulmbach und 258 Ostallgäu) Wahlkreis- und kommunale Grenzen überein.
– Der Grundsatz der Wahlkreiskontinuität spricht jeweils gegen Neuabgrenzungen, insbesondere da die betroffenen Wahlkreise mit Ausnahme der Wahlkreise 238 Bayreuth und 241 Kulmbach weder durch das WKNeuG noch durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes Änderungen erfahren haben.
– Die Abweichungswerte der Wahlkreise 232 Straubing (– 15,7 %), 241 Kulmbach (– 15,3 %) und 243 Erlangen (– 16,6 %) liegen nur geringfügig über der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 %.

Auch die Bayerische Staatsregierung sieht für die genannten Wahlkreise keinen Änderungsbedarf.

Berlin:

Da keiner der zwölf Wahlkreise des Landes Berlin die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 % überschreitet, sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit dem Senat von Berlin keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vorzuschlagen.

Brandenburg:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Brandenburg um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 56 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I – 15,8 %,
– 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II + 16,5 %.

Die Wahlkreiskommission sieht in Übereinstimmung mit der brandenburgischen Landesregierung von Änderungsvorschlägen für diese beiden Wahlkreise ab, um der nur

geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % und dem Gesichtspunkt der Wahlkreiskontinuität Rechnung zu tragen.

Das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg hat mitgeteilt, dass die Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg voraussichtlich in wenigen Fällen eine Teilung von Ämtern bzw. Gemeinden durch Wahlkreisgrenzen herbeiführen wird. Nach gegenwärtigem Sachstand betrifft dies im

– Wahlkreis 56 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I das Amt Friesack und die Gemeinde Paulinenaue (Landkreis Havelland),
– Wahlkreis 58 Oberhavel – Havelland II die Gemeinde Dallgow-Döberitz (Landkreis Havelland),
– Wahlkreis 59 Märkisch-Oderland – Barnim II das Amt Biesenthal-Barnim und die Gemeinde Wandlitz (Landkreis Barnim),
– Wahlkreis 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II die Gemeinden Werder (Havel) – Landkreis Potsdam-Mittelmark – und Ludwigsfelde (Landkreis Teltow-Fläming).

Da die Gemeindegebietsreform gegenwärtig vor dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg anhängig ist, hält es die Wahlkreiskommission nicht für geboten, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Änderungsvorschläge für die betroffenen Wahlkreise zu unterbreiten. Sie empfiehlt dem Gesetzgeber mit Blick auf § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BWG, nach Bestandskraft der Gebietsreform in Brandenburg – soweit erforderlich – Neuabgrenzungen vorzunehmen, welche die Übereinstimmung von Wahlkreis- und Gemeindegrenzen gewährleisten.

Bremen:

Die Bevölkerungszahl weicht im Wahlkreis 54 Bremen I mit + 17,5 % um mehr als 15 % nach oben vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab.

Die Wahlkreiskommission sieht von einem Änderungsvorschlag für diesen Wahlkreis ab, um angesichts der unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung nicht gravierenden Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 % zusätzliche Durchschneidungen von Stadtbezirken bzw. Stadtteilen zu vermeiden und dem Gesichtspunkt der Wahlkreiskontinuität Rechnung zu tragen.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat sich dem Vorschlag der Wahlkreiskommission angeschlossen.

Hamburg:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen der Freien und Hansestadt Hamburg um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 19 Hamburg-Mitte + 16,0 %,
– 20 Hamburg-Altona – 18,4 %.

Die Wahlkreiskommission hält unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität Änderungsvorschläge für diese beiden Wahlkreise nicht für geboten, da

– der Wahlkreis 16 Hamburg-Mitte die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 % nur geringfügig überschreitet,
– der Wahlkreis 20 Hamburg-Altona mit dem Bezirk Altona identisch ist und einen deutlichen Bevölkerungszuwachs aufweist.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat mitgeteilt, dass aus seiner Sicht kein Anlass für eine Neuabgrenzung der Wahlkreise in Hamburg besteht.

Hessen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Hessen um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 176 Fulda + 17,9 %,
– 178 Wetterau + 19,9 %,
– 181 Hanau + 18,1 %,
– 185 Groß-Gerau – 17,5 %.

Um die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in den Wahlkreisen 176 Fulda, 178 Wetterau und 181 Hanau zu beseitigen, schlägt die Wahlkreiskommission folgende Änderungen der Wahlkreiseinteilung in Mittelhessen vor:

– Der Wahlkreis 178 Wetterau gibt die Gemeinden Bad Soden-Salmünster, Brachttal und Wächtersbach des Main-Kinzig-Kreises an den Wahlkreis 176 Fulda ab, sodass der Wahlkreis 178 mit dem Wetteraukreis identisch ist.
– Der Wahlkreis 176 Fulda erhält neben den drei oben genannten Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises aus dem Wahlkreis 178 Wetterau die Gemeinde Bad Orb (Main-Kinzig-Kreis) sowie den Gutsbezirk Spessart (gemeindefreies Gebiet) aus dem Wahlkreis 181 Hanau. Zum Ausgleich werden die dem Wahlkreis 176 Fulda zugehörigen acht Gemeinden des südlichen Vogelsbergkreises (Altkreis Lauterbach) dem Wahlkreis 175 Gießen zugeordnet.
– Aus dem Wahlkreis 175 Gießen werden zehn Gemeinden des nördlichen Vogelsbergkreises (Altkreis Alsfeld) in den Wahlkreis 173 Marburg umgesetzt.

Durch die vorgeschlagenen Umgliederungen wird erreicht, dass die neuen Abweichungswerte der Wahlkreise 176 Fulda (+ 14,1 %), 178 Wetterau (+ 8,7 %) und 181 Hanau (+ 14,4 %) unter der in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG festgelegten Toleranzgrenze von ± 15 % liegen. Die Wahlkreise 173 Marburg und 175 Gießen weichen nach dem befürworteten Wahlkreiszuschnitt mit + 12,8 % bzw. + 7,7 % vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab. Der Main-Kinzig-Kreis, dessen Gemeinden gegenwärtig auf die Wahlkreise 176, 178 und 181 verteilt sind, wird nur noch einmal von Wahlkreisgrenzen durchschnitten.

Die Wahlkreiskommission hat bei ihrer Abwägung der maßgeblichen Rahmenbedingungen berücksichtigt, dass die vorgeschlagene Neuabgrenzung mit erheblichen Eingriffen in den gegenwärtigen Wahlkreiszuschnitt für Mittelhessen verbunden ist. Die Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode hatte bei Abweichungswerten von + 16,9 % (Wahlkreis 176 Fulda), + 17,0 % (178 Wetterau) und + 16,1 % (Wahlkreis 181 Hanau) nach dem Bevölkerungsstand am 31. Dezember 1998 insbesondere aus Gründen der Wahlkreiskontinuität von Änderungsvorschlägen abgesehen. Angesichts des stetigen und deutlichen Bevölkerungszuwachses in der betroffenen Region in den Jahren 1999 bis 2002 sowie der erheblichen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in den benachbarten Wahlkreisen 176 Fulda, 181 Hanau und insbesondere 178 Wetterau überwiegen jedoch nach Auffassung der Kommission aufgrund der seitherigen Bevölkerungsentwicklung nunmehr die Gründe für einen Neuzuschnitt der Wahlkreise in Mittelhessen.

Für den Wahlkreis 185 Groß-Gerau (Abweichungswert: – 17,5 %) sieht die Wahlkreiskommission unter Berücksichtigung der kontinuierlichen Bevölkerungszunahme in diesem Wahlkreis von einem Änderungsvorschlag ab, um die bestehende Übereinstimmung von Wahlkreis- und Landkreisgrenzen zu wahren und dem Grundsatz der Wahlkreiskontinuität Rechnung zu tragen.

Die hessische Landesregierung lehnt die Überlegungen der Wahlkreiskommission, Änderungen der hessischen Bundestagswahlkreise vorzuschlagen, ab.

Die Wahlkreiskommission hält aus den vorstehend genannten Gründen an ihrem Vorschlag fest.

Mecklenburg-Vorpommern:

In Mecklenburg-Vorpommern weicht die Bevölkerungszahl in folgenden Wahlkreisen um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 14 Rostock – 24,0 %,

– 17 Bad Doberan – Güstrow – Müritz + 16,7 %.

Um die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in diesen beiden Wahlkreisen zu beseitigen, schlägt die Wahlkreiskommission vor, die amtsfreien Gemeinden Graal-Müritz, Sanitz und Tessin sowie die Ämter Carbäk, Rostocker Heide, Schwaan, Tessin-Land, Warnow-Ost und Warnow-West des Landkreises Bad Doberan aus dem Wahlkreis 17 Bad Doberan – Güstrow – Müritz dem Wahlkreis 14 Rostock zuzuordnen. Diese Umgliederung führt zu Abweichungswerten von + 1,8 % für den Wahlkreis 14 und – 9,0 % für den Wahlkreis 17.

Eine Neuabgrenzung des Wahlkreises 14 Rostock erscheint der Wahlkreiskommission angesichts des hohen Abweichungswerts von – 24,0 % und der Bevölkerungsabnahme in diesem Wahlkreis dringend erforderlich, um die Einhaltung der zwingenden gesetzlichen Neueinteilungsgrenze von ± 25 % bis zum Ende der 15. Wahlperiode sicherzustellen. Die durch den vorgeschlagenen Neuzuschnitt herbeigeführte Durchschneidung des Landkreises Bad Doberan muss daher in Kauf genommen werden.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern stimmt dem Vorschlag der Wahlkreiskommission zu.

Niedersachsen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Niedersachsen um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 36 Soltau-Fallingbostel – Winsen L. + 22,5 %,

– 41 Stadt Hannover I – 15,2 %.

Dem Land Niedersachsen stehen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung 29 Wahlkreise zu. Nach der seitherigen Bevölkerungsentwicklung und den oben (unter 4.1.1) dargestellten Grundsätzen der Wahlkreiskommission für die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder bei Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG würde das Land Niedersachsen einen zusätzlichen 30. Wahlkreis erhalten. Um diesen zusätzlichen Wahlkreis zu bilden und die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in dem Wahlkreis 36 Soltau-Fallingbostel – Winsen L. zu beseitigen, schlägt die Kommission für das Land Niedersachsen folgende Veränderung der Wahlkreiseinteilung vor :

– Im Regierungsbezirk Lüneburg wird ein zusätzlicher 30. Wahlkreis Harburg (mit der vorläufigen Nummer 36a) gebildet, der aus dem Landkreis Harburg besteht. Die Gemeinden des Landkreises Harburg sind nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung den Wahlkreisen 36 Soltau-Fallingbostel – Winsen L. und 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg zugeordnet.

– Der Wahlkreis 36 Soltau-Fallingbostel – Winsen L. (vorgeschlagener Wahlkreisname: Soltau-Fallingbostel – Rotenburg II) erhält zum Ausgleich für die Abgabe der Gemeinden des Landkreises Harburg an den neuen Wahlkreis 36a den südlichen Teil des Landkreises Rotenburg (Wümme) mit drei Gemeinden und vier Samtgemeinden aus dem Wahlkreis 35 Rotenburg – Verden sowie die Gemeinde Stadt Munster (Landkreis Soltau-Fallingbostel) aus dem Wahlkreis 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg.

– Der Wahlkreis 35 Rotenburg – Verden (vorgeschlagener Wahlkreisname: Osterholz – Verden), welcher den südlichen Teil des Landkreises Rotenburg (Wümme) an den Wahlkreis 36 und den nördlichen Teil dieses Landkreises mit zwei Gemeinden und vier Samtgemeinden an den Wahlkreis 31 Stade – Cuxhaven abgibt, wird durch Zuteilung des Landkreises Osterholz aus dem Wahlkreis 30 Cuxhaven – Osterholz verstärkt.

– Aus dem Wahlkreis 31 Stade – Cuxhaven (vorgeschlagener Wahlkreisname: Stade II – Rotenburg I), dem der nördliche Teil des Landkreises Rotenburg (Wümme) aus dem Wahlkreis 35 Rotenburg – Verden zugeschlagen wird, werden zum Ausgleich fünf Samtgemeinden des Landkreises Cuxhaven sowie eine

Gemeinde und drei Samtgemeinden des Landkreises Stade in den Wahlkreis 30 Cuxhaven – Osterholz (vorgeschlagener Wahlkreisname: Cuxhaven – Stade I) umgesetzt.

– Der Wahlkreis 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg erhält die Gemeinde Bienenbüttel sowie die Samtgemeinden Bevensen und Rosche des Landkreises Uelzen aus dem Wahlkreis 44 Celle – Uelzen, um die Abgabe von Gemeinden des Landkreises Harburg an den neu gebildeten Wahlkreis 36a Harburg sowie der Gemeinde Stadt Munster an den Wahlkreis 36 Soltau-Fallingbostel – Winsen L. auszugleichen.

Mit einer solchen Lösung, durch die insgesamt sechs Wahlkreise in ihrer gegenwärtigen Abgrenzung (Anlage zu § 2 Abs. 2 BWG) betroffen wären, wird neben der erforderlichen Bildung eines weiteren Wahlkreises erreicht, dass alle sieben neu abgegrenzten Wahlkreise unter der in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG festgelegten Toleranzgrenze von ± 15 % liegen werden. Nach der vorgeschlagenen Neuabgrenzung erhöht sich die Anzahl der Durchschneidungen von Landkreisen gegenüber der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung nicht.

Für den Wahlkreis 41 Stadt Hannover I (Abweichungswert: – 15,2 %) möchte die Wahlkreiskommission wegen des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität und der nur geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 % von Änderungsvorschlägen absehen.

Die Niedersächsische Landesregierung hat dem Vorschlag der Wahlkreiskommission zur Neubildung eines Wahlkreises Harburg im Regierungsbezirk Lüneburg sowie dem Vorschlag, keine Änderung beim Wahlkreis 41 Stadt Hannover I vorzunehmen, zugestimmt.

Nordrhein-Westfalen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Nordrhein-Westfalen um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 88 Aachen	– 18,9 %,
– 92 Erftkreis I	+ 16,6 %,
– 93 Euskirchen – Erftkreis II	+ 18,3 %,
– 94 Köln I	– 15,8 %,
– 106 Mettmann II	– 18,3 %,
– 117 Duisburg II	– 20,3 %,
– 120 Essen II	– 17,4 %,
– 122 Recklinghausen I	– 16,3 %,
– 132 Gütersloh	+ 22,8 %,
– 133 Bielefeld	+ 17,0 %,
– 146 Hamm – Unna II	+ 17,8 %.

Um die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in den Wahlkreisen

– 117 Duisburg II,

– 132 Gütersloh und

– 133 Bielefeld

zu beseitigen, schlägt die Wahlkreiskommission folgende Änderungen vor:

– Wahlkreis 117 Duisburg II

Der Wahlkreis 117 Duisburg II wird durch den Stadtteil Duissern (Stadtbezirk 500 Mitte der kreisfreien Stadt Duisburg) aus dem Wahlkreis 116 Duisburg I verstärkt.

Dass die Wahlkreise 116 Duisburg I (neuer Abweichungswert: – 16,3 %) und 117 Duisburg II (neuer Abweichungswert: – 14,95 %) nach der vorgeschlagenen Neuabgrenzung die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 % geringfügig überschreiten bzw. nahezu erreichen, erscheint hinnehmbar, damit diese beiden Wahlkreise in den Grenzen der kreisfreien Stadt Duisburg gebildet werden können.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat diesem Vorschlag zugestimmt.

– Wahlkreise 132 Gütersloh und 133 Bielefeld

Es wird vorgeschlagen, dass der Wahlkreis 133 Bielefeld die Gemeinde Werther (Westf.) des Landkreises Gütersloh an den Wahlkreis 132 Gütersloh abgibt, sodass die Stadt Bielefeld in den Grenzen ihres Stadtgebiets einen Wahlkreis bildet (Abweichungswert des vorgeschlagenen Wahlkreises: + 12,7 %). Um die Abweichung des Wahlkreises 132 Gütersloh auf + 8,8 % zu vermindern, sollen die Gemeinden Schloß Holte-Stukenbrock und Verl aus diesem Wahlkreis in den Wahlkreis 136 Lippe I (neuer Abweichungswert: + 5,2 %) umgesetzt werden.

Zur Anpassung der Wahlkreisnamen wird vorgeschlagen, den Wahlkreis 132 in Gütersloh I und den Wahlkreis 136 in Lippe I – Gütersloh II umzubenennen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat vorgeschlagen, den Wahlkreis 132 Gütersloh lediglich durch Umsetzung der Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock (Kreis Gütersloh) in den Wahlkreis 138 Paderborn zu verkleinern und den Wahlkreis 133 Bielefeld nicht zu verändern. Zur Begründung hat die Landesregierung im Wesentlichen Folgendes ausgeführt:

– Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung im Wahlkreis 132 Gütersloh sei eine Entlastung dieses Wahlkreises dringend geboten. Unter dem Gesichtspunkt der Wahlkreiskontinuität erscheine es demgegenüber nicht zwingend, den Wahlkreis 133 Bielefeld zu verändern.

– Da die Verlagerung der Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock in den Wahlkreis 138 Paderborn im Hinblick auf die gebotene Entlastung des Wahlkreises 132 den geringst möglichen Eingriff in die bestehende Wahlkreiseinteilung in der Region darstelle und dem Gesichtspunkt der Wahlkreiskontinuität in stärkerem Maße Rechnung trage als die

Überlegungen der Wahlkreiskommission, erscheine es hinnehmbar, dass der so erweiterte Wahlkreis 138 mit + 18,6 % vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweiche (neuer Abweichungswert des Wahlkreises 132 Gütersloh nach der von der Landesregierung vorgeschlagenen Neuabgrenzung: + 13,1 %).

– Der Vorschlag der Wahlkreiskommission trage den regionalen Zusammenhängen nicht ausreichend Rechnung.

Die Wahlkreiskommission hält auch in Ansehung dieser Erwägungen nach eingehender Prüfung an ihrem Vorschlag fest. Da der Wahlkreis 138 Paderborn eine deutliche Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hat, erscheint die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorgeschlagene Lösung, welche für den Wahlkreis 138 mit + 18,6 % zu einer erheblichen Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 % führt, aus Sicht der Kommission nicht vorzugswürdig. Vielmehr bietet es sich an, den Wahlkreis 136 Lippe I, dessen gegenwärtiger Abweichungswert – 13,2 % beträgt, zur gebotenen Entlastung des Wahlkreises 132 Gütersloh heranzuziehen und im Zuge dieser Neuabgrenzungen den Zuschnitt des Wahlkreises 133 Bielefeld mit dem Gebiet der kreisfreien Stadt Bielefeld in Einklang zu bringen.

Für die übrigen Wahlkreise des Landes Nordrhein-Westfalen, die mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweichen, sieht die Wahlkreiskommission von Änderungsvorschlägen ab, da die Abweichungswerte insbesondere aus folgenden Gründen hingenommen werden können:

– Es ist nicht zu erwarten, dass die betroffenen Wahlkreise bis zur voraussichtlich nächsten Bundestagswahl im Jahre 2006 die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 % erreichen.

– Eine Annäherung der Abweichungswerte der betroffenen Wahlkreise an den Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise könnte nur mithilfe der Durchschneidung von Verwaltungsgrenzen (Kreis, Gemeinde, Stadtbezirk) erfolgen, die jeweils von erheblichem Nachteil wären.

– Die deutsche Bevölkerung der Wahlkreise 88 Aachen und 106 Mettmann II hat seit dem 31. Dezember 1999 kontinuierlich zugenommen.

– Der Grundsatz der Wahlkreiskontinuität spricht gegen Neuabgrenzungen, insbesondere da die betroffenen Wahlkreise – mit Ausnahme der Wahlkreise 94 Köln I und 120 Essen II – in ihrem gegenwärtigen Zuschnitt bereits bei der Bundestagswahl 1998 bestanden haben.

– Die Abweichungswerte der Wahlkreise 92 Erftkreis I (+ 16,6 %), 94 Köln I (– 15,8 %) und 122 Recklinghausen I (– 16,3 %) liegen nur geringfügig über der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 %.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht für diese Wahlkreise ebenfalls keinen Änderungsbedarf.

Rheinland-Pfalz:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Rheinland-Pfalz um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 200 Neuwied + 20,5 %,

– 205 Bitburg – 17,2 %,

– 212 Kaiserslautern + 15,0 %.

Die Wahlkreiskommission schlägt keinen Neuzuschnitt dieser Wahlkreise vor, da ihr die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze unter anderem aufgrund folgender Erwägungen hinnehmbar erscheint:

– Es ist nicht zu erwarten, dass die betroffenen Wahlkreise bis zum Ende der 15. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 % erreichen werden. Dies gilt insbesondere auch für den Wahlkreis 200 Neuwied, dessen Abweichungswert seit dem 31. Dezember 1998 lediglich um 0,7 Prozentpunkte von + 19,8 auf + 20,5 % angestiegen ist. Nach Mitteilung des Ministers des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz vom 18. September 2003 ist davon auszugehen, dass sich die Abweichung dieses Wahlkreises vom Durchschnitt der deutschen Bevölkerung aller Wahlkreise bis zum Jahre 2006 auf + 20,3 % reduzieren wird.

– Beim Wahlkreis 200 Neuwied stimmen Wahlkreis- und Landkreisgrenzen überein.

– Der Grundsatz der Wahlkreiskontinuität spricht gegen eine Neuabgrenzung, insbesondere da die Wahlkreise 200 Neuwied und 205 Bitburg weder durch das Wahlkreisneueinteilungsgesetz noch durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes geändert worden sind.

– Der Wahlkreis 212 Kaiserslautern überschreitet mit einem Abweichungswert von 15,007 % die gesetzliche Soll-Grenze nur sehr geringfügig.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat gebeten, von Neuabgrenzungen der genannten Wahlkreise abzusehen.

Saarland:

Da keiner der Wahlkreise des Saarlandes die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 % überschreitet, sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der saarländischen Landesregierung keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vorschlagen.

Aus der mit Staatsvertrag vom 27. Mai 2003 zwischen dem Saarland und dem Land Rheinland-Pfalz vereinbarten Änderung der gemeinsamen Landesgrenze (vgl. oben unter 3.2) ergibt sich – nach deren Wirksamwerden – in Anwendung des § 3 Abs. 5 BWG zwar insoweit eine Veränderung der beiden betroffenen Wahlkreise, die aber wegen der geringen betroffenen Bevölkerungszahl keine Folgeänderungen erforderlich macht.

Sachsen:

Die Bevölkerungszahl weicht im Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser des Freistaates Sachsen mit – 16,6 % um mehr als 15 % nach unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab.

Um die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in diesem Wahlkreis zu beseitigen, schlägt die Wahlkreiskommission vor, die Gemeinde Niesky und die Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg/O. L. des Niederschlesischen Oberlausitzkreises aus dem Wahlkreis 157 Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky in den Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser, dem bereits Teile des Niederschlesischen Oberlausitzkreises angehören, umzusetzen.

Durch diese Umgliederungen vermindert sich der Abweichungswert des Wahlkreises 158 Bautzen – Weißwasser von – 16,6 % auf – 9,1 %. Der neue Abweichungswert des Wahlkreises 157 Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky beträgt – 9,2 %.

Trotz der noch geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % befürwortet die Kommission eine Vergrößerung des Wahlkreises 158 Bautzen – Weißwasser, da dieser Wahlkreis einen besonders starken Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hat und nicht zu erwarten ist, dass sich diese Entwicklung abschwächt oder gar umkehrt.

Zur Anpassung der Wahlkreisnamen wird vorgeschlagen, den Wahlkreis 157 in Löbau-Zittau – Görlitz und den Wahlkreis 158 in Bautzen – Weißwasser – Niesky umzubenennen.

Die Wahlkreiskommission hat bei ihrer Abwägung berücksichtigt, dass dem Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser, der gegenwärtig mit Ausnahme der Gemeinde Waldhufen (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) aus sorbischen Gemeinden besteht, durch den vorgeschlagenen Neuzuschnitt drei weitere nicht sorbische Gemeinden zugeordnet werden. Eine Vergrößerung des Wahlkreises 158 durch sorbische Gemeinden könnte jedoch nur durch Umsetzung von Teilen des Landkreises Kamenz, der bisher vollständig dem Wahlkreis 156 Kamenz – Hoyerswerda – Großenhain zugeordnet ist, erfolgen. Von einer solchen Neuabgrenzung, welche eine Durchschneidung des Landkreises Kamenz zur Folge hätte, möchte die Wahlkreiskommission im Hinblick auf § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BWG absehen, zumal die vorgeschlagene Eingliederung von rund 18 800 Einwohnern des Niederschlesischen Oberlausitzkreises in den Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser die Bevölkerungsstruktur dieses Wahlkreises nicht nachhaltig verändern dürfte.

Die Landesregierung des Freistaates Sachsen hat mitgeteilt, dass sie den Vorschlag der Wahlkreiskommission für sachgerecht hält.

Sachsen-Anhalt:

Da keiner der Wahlkreise des Landes Sachsen – Anhalt die gesetzliche Toleranzgrenze von + 15 % überschreitet, schlägt die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der Landesregierung von Sachsen-Anhalt keine Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vor.

Schleswig-Holstein:

Die Bevölkerungszahl weicht im Wahlkreis 11 Lübeck des Landes Schleswig-Holstein mit – 15,9 % um mehr als 15 % nach unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab.

Dem Land Schleswig-Holstein stehen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung 11 Wahlkreise zu. Nach der seitherigen Bevölkerungsentwicklung und den oben (unter 4.1.1) dargestellten Grundsätzen der Wahlkreiskommission für die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder bei Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG würde sich die Zahl der Wahlkreise in Schleswig-Holstein von 11 auf 10 vermindern. Die Kommission schlägt daher folgende Neuabgrenzung der Wahlkreise in Schleswig-Holstein vor, mit der auch die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in dem Wahlkreis 11 Lübeck beseitigt wird:

- Der Wahlkreis 9 Ostholstein, der gegenwärtig aus dem Kreis Ostholstein sowie aus der Gemeinde Reinfeld (Holstein) und dem Amt Nordstormarn des Kreises Stormarn besteht, wird aufgelöst. Der überwiegende Teil des Kreises Ostholstein wird dem Wahlkreis 6 Plön – Neumünster (vorgeschlagener Wahlkreisname: Ostholstein – Plön – Neumünster) und die übrigen Gemeinden diese Kreises dem Wahlkreis 11 Lübeck zugeteilt. Der Wahlkreis 8 Segeberg – Stormarn-Nord erhält die Gemeinde Reinfeld (Holstein) sowie das Amt Nordstormarn (Kreis Stormarn).
- Aus dem Wahlkreis 6 Plön – Neumünster werden zum Ausgleich für die Zuordnung von Teilen des Kreises Ostholstein sechs Gemeinden des Kreises Plön in den Wahlkreis 5 Kiel sowie die Gemeinde Boostedt und das Amt Rickling (Kreis Segeberg) in den Wahlkreis 8 Segeberg – Stormarn-Nord umgesetzt. Der Wahlkreis 5 Kiel wird durch Umsetzung von zwei Gemeinden des Kreises Rendsburg-Eckernförde in den Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde und der Wahlkreis 8 Segeberg – Stormarn-Nord durch Abgabe von zwei Gemeinden sowie eines Amtes des Kreises Segeberg in den Wahlkreis 3 Steinburg – Dithmarschen Süd entlastet.
- Der Wahlkreis 11 Lübeck, der durch Teile des Kreises Ostholstein aus dem aufgelösten Wahlkreis 9 Ostholstein verstärkt wird, gibt zwei Ämter des Kreises Herzogtum Lauenburg an den Wahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd ab.

Mit einer solchen Lösung, die bei acht Wahlkreisen Neuabgrenzungen vorsieht, wird neben dem erforderlichen Wegfall eines Wahlkreises erreicht, dass außer dem Wahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd alle neu zugeschnittenen Wahlkreise unter der in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG festgelegten Toleranzgrenze von ± 15 % liegen und die Durchschneidungen von Landkreisen durch Wahlkreisgrenzen gegenüber der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung verringert werden. Die vorgeschlagene

Neuabgrenzung entspricht weitgehend der Wahlkreiseinteilung für Schleswig-Holstein nach dem WKNeuG, die seinerzeit für Schleswig-Holstein zehn Wahlkreise vorsah und wegen der Neuabgrenzung von elf Wahlkreisen in Schleswig-Holstein durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag keine Anwendung fand. Da eine Einteilung der Wahlkreise entsprechend dem WKNeuG für den neu geschnittenen Wahlkreis 6 Ostholstein – Plön – Neumünster mit + 19,3 % zu einer deutlichen Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 % führen würde, teilt die vorgeschlagene Lösung dem Wahlkreis 5 Kiel über die bereits nach dem WKNeuG vorgesehene Zuordnung von Gemeinden des Kreises Plön hinaus zwei weitere Gemeinden dieses Kreises zu.

Dass der neu abgegrenzte Wahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd mit + 17,4 % mehr als 15 % vom Durchschnitt der deutschen Bevölkerung aller Wahlkreise abweicht, erscheint der Wahlkreiskommission hinnehmbar, um eine möglichst weitgehende Übereinstimmung mit der früheren Einteilung nach dem WKNeuG zu erreichen.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein lehnt den vorgeschlagenen Wegfall eines Wahlkreises in Schleswig-Holstein ab und hat sich zu der vorgeschlagenen Neuabgrenzung nicht geäußert. Was die Einwände gegen den Wegfall eines Wahlkreises angeht, verweist die Wahlkreiskommission auf ihre Ausführungen oben unter 4.1.2.

Thüringen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Freistaates Thüringen um mehr als 15 % nach unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 190 Eichsfeld – Nordhausen – 18,2 %,
- 194 Erfurt – 22,6 %,
- 196 Gera – Saale-Holzland-Kreis – 21,2 %.

Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung ordnet dem Freistaat Thüringen 10 Wahlkreise zu. Nach der seitherigen Bevölkerungsentwicklung und den oben (unter 4.1.1) dargestellten Grundsätzen der Wahlkreiskommission für die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder bei Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG würde der Freistaat Thüringen einen Wahlkreis abgeben. Um den erforderlichen Wegfall eines Wahlkreises für den Freistaat Thüringen vorzunehmen und die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 % in den oben genannten Wahlkreisen zu beseitigen bzw. zu vermindern, schlägt die Wahlkreiskommission folgende Neueinteilung der Wahlkreise im Freistaat Thüringen vor:

- Der Wahlkreis 195 Jena – Weimar – Weimarer Land wird aufgelöst.
- Die kreisfreie Stadt Weimar und die Verwaltungsgemeinschaft Grammetal des Landkreises Weimarer Land werden mit der kreisfreien Stadt Erfurt (Wahlkreis 194 Erfurt) zu dem neu geschnittenen Wahlkreis 194 Erfurt – Weimar – Weimarer Land II zusammengefasst. Der übrige Teil des Landkreises Weimarer Land wird dem Wahlkreis 192 Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Unstrut-Hainich-Kreis II (vorgeschlagener Wahlkreisname: Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I) und die kreisfreie Stadt Jena dem Wahlkreis 196 Gera – Saale-Holzland-Kreis (vorgeschlagener Wahlkreisname: Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis) zugeordnet.
- Aus dem Wahlkreis 192 Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Unstrut-Hainich-Kreis II, der den überwiegenden Teil des Landkreises Weimarer Land aus dem aufgelösten Wahlkreis 195 Jena – Weimar – Weimarer Land erhält, werden zum Ausgleich vier Gemeinden und eine Verwaltungsgemeinschaft des Unstrut-Hainich-Kreises in den Wahlkreis 190 Eichsfeld – Nordhausen (vorgeschlagener Wahlkreisnahme: Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I) sowie vier Gemeinden und zwei Verwaltungsgemeinschaften des Unstrut-Hainich-Kreises in den Wahlkreis 191 Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis I (vorgeschlagener Wahlkreisnahme: Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II) umgesetzt.

Nach diesem Vorschlag sind sechs Wahlkreise von Neuabgrenzungen betroffen. Die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 % wird nur durch den neu zugeschnittenen Wahlkreis 196 Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis mit + 16,6 %, für den indessen nach Darstellung des Ministeriums des Innern des Freistaates Thüringen ein Rückgang der deutschen Bevölkerung zu erwarten ist, geringfügig überschritten. Dass nach dem befürworteten Neuzuschnitt über die bereits nach der gegenwärtigen Wahlkreisabgrenzung vorgesehene Teilung des Unstrut-Hainich-Kreises hinaus der Landkreis Weimarer Land von Wahlkreisgrenzen durchschnitten würde, erscheint der Wahlkreiskommission hinnehmbar, um eine Anpassung der Zahl der Wahlkreise des Freistaates Thüringen an dessen Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Die Landesregierung des Freistaates Thüringen hat sich gegen den vorgeschlagenen Verlust eines Wahlkreises im Freistaat Thüringen ausgesprochen. Zu der vorgeschlagenen Wahlkreisabgrenzung in Thüringen hat die Landesregierung nicht Stellung genommen. Was die Einwände gegen den Wegfall eines Wahlkreises angeht, verweist die Wahlkreiskommission auf ihre Ausführungen oben unter 4.1.2.

Wiesbaden, den 28. November 2003

Die Wahlkreiskommission

Johann Hahlen

Ilse-Sabine Beck	Helga Block
Christiane Friedrich	Thomas Hutt
Volkhard Spilarewicz	Karl-Ludwig Strelen

Anlagen

1a Zahl der Wahlkreise auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002

1b Gegenwärtige und vorgeschlagene Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 sowie der Abweichung vom Bundesdurchschnitt

2 Zahl der Wahlkreise auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 30. Juni 2003

3 Deutsche Bevölkerung und Verteilung der Wahlkreise auf die Länder seit dem 31. Dezember 1998 einschließlich der Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem 31. Dezember 1998

4 Gegenwärtige Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 sowie einer Abweichung vom Bundesdurchschnitt um 15 Prozent und mehr

5 Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen

6 Nach den vorgeschlagenen Änderungen verbleibende Wahlkreise mit einer Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 vom Bundesdurchschnitt um 15 Prozent und mehr

7 Beschreibung der vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise

8 Beschreibung der gegenwärtigen und vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise (vergleichende Übersicht)

Anlage 1a

Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung *) am 31. Dezember 2002

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002		Zahl der Wahlkreise						
			für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag	nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 auf Dezimalstellen[1)]				mehr	weniger
	Anzahl	%		ganzzahliger Anteil	"Reste"	Zuteilung nach dem größten Rest	proportionaler Anteil	als bisher	
Schleswig-Holstein	2 663 081	3,5	11	10	0,590	-	10	-	1
Mecklenburg-Vorpommern	1 707 084	2,3	7	6	0,788	1	7	-	-
Hamburg	1 473 687	2,0	6	5	0,860	1	6	-	-
Niedersachsen	7 442 421	9,9	29	29	0,596	1	30	1	-
Bremen	579 464	0,8	2	2	0,304	-	2	-	-
Brandenburg	2 515 614	3,3	10	10	0,004	-	10	-	-
Sachsen-Anhalt	2 500 189	3,3	10	9	0,942	1	10	-	-
Berlin	2 947 648	3,9	12	11	0,722	1	12	-	-
Nordrhein-Westfalen	16 096 568	21,4	64	64	0,011	-	64	-	-
Sachsen	4 233 701	5,6	17	16	0,836	1	17	-	-
Hessen	5 386 132	7,2	21	21	0,419	-	21	-	-
Thüringen	2 345 408	3,1	10	9	0,327	-	9	-	1
Rheinland-Pfalz	3 746 017	5,0	15	14	0,897	1	15	-	-
Bayern	11 213 341	14,9	44	44	0,592	1	45	1	-
Baden-Württemberg	9 363 582	12,5	37	37	0,236	-	37	-	-
Saarland	974 789	1,3	4	3	0,876	1	4	-	-
Bundesgebiet	75 188 726	100	299	290	X	9	299	2	2

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.
1) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 251 467

Anlage 1b

Gegenwärtige und vorgeschlagene Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 sowie der Abweichung vom Bundesdurchschnitt

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 für die gegenwärtigen Wahlkreise		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 für die vorgeschlagenen Wahlkreise	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]	Anzahl	Abweichung[1)]
	Schleswig-Holstein				
1	Flensburg - Schleswig	269 966	7,4		
2	Nordfriesland - Dithmarschen-Nord	224 932	-10,6		
3	Steinburg - Dithmarschen-Süd	219 783	-12,6	252 049	0,2
4	Rendsburg-Eckernförde	242 364	-3,6	263 386	4,7
5	Kiel	231 854	-7,8	246 309	-2,1
6	Plön - Neumünster (vorgeschlagen: Ostholstein - Plön - Neumünster)	215 886	-14,1	287 168	14,2
7	Pinneberg	274 497	9,2		
8	Segeberg - Stormarn-Nord	280 389	11,5	277 475	10,3
9	Ostholstein (vorgeschlagen: Wegfall des Wahlkreises)	214 061	-14,9		
10	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	277 949	10,5	295 104	17,4
11	Lübeck	211 400	-15,9	272 195	8,2
	Insgesamt	2 663 081	X		
	Mecklenburg-Vorpommern				
12	Wismar - Nordwestmecklenburg - Parchim	268 654	6,8		
13	Schwerin - Ludwigslust	223 294	-11,2		
14	Rostock	191 096	-24,0	255 925	1,8
15	Stralsund - Nordvorpommern - Rügen	245 930	-2,2		
16	Greifswald - Demmin - Ostvorpommern	251 140	-0,1		
17	Bad Doberan - Güstrow - Müritz	293 543	16,7	228 714	-9,0
18	Neubrandenburg - Mecklenburg-Strelitz - Uecker-Randow	233 427	-7,2		
	Insgesamt	1 707 084	X		
	Hamburg				
19	Hamburg-Mitte	291 671	16,0		
20	Hamburg-Altona	205 252	-18,4		
21	Hamburg-Eimsbüttel	214 201	-14,8		
22	Hamburg-Nord	238 948	-5,0		
23	Hamburg-Wandsbek	258 640	2,9		
24	Hamburg-Bergedorf - Harburg	264 975	5,4		
	Insgesamt	1 473 687	X		
	Niedersachsen				
25	Aurich - Emden	230 270	-8,4		
26	Unterems	287 729	14,4		
27	Friesland - Wilhelmshaven	233 649	-7,1		
28	Oldenburg - Ammerland	254 020	1,0		
29	Delmenhorst - Wesermarsch - Oldenburg-Land	275 982	9,7		
30	Cuxhaven - Osterholz (vorgeschlagen: Cuxhaven - Stade I)	254 015	1,0	230 602	-8,3
31	Stade - Cuxhaven (vorgeschlagen: Stade II - Rotenburg I)	231 322	-8,0	221 039	-12,1
32	Mittelems	280 991	11,7		
33	Cloppenburg - Vechta	266 375	5,9		
34	Diepholz - Nienburg I	234 053	-6,9		
35	Rotenburg - Verden (vorgeschlagen: Osterholz - Verden)	280 943	11,7	232 313	-7,6
36	Soltau-Fallingbostel - Winsen L. (vorgeschlagen: Soltau-Fallingbostel - Rotenburg II)	307 969	22,5	217 071	-13,7
36a	Harburg (vorgeschlagen: Neubildung des Wahlkreises)			225 639	-10,3
37	Lüchow-Dannenberg - Lüneburg	263 841	4,9	241 313	-4,0
38	Osnabrück-Land	248 338	-1,2		
39	Stadt Osnabrück	242 012	-3,8		
40	Nienburg II - Schaumburg	243 816	-3,0		
41	Stadt Hannover I	213 301	-15,2		
42	Stadt Hannover II	222 808	-11,4		
43	Hannover-Land I	279 942	11,3		
44	Celle - Uelzen	264 954	5,4	235 067	-6,5
45	Gifhorn - Peine	265 321	5,5		
46	Hameln-Pyrmont - Holzminden	241 724	-3,9		
47	Hannover-Land II	287 400	14,3		
48	Hildesheim	275 859	9,7		
49	Salzgitter - Wolfenbüttel	266 465	6,0		
50	Braunschweig	221 365	-12,0		
51	Helmstedt - Wolfsburg	224 501	-10,7		
52	Goslar - Northeim - Osterode	264 003	5,0		
53	Göttingen	279 453	11,1		
	Insgesamt	7 442 421	X		

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]	Anzahl	Abweichung[1)]
	Bremen				
54	Bremen I	295 474	17,5		
55	Bremen II - Bremerhaven	283 990	12,9		
	Insgesamt	579 464	X		
	Brandenburg				
56	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	211 850	-15,8		
57	Uckermark - Barnim I	214 745	-14,6		
58	Oberhavel - Havelland II	281 421	11,9		
59	Märkisch-Oderland - Barnim II	282 452	12,3		
60	Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I	241 648	-3,9		
61	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	292 949	16,5		
62	Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I	251 538	0,0		
63	Frankfurt (Oder) - Oder-Spree	252 620	0,5		
64	Cottbus - Spree-Neiße	244 770	-2,7		
65	Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II	241 621	-3,9		
	Insgesamt	2 515 614	X		
	Sachsen-Anhalt				
66	Altmark	232 577	-7,5		
67	Elbe-Havel-Gebiet	287 619	14,4		
68	Harz	245 991	-2,2		
69	Magdeburg	220 867	-12,2		
70	Börde	249 552	-0,8		
71	Anhalt	271 061	7,8		
72	Bernburg - Bitterfeld - Saalkreis	250 523	-0,4		
73	Halle	230 383	-8,4		
74	Burgenland	260 876	3,7		
75	Mansfelder Land	250 740	-0,3		
	Insgesamt	2 500 189	X		
	Berlin				
76	Berlin-Mitte	235 341	-6,4		
77	Berlin-Pankow	267 598	6,4		
78	Berlin-Reinickendorf	224 807	-10,6		
79	Berlin-Spandau - Charlottenburg-Nord	225 112	-10,5		
80	Berlin-Steglitz - Zehlendorf	262 309	4,3		
81	Berlin-Charlottenburg - Wilmersdorf	236 629	-5,9		
82	Berlin-Tempelhof - Schöneberg	286 699	14,0		
83	Berlin-Neukölln	241 393	-4,0		
84	Berlin-Friedrichshain - Kreuzberg - Prenzlauer Berg-Ost	255 018	1,4		
85	Berlin-Treptow - Köpenick	225 457	-10,3		
86	Berlin-Marzahn - Hellersdorf	247 189	-1,7		
87	Berlin-Lichtenberg	240 096	-4,5		
	Insgesamt	2 947 648	X		
	Nordrhein-Westfalen				
88	Aachen	203 993	-18,9		
89	Kreis Aachen	276 836	10,1		
90	Heinsberg	230 426	-8,4		
91	Düren	245 275	-2,5		
92	Erftkreis I	293 189	16,6		
93	Euskirchen - Erftkreis II	297 496	18,3		
94	Köln I	211 845	-15,8		
95	Köln II	246 865	-1,8		
96	Köln III	221 065	-12,1		
97	Bonn	255 979	1,8		
98	Rhein-Sieg-Kreis I	279 359	11,1		
99	Rhein-Sieg-Kreis II	257 387	2,4		
100	Oberbergischer Kreis	266 013	5,8		
101	Rheinisch-Bergischer Kreis	256 840	2,1		
102	Leverkusen - Köln IV	254 782	1,3		
103	Wuppertal I	266 200	5,9		
104	Solingen - Remscheid - Wuppertal II	282 962	12,5		
105	Mettmann I	245 479	-2,4		
106	Mettmann II	205 447	-18,3		
107	Düsseldorf I	244 949	-2,6		

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]	Anzahl	Abweichung[1)]
	noch Nordrhein-Westfalen				
108	Düsseldorf II	225 175	-10,5		
109	Neuss I	257 527	2,4		
110	Mönchengladbach	234 606	-6,7		
111	Krefeld I - Neuss II	247 658	-1,5		
112	Viersen	281 011	11,7		
113	Kleve	280 685	11,6		
114	Wesel I	251 926	0,2		
115	Krefeld II - Wesel II	223 456	-11,1		
116	Duisburg I	223 962	-10,9	210 556	-16,3
117	Duisburg II	200 443	-20,3	213 849	-15,0
118	Oberhausen - Wesel III	257 628	2,5		
119	Mülheim - Essen I	235 405	-6,4		
120	Essen II	207 794	-17,4		
121	Essen III	230 539	-8,3		
122	Recklinghausen I	210 404	-16,3		
123	Recklinghausen II	238 518	-5,1		
124	Gelsenkirchen	238 064	-5,3		
125	Steinfurt I - Borken I	250 851	-0,2		
126	Bottrop - Recklinghausen III	253 413	0,8		
127	Borken II	243 634	-3,1		
128	Coesfeld - Steinfurt II	233 505	-7,1		
129	Steinfurt III	237 182	-5,7		
130	Münster	247 628	-1,5		
131	Warendorf	261 134	3,8		
132	Gütersloh (vorgeschlagen: Gütersloh I)	308 781	22,8	273 483	8,8
133	Bielefeld	294 135	17,0	283 357	12,7
134	Herford - Minden-Lübbecke II	284 837	13,3		
135	Minden-Lübbecke I	259 474	3,2		
136	Lippe I (vorgeschlagen: Lippe I - Gütersloh II)	218 344	-13,2	264 420	5,2
137	Höxter - Lippe II	270 721	7,7		
138	Paderborn	274 021	9,0		
139	Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I	269 247	7,1		
140	Ennepe-Ruhr-Kreis II	223 468	-11,1		
141	Bochum I	258 892	3,0		
142	Herne - Bochum II	232 453	-7,6		
143	Dortmund I	246 476	-2,0		
144	Dortmund II	248 890	-1,0		
145	Unna I	251 242	-0,1		
146	Hamm - Unna II	296 336	17,8		
147	Soest	286 212	13,8		
148	Hochsauerlandkreis	260 633	3,6		
149	Siegen-Wittgenstein	269 564	7,2		
150	Olpe - Märkischer Kreis I	266 822	6,1		
151	Märkischer Kreis II	261 485	4,0		
	Insgesamt	16 096 568	X		
	Sachsen				
152	Delitzsch - Torgau-Oschatz - Riesa	274 501	9,2		
153	Leipzig I	230 073	-8,5		
154	Leipzig II	233 644	-7,1		
155	Leipziger-Land - Muldentalkreis	281 008	11,7		
156	Kamenz - Hoyerswerda - Großenhain	258 766	2,9		
157	Löbau-Zittau - Görlitz - Niesky (vorgeschlagen: Löbau-Zittau - Görlitz)	247 091	-1,7	228 336	-9,2
158	Bautzen - Weißwasser (vorgeschlagen: Bautzen - Weißwasser - Niesky)	209 722	-16,6	228 477	-9,1
159	Sächsische Schweiz - Weißeritzkreis	263 122	4,6		
160	Dresden I	254 323	1,1		
161	Dresden II - Meißen I	288 811	14,9		
162	Freiberg - Mittlerer Erzgebirgskreis	237 937	-5,4		
163	Döbeln - Mittweida - Meißen II	272 352	8,3		
164	Chemnitz	241 654	-3,9		
165	Chemnitzer Land - Stollberg	227 215	-9,6		
166	Annaberg - Aue-Schwarzenberg	220 056	-12,5		
167	Zwickauer Land - Zwickau	229 050	-8,9		
168	Vogtland - Plauen	264 376	5,1		
	Insgesamt	4 233 701	X		

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]	Anzahl	Abweichung[1)]
	Hessen				
169	Waldeck	239 992	-4,6		
170	Kassel	267 875	6,5		
171	Werra-Meißner - Hersfeld	231 090	-8,1		
172	Schwalm-Eder	243 921	-3,0		
173	Marburg	228 710	-9,0	283 537	12,8
174	Lahn-Dill	262 621	4,4		
175	Gießen	278 504	10,8	270 814	7,7
176	Fulda	296 410	17,9	286 822	14,1
177	Hochtaunus	221 874	-11,8		
178	Wetterau (vorgeschlagen: Wetteraukreis)	301 551	19,9	273 234	8,7
179	Rheingau-Taunus - Limburg	268 551	6,8		
180	Wiesbaden	216 299	-14,0		
181	Hanau	297 013	18,1	287 781	14,4
182	Main-Taunus	233 769	-7,0		
183	Frankfurt am Main I	240 225	-4,5		
184	Frankfurt am Main II	259 942	3,4		
185	Groß-Gerau	207 447	-17,5		
186	Offenbach	279 268	11,1		
187	Darmstadt	281 705	12,0		
188	Odenwald	289 144	15,0		
189	Bergstraße	240 221	-4,5		
	Insgesamt	5 386 132	X		
	Thüringen				
190	Eichsfeld - Nordhausen (vorgeschlagen: Eichsfeld - Nordhausen Unstrut-Hainich-Kreis I)	205 628	-18,2	255 436	1,6
191	Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis (vorgeschlagen: Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis II)	221 776	-11,8	248 476	-1,2
192	Kyffhäuserkreis - Sömmerda - Unstrut-Hainich-Kreis I (vorgeschlagen: Kyffhäuserkreis - Sömmerda - Weimarer Land I)	245 921	-2,2	251 343	0,0
193	Gotha - Ilm-Kreis	261 454	4,0		
194	Erfurt (vorgeschlagen: Erfurt - Weimar - Weimarer Land II)	194 635	-22,6	264 160	5,0
195	Jena - Weimar - Weimarer Land (vorgeschlagen: Wegfall des Wahlkreises)	246 498	-2,0		
196	Gera - Saale-Holzland-Kreis (vorgeschlagen: Gera - Jena Saale-Holzland-Kreis)	198 086	-21,2	293 129	16,6
197	Greiz - Altenburger Land	228 606	-9,1		
198	Sonneberg - Saalfeld-Rudolstadt - Saale-Orla-Kreis	287 370	14,3		
199	Suhl - Schmalkalden-Meiningen - Hildburghausen	255 434	1,6		
	Insgesamt	2 345 408	X		
	Rheinland-Pfalz				
200	Neuwied	302 941	20,5		
201	Ahrweiler	236 823	-5,8		
202	Koblenz	236 346	-6,0		
203	Mosel/Rhein-Hunsrück	221 004	-12,1		
204	Kreuznach	231 669	-7,9		
205	Bitburg	207 571	-17,5		
206	Trier	223 933	-10,9		
207	Montabaur	259 855	3,3		
208	Mainz	281 830	12,1		
209	Worms	243 086	-3,3		
210	Ludwigshafen/Frankenthal	261 570	4,0		
211	Neustadt - Speyer	265 510	5,6		
212	Kaiserslautern	289 204	15,0		
213	Pirmasens	228 372	-9,2		
214	Südpfalz	256 303	1,9		
	Insgesamt	3 746 017	X		
	Bayern				
215	Altötting	311 494	23,9	205 715	-18,2
215a	Erding - Ebersberg (vorgeschlagen: Neubildung des Wahlkreises)			221 423	-11,9
216	Freising	312 189	24,1	282 188	12,2
217	Fürstenfeldbruck	296 119	17,8		
218	Ingolstadt	300 052	19,3	261 818	4,1
219	München-Nord	227 741	-9,4		
220	München-Ost	246 561	-2,0		
221	München-Süd	223 493	-11,1		
222	München-West/Mitte	243 307	-3,2		

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]	Anzahl	Abweichung[1)]
	noch Bayern				
223	München-Land	305 897	21,6	287 445	14,3
224	Rosenheim	276 094	9,8		
225	Starnberg	308 378	22,6	291 597	16,0
226	Traunstein	254 587	1,2	249 356	-0,8
227	Weilheim	302 059	20,1	295 114	17,4
228	Deggendorf	191 979	-23,7	205 152	-18,4
229	Landshut	296 775	18,0		
230	Passau	226 694	-9,9	213 521	-15,1
231	Rottal-Inn	199 653	-20,6		
232	Straubing	211 932	-15,7		
233	Amberg	269 001	7,0		
234	Regensburg	285 982	13,7		
235	Schwandorf	267 190	6,3		
236	Weiden	215 547	-14,3		
237	Bamberg	213 920	-14,9		
238	Bayreuth	200 488	-20,3		
239	Coburg	199 739	-20,6		
240	Hof	226 887	-9,8		
241	Kulmbach	213 062	-15,3		
242	Ansbach	300 576	19,5		
243	Erlangen	209 706	-16,6		
244	Fürth	298 964	18,9		
245	Nürnberg-Nord	215 852	-14,2		
246	Nürnberg-Süd	223 501	-11,1		
247	Roth	275 834	9,7		
248	Aschaffenburg	220 611	-12,3		
249	Bad Kissingen	275 522	9,6		
250	Main-Spessart	243 293	-3,3		
251	Schweinfurt	243 591	-3,1		
252	Würzburg	267 749	6,5		
253	Augsburg-Stadt	237 419	-5,6		
254	Augsburg-Land	302 261	20,2	295 085	17,3
255	Donau-Ries	227 921	-9,4	235 097	-6,5
256	Neu-Ulm	286 472	13,9		
257	Oberallgäu	261 848	4,1		
258	Ostallgäu	295 401	17,5		
	Insgesamt	11 213 341	X		
	Baden-Württemberg				
259	Stuttgart I	219 109	-12,9		
260	Stuttgart II	226 588	-9,9		
261	Böblingen	311 266	23,8	281 277	11,9
262	Esslingen	200 163	-20,4	212 370	-15,5
263	Nürtingen	235 627	-6,3	253 409	0,8
264	Göppingen	223 583	-11,1		
265	Waiblingen	269 021	7,0		
266	Ludwigsburg	248 267	-1,3		
267	Neckar-Zaber	260 277	3,5	282 476	12,3
268	Heilbronn	306 889	22,0	284 690	13,2
269	Schwäbisch Hall - Hohenlohe	277 332	10,3		
270	Backnang - Schwäbisch Gmünd	219 757	-12,6		
271	Aalen - Heidenheim	283 694	12,8		
272	Karlsruhe-Stadt	239 208	-4,9		
273	Karlsruhe-Land	252 824	0,5		
274	Rastatt	253 395	0,8		
275	Heidelberg	259 490	3,2		
276	Mannheim	239 185	-4,9		
277	Odenwald - Tauber	271 703	8,0		
278	Rhein-Neckar	239 620	-4,7		
279	Bruchsal - Schwetzingen	231 756	-7,8		
280	Pforzheim	272 420	8,3		
281	Calw	253 866	1,0		
282	Freiburg	258 462	2,8		
283	Lörrach - Müllheim	273 677	8,8		
284	Emmendingen - Lahr	259 201	3,1		
285	Offenburg	249 548	-0,8		
286	Rottweil - Tuttlingen	250 681	-0,3		
287	Schwarzwald-Baar	208 309	-17,2		

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]	Anzahl	Abweichung[1)]
	noch Baden-Württemberg				
288	Konstanz	239 253	-4,9		
289	Waldshut	222 023	-11,7		
290	Reutlingen	245 062	-2,5		
291	Tübingen	231 849	-7,8		
292	Ulm	268 891	6,9		
293	Biberach	297 884	18,5		
294	Ravensburg - Bodensee	299 296	19,0	290 176	15,4
295	Zollernalb - Sigmaringen	264 406	5,1	273 526	8,8
	Insgesamt	9 363 582	X		
	Saarland				
296	Saarbrücken	247 265	-1,7		
297	Saarlouis	258 935	3,0		
298	Sankt Wendel	222 820	-11,4		
299	Homburg	245 769	-2,3		
	Insgesamt	974 789	X		
	Bundesgebiet				
	Insgesamt	75 188 726	X		

1) In % vom Bundesdurchschnitt: 251 467.

Anlage 2

Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung *) am 30. Juni 2003

Land	Deutsche Bevölkerung am 30. Juni 2003		Zahl der Wahlkreise						
			für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag	nach der deutschen Bevölkerung am 30. Juni 2003 auf Dezimalstellen[1)]				mehr	weniger
	Anzahl	%		ganzzahliger Anteil	"Reste"	Zuteilung nach dem größten Rest	proportionaler Anteil	als bisher	
Schleswig-Holstein	2.664.416	3,5	11	10	0,599	-	10	-	1
Mecklenburg-Vorpommern	1.699.496	2,3	7	6	0,760	1	7	-	-
Hamburg	1.478.351	2,0	6	5	0,881	1	6	-	-
Niedersachsen	7.445.685	9,9	29	29	0,619	1	30	1	-
Bremen	579.384	0,8	2	2	0,305	-	2	-	-
Brandenburg	2.508.717	3,3	10	9	0,980	1	10	-	-
Sachsen-Anhalt	2.486.106	3,3	10	9	0,890	1	10	-	-
Berlin	2.947.032	3,9	12	11	0,723	1	12	-	-
Nordrhein-Westfalen	16.100.681	21,4	64	64	0,048	-	64	-	-
Sachsen	4.217.283	5,6	17	16	0,776	1	17	-	-
Hessen	5.385.409	7,2	21	21	0,423	-	21	-	-
Thüringen	2.335.991	3,1	10	9	0,292	-	9	-	1
Rheinland-Pfalz	3.744.206 [2)]	5,0	15	14	0,894	1	15	-	-
Bayern	11.217.919	14,9	44	44	0,624	1	45	1	-
Baden-Württemberg	9.381.531	12,5	37	37	0,319	-	37	-	-
Saarland	972.267	1,3	4	3	0,868	1	4	-	-
Bundesgebiet	75.164.474	100	299	289	X	10	299	2	2

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

1) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 251 386

2) Für Rheinland-Pfalz sind die Einbürgerungen von Ausländern für das 1. Halbjahr 2003 aufgrund der Ergebnisse für die Jahre 2000 bis 2002 geschätzt worden.

Anlage 3

Deutsche Bevölkerung*) und Verteilung der Wahlkreise auf die Länder seit dem 31. Dezember 1998 einschließlich der Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem 31. Dezember 1998

Land	Deutsche Bevölkerung am					Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am					Zunahme bzw. Abnahme (-)			
	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002
	Anzahl					auf Dezimalstellen					gegenüber 31.12.1998			
Schleswig-Holstein	2.616.916	2.625.654	2.637.978	2.650.873	2.663.081	10,472	10,492	10,518	10,551	10,590	0,020	0,046	0,079	0,118
Mecklenburg-Vorpommern	1.769.417	1.757.671	1.742.120	1.724.735	1.707.084	7,080	7,024	6,946	6,865	6,789	-0,056	-0,134	-0,215	-0,291
Hamburg	1.441.988	1.442.864	1.453.506	1.465.255	1.473.687	5,770	5,766	5,795	5,832	5,860	-0,004	0,025	0,062	0,090
Niedersachsen	7.347.175	7.370.958	7.400.116	7.423.619	7.442.421	29,400	29,455	29,505	29,547	29,596	0,055	0,105	0,147	0,196
Bremen	567.865	583.902	581.461	579.554	579.464	2,272	2,333	2,318	2,307	2,304	0,061	0,046	0,035	0,032
Brandenburg	2.530.460	2.540.028	2.539.680	2.528.374	2.515.614	10,126	10,150	10,126	10,063	10,004	0,024	0,000	-0,063	-0,122
Sachsen-Anhalt	2.632.696	2.604.583	2.571.220	2.533.921	2.500.189	10,535	10,408	10,252	10,085	9,942	-0,127	-0,283	-0,450	-0,593
Berlin	2.967.168	2.953.105	2.947.901	2.947.657	2.947.648	11,873	11,801	11,754	11,732	11,722	-0,072	-0,119	-0,141	-0,151
Nordrhein-Westfalen	15.934.459	15.955.175	16.011.711	16.064.050	16.096.568	63,762	63,759	63,840	63,938	64,011	-0,003	0,078	0,176	0,249
Sachsen	4.388.258	4.354.716	4.318.997	4.274.007	4.233.701	17,560	17,402	17,220	17,011	16,836	-0,158	-0,340	-0,549	-0,724
Hessen	5.301.148	5.321.459	5.346.962	5.372.280	5.386.132	21,213	21,265	21,319	21,383	21,419	0,052	0,106	0,170	0,206
Thüringen	2.424.794	2.407.409	2.388.604	2.366.366	2.345.408	9,703	9,620	9,524	9,419	9,327	-0,083	-0,179	-0,284	-0,376
Rheinland-Pfalz	3.712.822	3.719.085	3.732.121	3.740.897	3.746.017	14,857	14,862	14,880	14,889	14,897	0,005	0,023	0,032	0,040
Bayern	10.977.056	11.031.710	11.097.959	11.166.833	11.213.341	43,925	44,084	44,249	44,446	44,592	0,159	0,324	0,521	0,667
Baden-Württemberg	9.122.212	9.170.757	9.240.273	9.306.032	9.363.582	36,503	36,648	36,842	37,040	37,236	0,145	0,339	0,537	0,733
Saarland	987.542	983.153	981.363	977.593	974.789	3,952	3,929	3,913	3,891	3,876	-0,023	-0,039	-0,061	-0,076
Bundesgebiet	74.721.976	74.822.229	74.991.972	75.122.046	75.188.726	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis	249.906	250.242	250.809	251.244	251.467									

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

Anlage 4

Gegenwärtige Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 sowie einer Abweichung vom Bundesdurchschnitt um 15 Prozent und mehr[*)]

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]
	Schleswig-Holstein		
11	Lübeck	211 400	-15,9
	Mecklenburg-Vorpommern		
14	Rostock	191 096	-24,0
17	Bad Doberan - Güstrow - Müritz	293 543	16,7
	Hamburg		
19	Hamburg-Mitte	291 671	16,0
20	Hamburg-Altona	205 252	-18,4
	Niedersachsen		
36	Soltau-Fallingbostel - Winsen L.	307 969	22,5
41	Stadt Hannover I	213 301	-15,2
	Bremen		
54	Bremen I	295 474	17,5
	Brandenburg		
56	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	211 850	-15,8
61	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	292 949	16,5
	Nordrhein-Westfalen		
88	Aachen	203 993	-18,9
92	Erftkreis I	293 189	16,6
93	Euskirchen - Erftkreis II	297 496	18,3
94	Köln I	211 845	-15,8
106	Mettmann II	205 447	-18,3
117	Duisburg II	200 443	-20,3
120	Essen II	207 794	-17,4
122	Recklinghausen I	210 404	-16,3
132	Gütersloh	308 781	22,8
133	Bielefeld	294 135	17,0
146	Hamm - Unna II	296 336	17,8
	Sachsen		
158	Bautzen - Weißwasser	209 722	-16,6
	Hessen		
176	Fulda	296 410	17,9
178	Wetterau	301 551	19,9
181	Hanau	297 013	18,1
185	Groß-Gerau	207 447	-17,5
	Thüringen		
190	Eichsfeld - Nordhausen	205 628	-18,2
194	Erfurt	194 635	-22,6
196	Gera - Saale-Holzland-Kreis	198 086	-21,2
	Rheinland-Pfalz		
200	Neuwied	302 941	20,5
205	Bitburg	207 571	-17,5
212	Kaiserslautern	289 204	15,0

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]
	Bayern		
215	Altötting	311 494	23,9
216	Freising	312 189	24,1
217	Fürstenfeldbruck	296 119	17,8
218	Ingolstadt	300 052	19,3
223	München-Land	305 897	21,6
225	Starnberg	308 378	22,6
227	Weilheim	302 059	20,1
228	Deggendorf	191 979	-23,7
229	Landshut	296 775	18,0
231	Rottal-Inn	199 653	-20,6
232	Straubing	211 932	-15,7
238	Bayreuth	200 488	-20,3
239	Coburg	199 739	-20,6
241	Kulmbach	213 062	-15,3
242	Ansbach	300 576	19,5
243	Erlangen	209 706	-16,6
244	Fürth	298 964	18,9
254	Augsburg-Land	302 261	20,2
258	Ostallgäu	295 401	17,5
	Baden-Württemberg		
261	Böblingen	311 266	23,8
262	Esslingen	200 163	-20,4
268	Heilbronn	306 889	22,0
287	Schwarzwald-Baar	208 309	-17,2
293	Biberach	297 884	18,5
294	Ravensburg - Bodensee	299 296	19,0

*) Die Abweichungen der vorgeschlagenen Wahlkreise sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.
1) In % vom Bundesdurchschnitt: 251 467.

Anlage 5

Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen

Land	Wahlkreise						
	unverändert (einschl. geringfügiger Umsetzungen von Gemeindeteilen)	die einen Ab- bzw. Zugang oder einen Ab- und Zugang von					insgesamt
		weniger als 500	500 bis unter 10 000	10 000 bis unter 50 000	50 000 bis unter 100 000	100 000 und mehr	
		deutschen Einwohnern haben					
Schleswig-Holstein	3	-	-	3	3	1	10
Mecklenburg-Vorpommern	5	-	-	-	2	-	7
Hamburg	6	-	-	-	-	-	6
Niedersachsen	23	-	-	1	1	5	30
Bremen	2	-	-	-	-	-	2
Brandenburg	10	-	-	-	-	-	10
Sachsen-Anhalt	10	-	-	-	-	-	10
Berlin	12	-	-	-	-	-	12
Nordrhein-Westfalen	59	-	-	4	1	-	64
Sachsen	15	-	-	2	-	-	17
Hessen	16	-	1	1	2	1	21
Thüringen	4	-	-	2	2	1	9
Rheinland-Pfalz	15	-	-	-	-	-	15
Bayern	33	-	4	4	1	3	45
Baden-Württemberg	30	-	2	5	-	-	37
Saarland	4	-	-	-	-	-	4
Bundesgebiet	247	-	7	22	12	11	299

Anlage 6

Nach den vorgeschlagenen Änderungen verbleibende Wahlkreise mit einer Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 vom Bundesdurchschnitt um 15 Prozent und mehr*)

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]
	Schleswig-Holstein		
10	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	295 104	17,4
	Hamburg		
19	Hamburg-Mitte	291 671	16,0
20	Hamburg-Altona	205 252	-18,4
	Niedersachsen		
41	Stadt Hannover I	213 301	-15,2
	Bremen		
54	Bremen I	295 474	17,5
	Brandenburg		
56	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	211 850	-15,8
61	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	292 949	16,5
	Nordrhein-Westfalen		
88	Aachen	203 993	-18,9
92	Erftkreis I	293 189	16,6
93	Euskirchen - Erftkreis II	297 496	18,3
94	Köln I	211 845	-15,8
106	Mettmann II	205 447	-18,3
116	Duisburg I	210 556	-16,3
120	Essen II	207 794	-17,4
122	Recklinghausen I	210 404	-16,3
146	Hamm - Unna II	296 336	17,8
	Hessen		
185	Groß-Gerau	207 447	-17,5
	Thüringen		
196	Gera - Saale-Holzland-Kreis (vorgeschlagen: Gera - Jena - Saale-Holzland-Kreis)	293 129	16,6
	Rheinland-Pfalz		
200	Neuwied	302 941	20,5
205	Bitburg	207 571	-17,5
212	Kaiserslautern	289 204	15,0

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung[1)]
	Bayern		
215	Altötting	205 715	-18,2
217	Fürstenfeldbruck	296 119	17,8
225	Starnberg	291 597	16,0
227	Weilheim	295 114	17,4
228	Deggendorf	205 152	-18,4
229	Landshut	296 775	18,0
230	Passau	213 521	-15,1
231	Rottal-Inn	199 653	-20,6
232	Straubing	211 932	-15,7
238	Bayreuth	200 488	-20,3
239	Coburg	199 739	-20,6
241	Kulmbach	213 062	-15,3
242	Ansbach	300 576	19,5
243	Erlangen	209 706	-16,6
244	Fürth	298 964	18,9
254	Augsburg-Land	295 085	17,3
258	Ostallgäu	295 401	17,5
	Baden-Württemberg		
262	Esslingen	212 370	-15,5
287	Schwarzwald-Baar	208 309	-17,2
293	Biberach	297 884	18,5
294	Ravensburg - Bodensee	290 176	15,4

*) Die Abweichungen der gegenwärtigen Wahlkreise sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.
1) In % vom Bundesdurchschnitt: 251 467.

Anlage 7

Beschreibung der vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Schleswig-Holstein
3	**Steinburg – Dithmarschen Süd**	Kreis Steinburg, vom Kreis Dithmarschen die amtsfreien Gemeinden Brunsbüttel, Friedrichskoog, Marne, Meldorf, die Ämter Kirchspielslandgemeinden Albersdorf (= Gemeinden Albersdorf, Arkebek, Bunsoh, Immenstedt, Offenbüttel, Osterrade, Schafstedt, Schrum, Tensbüttel-Röst, Wennbüttel), Burg-Süderhastedt (= Gemeinden Brickeln, Buchholz, Burg [Dithmarschen], Eggstedt, Frestedt, Großenrade, Hochdonn, Kuden, Quickborn, Süderhastedt), Eddelak-Sankt Michaelisdonn (= Gemeinden Averlak, Dingen, Eddelak, Sankt Michaelisdonn), Marne-Land (= Gemeinden Diekhusen-Fahrstedt, Helse, Kaiser-Wilhelm-Koog, Kronprinzenkoog, Marnerdeich, Neufeld, Neufelderkoog, Ramhusen, Schmedeswurth, Trennewurth, Volsemenhusen), Meldorf-Land (= Gemeinden Bargenstedt, Barlt, Busenwurth, Elpersbüttel, Epenwöhrden, Gudendorf, Krumstedt, Nindorf, Nordermeldorf, Odderade, Sarzbüttel, Windbergen, Wolmersdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 2), vom Kreis Segeberg die amtsfreien Gemeinden Bad Bramstedt, Ellerau, Kaltenkirchen, die Ämter Bad Bramstedt-Land (= Gemeinden Armstedt, Bimöhlen, Borstel, Föhrden-Barl, Fuhlendorf, Großenaspe, Hagen, Hardebek, Hasenkrug, Heidmoor, Hitzhusen, Mönkloh, Weddelbrook, Wiemersdorf), Kaltenkirchen-Land (= Gemeinden Alveslohe, Hartenholm, Hasenmoor, Lentföhrden, Nützen, Schmalfeld) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
4	**Rendsburg-Eckernförde**	Kreis Rendsburg-Eckernförde
5	**Kiel**	Kreisfreie Stadt Kiel, vom Kreis Plön die amtsfreien Gemeinden Heikendorf, Klausdorf, Laboe, Mönkeberg, Raisdorf, Schönkirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 6)
6	**Ostholstein – Plön – Neumünster**	Kreisfreie Stadt Neumünster, vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Bosau, Eutin, Fehmarn, Grömitz, Großenbrode, Heiligenhafen, Malente, Neustadt in Holstein, Oldenburg in Holstein, Süsel, die Ämter Grube (= Gemeinden Dahme, Grube, Kellenhusen [Ostsee], Riepsdorf), Lensahn (= Gemeinden Beschendorf, Damlos, Harmsdorf, Kabelhorst, Lensahn, Manhagen), Neustadt-Land (= Gemeinden Altenkrempe, Schashagen, Sierksdorf), Oldenburg-Land (= Gemeinden Göhl, Gremersdorf, Heringsdorf, Neukirchen, Wangels), Schönwalde (= Gemeinden Kasseedorf, Schönwalde am Bungsberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 11), vom Kreis Plön die amtsfreien Gemeinden Lütjenburg, Plön, Preetz, Schönberg (Holstein), die Ämter Bokhorst (= Gemeinden Bönebüttel, Großharrie, Rendswühren, Schillsdorf, Tasdorf), Lütjenburg-Land (= Gemeinden Behrensdorf [Ostsee], Blekendorf, Dannau, Giekau, Helmstorf, Högsdorf, Hohenfelde, Hohwacht [Ostsee], Kirchnüchel, Klamp, Kletkamp, Panker, Schwartbuck, Tröndel), Plön-Land (= Gemeinden Ascheberg [Holstein], Bösdorf, Dersau, Dörnick, Grebin, Kalübbe, Lebrade, Nehmten, Rantzau, Rathjensdorf, Wittmoldt), Preetz- Land (= Gemeinden Barmissen, Boksee, Bothkamp, Großbarkau, Honigsee, Kirchbarkau, Klein Barkau, Kühren, Lehmkuhlen, Löptin,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Nettelsee, Pohnsdorf, Postfeld, Rastorf, Schellhorn, Wahlstorf, Warnau), Probstei (= Gemeinden Barsbek, Bendfeld, Brodersdorf, Fahren, Fiefbergen, Höhndorf, Köhn, Krokau, Krummbek, Lutterbek, Passade, Prasdorf, Probsteierhagen, Stakendorf, Stein, Wendtorf, Wisch), Selent/Schlesen (= Gemeinden Dobersdorf, Fargau-Pratjau, Lammershagen, Martensrade, Mucheln, Schlesen, Selent, Stoltenberg), Wankendorf (= Gemeinden Belau, Ruhwinkel, Stolpe, Wankendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 5)
8	**Segeberg – Stormarn-Nord**	Vom Kreis Segeberg die amtsfreien Gemeinden Bad Segeberg, Boostedt, Henstedt-Ulzburg, Norderstedt, Trappenkamp, Wahlstedt, die Ämter Bornhöved (= Gemeinden Bornhöved, Damsdorf, Gönnebek, Schmalensee, Stocksee, Tarbek, Tensfeld), Itzstedt (= Gemeinden Itzstedt, Kayhude, Nahe, Oering, Seth, Sülfeld), Kisdorf (= Gemeinden Hüttblek, Kattendorf, Kisdorf, Oersdorf, Sievershütten, Struvenhütten, Stuvenborn, Wakendorf II, Winsen), Leezen (= Gemeinden Bark, Bebensee, Fredesdorf, Groß Niendorf, Högersdorf, Kükels, Leezen, Mözen, Neversdorf, Schwissel, Todesfelde, Wittenborn), Rickling (= Gemeinden Daldorf, Groß Kummerfeld, Heidmühlen, Latendorf, Rickling), Segeberg-Land (= Gemeinden Bahrenhof, Blunk, Bühnsdorf, Dreggers, Fahrenkrug, Geschendorf, Groß Rönnau, Klein Gladebrügge, Klein Rönnau, Negernbötel, Neuengörs, Pronstorf, Schackendorf, Schieren, Stipsdorf, Strukdorf, Traventhal, Wakendorf I, Weede, Westerrade), Wensin (= Gemeinden Glasau, Krems II, Nehms, Rohlstorf, Seedorf, Travenhorst, Wensin) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3), vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ammersbek, Bad Oldesloe, Bargteheide,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Reinfeld (Holstein), Tangstedt, die Ämter Bad Oldesloe-Land (= Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück), Bargteheide-Land (= Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel), Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 10)
10	**Herzogtum Lauenburg –Stormarn-Süd**	Kreis Herzogtum Lauenburg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ahrensburg, Barsbüttel, Glinde, Großhansdorf, Oststeinbek, Reinbek, die Ämter Siek (= Gemeinden Braak, Brunsbek, Hoisdorf, Siek, Stapelfeld), Trittau (= Gemeinden Grande, Grönwohld, Großensee, Hamfelde, Hohenfelde, Köthel, Lütjensee, Rausdorf, Trittau, Witzhave) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8)
11	**Lübeck**	Kreisfreie Stadt Lübeck, vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Ahrensbök, Bad Schwartau, Ratekau, Scharbeutz, Stockelsdorf, Timmendorfer Strand (Übrige Gemeinden s. Wkr. 6)
		Mecklenburg-Vorpommern
14	**Rostock**	Kreisfreie Stadt Rostock, vom Landkreis Bad Doberan die amtsfreien Gemeinden Graal-Müritz, Sanitz, Tessin, die Ämter Carbäk (= Gemeinden Broderstorf, Klein Kussewitz, Mandelshagen, Poppendorf,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Roggentin, Steinfeld, Thulendorf), Rostocker Heide (= Gemeinden Bentwisch, Blankenhagen, Gelbensande, Mönchhagen, Rövershagen), Schwaan (= Gemeinden Benitz, Bröbberow, Kassow, Rukieten, Schwaan, Vorbeck, Wiendorf), Tessin-Land (= Gemeinden Cammin, Gnewitz, Grammow, Nustrow, Selpin, Stubbendorf, Thelkow, Zarnewanz), Warnow-Ost (= Gemeinden Damm, Dummerstorf, Kavelstorf, Kessin, Lieblingshof, Prisannewitz), Warnow-West (= Gemeinden Elmenhorst/Lichtenhagen, Kritzmow, Lambrechtshagen, Papendorf, Pölchow, Stäbelow, Ziesendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 17)
17	**Bad Doberan – Güstrow – Müritz**	Landkreise Güstrow, Müritz, vom Landkreis Bad Doberan die amtsfreien Gemeinden Bad Doberan, Kühlungsborn, Neubukow, die Ämter Bad Doberan-Land (= Gemeinden Admannshagen-Bargeshagen, Bartenshagen-Parkentin, Börgerende-Rethwisch, Hohenfelde, Nienhagen, Reddelich, Retschow, Steffenshagen, Wittenbeck), Kröpelin (= Gemeinden Altenhagen, Jennewitz, Karin, Kröpelin, Schmadebeck), Neubukow-Salzhaff (= Gemeinden Alt Bukow, Bastorf, Biendorf, Kamin, Kirch Mulsow, Krempin, Pepelow, Rakow, Ravensberg, Rerik, Westenbrügge), Satow (= Gemeinden Bölkow, Hanstorf, Heiligenhagen, Radegast, Reinshagen, Satow) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 14)
	Niedersachsen	
30	**Cuxhaven – Stade I**	Landkreis Cuxhaven, vom Landkreis Stade die Gemeinde Drochtersen, die Samtgemeinden

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwörden, Hammah, Himmelpforten), Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg (Elbe), Krummendeich, Oederquart, Wischhafen), Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)
31	**Stade II – Rotenburg I**	Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel), Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36), vom Landkreis Stade die Gemeinden Stadt Buxtehude, Jork, Stadt Stade, die Samtgemeinden Apensen (= Gemeinden Apensen, Beckdorf, Sauensiek), Fredenbeck (= Gemeinden Deinste, Fredenbeck, Kutenholz), Harsefeld (= Gemeinden Ahlerstedt, Bargstedt, Brest, Flecken Harsefeld), Horneburg (= Gemeinden Agathenburg, Bliedersdorf, Dollern, Flecken Horneburg, Nottensdorf), Lühe (= Gemeinden Grünendeich, Guderhandviertel, Hollern-Twielenfleth, Mittelnkirchen, Neuenkirchen, Steinkirchen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 30)
35	**Osterholz - Verden**	Landkreise Osterholz, Verden

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
36	**Soltau-Fallingbostel – Rotenburg II**	Landkreis Soltau-Fallingbostel, vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede, die Samtgemeinden Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede), Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde), Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste), Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)
36a	**Harburg**	Landkreis Harburg
37	**Lüchow-Dannenberg – Lüneburg**	Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, vom Landkreis Uelzen die Gemeinde Bienenbüttel, die Samtgemeinden Bevensen (= Gemeinden Altenmedingen, Stadt Bad Bevensen, Barum, Emmendorf, Himbergen, Jelmstorf, Römstedt, Weste), Rosche (= Gemeinden Oetzen, Rätzlingen, Rosche, Stoetze, Suhlendorf) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 44)
44	**Celle – Uelzen**	Landkreis Celle, vom Landkreis Uelzen die Gemeinde Stadt Uelzen, die Samtgemeinden Altes Amt Ebstorf (= Gemeinden Flecken Ebstorf, Hanstedt, Natendorf, Schwienau, Wriedel), Bodenteich (= Gemeinden Flecken Bad Bodenteich, Lüder, Soltendieck), Suderburg (= Gemeinden Eimke, Gerdau,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Suderburg), Wrestedt (= Gemeinden Stadensen, Wieren, Wrestedt) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 37)
	Sachsen-Anhalt	
74	**Burgenland**	Burgenlandkreis, Landkreis Weißenfels, vom Landkreis Merseburg-Querfurt die Gemeinde Leuna, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Dürrenberg (= Gemeinden Bad Dürrenberg, Oebles-Schlechtewitz, Spergau, Tollwitz), Kötzschau (= Gemeinden Friedensdorf, Günthersdorf, Horburg-Maßlau, Kötschlitz, Kötzschau, Kreypau, Luppenau, Nempitz, Rodden, Wallendorf [Luppe], Zöschen, Zweimen), Saale-Elster-Aue (= Gemeinden Burgliebenau, Ermlitz, Korbetha, Raßnitz, Röglitz, Schkopau), Unteres Geiseltal (= Gemeinden Braunsbedra, Frankleben, Großkayna, Roßbach) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 75)
75	**Mansfelder Land**	Landkreise Mansfelder Land, Sangerhausen, vom Landkreis Merseburg-Querfurt die Gemeinden Bad Lauchstädt, Querfurt, die Verwaltungsgemeinschaften Forst Hermannseck (= Gemeinden Grockstädt, Leimbach, Schmon, Vitzenburg, Weißenschirmbach, Ziegelroda), Laucha-Schwarzeiche (= Gemeinden Delitz am Berge, Klobikau, Knapendorf, Milzau, Schafstädt), Merseburg (= Gemeinden Beuna [Geiseltal], Geusa, Merseburg), Oberes Geiseltal (= Gemeinden Branderoda, Gröst, Krumpa, Langeneichstädt, Mücheln [Geiseltal], Oechlitz, Wünsch), Wein-Weidaland (= Gemeinden Albersroda, Barnstädt, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen, Steigra), Weitzschker-Weidatal (= Gemeinden Alberstedt,

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		Esperstedt, Farnstädt, Schraplau)
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 74)

Nordrhein-Westfalen

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
116	**Duisburg I**	Von der kreisfreien Stadt Duisburg vom Stadtbezirk 500 Mitte die Stadtteile 501 Altstadt, 502 Neuenkamp, 503 Kaßlerfeld, 505 Neudorf-Nord, 506 Neudorf-Süd, 507 Dellviertel, 508 Hochfeld, 509 Wanheimerort (Übriger Stadtteil s. Wkr. 117), die Stadtbezirke 600 Rheinhausen, 700 Süd (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 117)
117	**Duisburg II**	Von der kreisfreien Stadt Duisburg vom Stadtbezirk 500 Mitte der Stadtteil 504 Duissern (Übrige Stadtteile s. Wkr. 116), die Stadtbezirke 100 Walsum, 200 Hamborn, 300 Meiderich/Beeck, 400 Homberg/Ruhrort/Baerl (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 116)
132	**Gütersloh I**	Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Borgholzhausen, Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Herzebrock.Clarholz, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Steinhagen, Versmold, Werther (Westf.) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 136)
133	**Bielefeld**	Kreisfreie Stadt Bielefeld
136	**Lippe I – Gütersloh II**	Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Schloß Holte-Stukenbrock, Verl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132), vom Kreis Lippe die Gemeinden Bad Salzuflen, Barntrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Kalletal, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe,

Wahlkreis		Gebiet
Nr.	Name	des Wahlkreises
		Oerlinghausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 137)
	Sachsen	
152	**Delitzsch – Torgau-Oschatz – Riesa**	Landkreise Delitzsch, Torgau-Oschatz, vom Landkreis Riesa-Großenhain die Gemeinden Hirschstein, Riesa, Stauchitz, Strehla, Zeithain (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156)
156	**Kamenz – Hoyerswerda – Großenhain**	Kreisfreie Stadt Hoyerswerda, Landkreis Kamenz, vom Landkreis Riesa-Großenhain die Gemeinden Ebersbach, Großenhain, Priestewitz, die Verwaltungsgemeinschaften Gröditz (= Gemeinden Gröditz, Nauwalde), Nünchritz (= Gemeinden Glaubitz, Nünchritz), Röderaue-Wülknitz (= Gemeinden Röderaue, Wülknitz), Schönfeld (= Gemeinden Lampertswalde, Schönfeld, Weißig a. Raschütz), Thiendorf (= Gemeinden Tauscha, Thiendorf), Zabeltitz (= Gemeinden Wildenhain, Zabeltitz) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 152)
157	**Löbau-Zittau – Görlitz**	Kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Löbau-Zittau, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinde Markersdorf, die Verwaltungsgemeinschaft Reichenbach/O.L. (= Gemeinden Königshain, Reichenbach/O.L., Sohland a. Rotstein, Vierkirchen), der Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße (= Gemeinden Horka, Kodersdorf, Neißeaue, Schöpstal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
158	**Bautzen – Weißwasser – Niesky**	Landkreis Bautzen, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinden Krauschwitz, Niesky, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Muskau (= Gemeinden Bad Muskau, Gablenz), Boxberg/O.L. (= Gemeinden Boxberg/O.L., Klitten, Uhyst), Rietschen (= Gemeinden Kreba-Neudorf, Rietschen), Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.), Schleife (= Gemeinden Groß Düben, Schleife, Trebendorf), Weißwasser/O.L. (= Gemeinden Weißkeißel, Weißwasser/O.L.), der Verwaltungsverband Diehsa (= Gemeinden Hohendubrau, Mücka, Quitzdorf am See, Waldhufen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 157)
159	**Sächsische Schweiz – Weißeritzkreis**	Landkreis Sächsische Schweiz, Weißeritzkreis
162	**Freiberg – Mittlerer Erzgebirgskreis**	Landkreis Freiberg, Mittlerer Erzgebirgskreis
163	**Döbeln – Mittweida – Meißen II**	Landkreise Döbeln, Mittweida, vom Landkreis Meißen die Gemeinden Diera-Zehren, Käbschütztal, Klipphausen, Lommatzsch, Meißen, Nossen, die Verwaltungsgemeinschaften Ketzerbachtal (= Gemeinden Ketzerbachtal, Leuben-Schleinitz), Triebischtal (= Gemeinden Taubenheim, Triebischtal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 161)
		Hessen
173	**Marburg**	Landkreis Marburg-Biedenkopf, vom Vogelsbergkreis die Gemeinden

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Grebenau, Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod, Schwalmtal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 175)
175	**Gießen**	Vom Landkreis Gießen die Gemeinden Allendorf (Lumda), Buseck, Fernwald, Gießen, Grünberg, Heuchelheim, Hungen, Langgöns, Laubach, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 174), vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach (Hessen), Lautertal (Vogelsberg), Schlitz, Schotten, Ulrichstein, Wartenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 173)
176	**Fulda**	Landkreis Fulda, vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Birstein, Brachttal, Schlüchtern, Sinntal, Steinau an der Straße, Wächtersbach und der Gutsbezirk Spessart (Übrige Gemeinden s. Wkr. 181)
178	**Wetteraukreis**	Wetteraukreis
181	**Hanau**	Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Biebergemünd, Bruchköbel, Erlensee, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Großkrotzenburg, Gründau, Hammersbach, Hanau, Hasselroth, Jossgrund, Langenselbold, Linsengericht, Maintal, Neuberg, Nidderau, Niederdorfelden, Rodenbach, Ronneburg, Schöneck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176)
	Thüringen	
190	**Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I**	Landkreise Eichsfeld, Nordhausen, vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Anrode, Dünwald, Mühlhausen/Thüringen,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Unstruttal, die Verwaltungsgemeinschaft Hildebrandshausen/Lengenfeld unterm Stein (= Gemeinden Hildebrandshausen, Lengenfeld unterm Stein, Rodeberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 191)
191	**Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II**	Kreisfreie Stadt Eisenach, Wartburgkreis, vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Bad Langensalza, Großvargula, Herbsleben, Heyerode, Katharinenberg, Menteroda, Weinbergen, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Tennstedt (= Gemeinden Bad Tennstedt, Ballhausen, Blankenburg, Bruchstedt, Haussömmern, Hornsömmern, Kirchheilingen, Klettstedt, Kutzleben, Mittelsömmern, Sundhausen, Tottleben, Urleben), Schlotheim (= Gemeinden Bothenheilingen, Issersheilingen, Kleinwelsbach, Körner, Marolterode, Neunheilingen, Obermehler, Schlotheim), Unstrut-Hainich (= Gemeinden Altengottern, Flarchheim, Großengottern, Heroldishausen, Mülverstedt, Schönstedt, Weberstedt), Vogtei (= Gemeinden Kammerforst, Langula, Niederdorla, Oberdorla, Oppershausen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 190)
192	**Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I**	Kyffhäuserkreis, Landkreis Sömmerda, vom Landkreis Weimarer Land die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Apolda, Auerstedt, Bad Berka, Bad Sulza, Blankenhain, Eberstedt, Flurstedt, Gebstedt, Großheringen, Ködderitzsch, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Reisdorf, Saaleplatte, Schmiedehausen, Wickerstedt, die Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt (= Gemeinden Ballstedt, Berlstedt, Ettersburg, Hottelstedt, Krautheim, Neumark, Ramsla, Schwerstedt, Vippachedelhausen), Buttelstedt (= Gemeinden Buttelstedt, Großobringen, Heichelheim, Kleinobringen, Leutenthal, Rohrbach, Sachsenhausen,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Wohlsborn), Ilmtal-Weinstraße (= Gemeinden Kromsdorf, Liebstedt, Mattstedt, Niederreißen, Niederroßla, Nirmsdorf, Oberreißen, Oßmannstedt, Pfiffelbach, Willerstedt), Kranichfeld (= Gemeinden Hohenfelden, Klettbach, Kranichfeld, Nauendorf, Rittersdorf, Tonndorf), Mellingen (= Gemeinden Buchfart, Döbritschen, Frankendorf, Großschwabhausen, Hammerstedt, Hetschburg, Hohlstedt, Kapellendorf, Kiliansroda, Kleinschwabhausen, Lehnstedt, Magdala, Mechelroda, Mellingen, Oettern, Umpferstedt, Vollersroda, Wiegendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 194)
194	**Erfurt – Weimar – Weimarer Land II**	Kreisfreie Städte Erfurt, Weimar, vom Landkreis Weimarer Land die Verwaltungsgemeinschaft Grammetal (= Gemeinden Bechstedtstraß, Daasdorf a. Berge, Gutendorf, Hopfgarten, Isseroda, Mönchenholzhausen, Niederzimmern, Nohra, Ottstedt a. Berge, Troistedt, Utzberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 192)
196	**Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis**	Kreisfreie Städte Gera, Jena, Saale-Holzland-Kreis

Rheinland-Pfalz

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
210	**Ludwigshafen/Frankenthal**	Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz), Ludwigshafen am Rhein, vom Rhein-Pfalz-Kreis die verbandsfreien Gemeinden Altrip, Bobenheim-Roxheim, Böhl-Iggelheim, Lambsheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen, die Verbandsgemeinden Dannstadt-Schauernheim (= Gemeinden Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assen heim, Rödersheim-Gronau), Heßheim (= Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim bei Frankenthal, Kleinniedesheim), Maxdorf (= Gemeinden Birkenheide,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Fußgönheim, Maxdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 211)
211	**Neustadt - Speyer**	Kreisfreie Städte Neustadt an der Weinstraße, Speyer, Landkreis Bad Dürkheim, vom Rhein-Pfalz-Kreis die verbandsfreien Gemeinden Römerberg, Schifferstadt, die Verbandsgemeinden Dudenhofen (= Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen), Waldsee (= Gemeinden Otterstadt, Waldsee) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 210)
		Bayern
215	**Altötting**	Landkreise Altötting, Mühldorf a. Inn
215a	**Erding – Ebersberg**	Landkreise Ebersberg, Erding
216	**Freising**	Landkreise Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm, vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Gemeinden Aresing, Ehekirchen, Karlshuld, Königsmoos, Schrobenhausen, die Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 218)
218	**Ingolstadt**	Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreis Eichstätt, vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Gemeinden Burgheim, Karlskron, Neuburg a.d. Donau, Oberhausen, Rennertshofen, Weichering, die Verwaltungsgemeinschaft Neuburg a.d. Donau (= Gemeinden Bergheim, Rohrenfels) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 216)
223	**München-Land**	Landkreis München,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Landkreis Starnberg die Gemeinden Gauting, Krailling (Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)
225	**Starnberg**	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, vom Landkreis Starnberg die Gemeinden Andechs, Berg, Feldafing, Gilching, Herrsching a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking, Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee (Übrige Gemeinden s. Wkr. 223), vom Landkreis Weilheim-Schongau die Gemeinde Bernried, die Verwaltungsgemeinschaft Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 227)
226	**Traunstein**	Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein
227	**Weilheim**	Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, vom Landkreis Weilheim-Schongau die Gemeinden Hohenpeißenberg, Peißenberg, Peiting, Penzberg, Polling, Schongau, Weilheim i. OB, Wessobrunn, Wielenbach, die Verwaltungsgemeinschaften Altenstadt (= Gemeinden Altenstadt, Hohenfurch, Ingenried, Schwabbruck, Schwabsoien), Bernbeuren (= Gemeinden Bernbeuren, Burggen), Habach (= Gemeinden Antdorf, Habach, Obersöchering, Sindelsdorf), Huglfing (= Gemeinden Eberfing, Eglfing, Huglfing, Oberhausen), Pähl-Raisting (= Gemeinden Pähl, Raisting), Rottenbuch (= Gemeinden Böbing, Rottenbuch), Steingaden (= Gemeinden Prem,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Steingaden, Wildsteig) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)
228	**Deggendorf**	Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, vom Landkreis Passau die Gemeinden Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 230)
230	**Passau**	Kreisfreie Stadt Passau, vom Landkreis Passau die Gemeinden Aldersbach, Bad Füssing, Bad Griesbach i. Rottal, Breitenberg, Büchlberg, Fürstenzell, Haarbach, Hauzenberg, Hutthurm, Kirchham, Kößlarn, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn, Neukirchen vorm Wald, Obernzell, Ortenburg, Pocking, Ruderting, Ruhstorf a.d. Rott, Salzweg, Sonnen, Tettenweis, Thyrnau, Tiefenbach, Untergriesbach, Vilshofen, Wegscheid, Windorf, die Verwaltungsgemeinschaften Aidenbach (= Gemeinden Aidenbach, Beutelsbach), Rotthalmünster (= Gemeinden Malching, Rotthalmünster), Tittling (= Gemeinden Tittling, Witzmannsberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 228)
254	**Augsburg-Land**	Vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinden Affing, Aichach, Friedberg, Hollenbach, Kissing, Merching, Rehling, Ried, die Verwaltungsgemeinschaften Dasing (= Gemeinden Adelzhausen, Dasing, Eurasburg, Obergriesbach, Sielenbach), Mering (= Gemeinden Mering, Schmiechen, Steindorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 255), vom Landkreis Augsburg die Gemeinden Adelsried, Altenmünster, Aystetten, Biberbach, Bobingen, Diedorf, Dinkelscherben, Fischach, Gablingen, Gersthofen, Graben, Horgau, Kutzenhausen, Langweid a. Lech, Meitingen,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Neusäß, Schwabmünchen, Stadtbergen, Thierhaupten, Wehringen, Zusmarshausen, die Verwaltungsgemeinschaften Gessertshausen (= Gemeinden Gessertshausen, Ustersbach), Großaitingen (= Gemeinden Großaitingen, Kleinaitingen, Oberottmarshausen), Langerringen (= Gemeinden Hiltenfingen, Langerringen), Lechfeld (= Gemeinden Klosterlechfeld, Untermeitingen), Nordendorf (= Gemeinden Allmannshofen, Ehingen, Ellgau, Kühlenthal, Nordendorf, Westendorf), Stauden (= Gemeinden Langenneufnach, Mickhausen, Mittelneufnach, Scherstetten, Walkertshofen), Welden (= Gemeinden Bonstetten, Emersacker, Heretsried, Welden) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 253)
255	**Donau-Ries**	Landkreise Dillingen a.d. Donau, Donau-Ries, vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinde Inchenhofen, die Verwaltungsgemeinschaften Aindling (= Gemeinden Aindling, Petersdorf, Todtenweis), Kühbach (= Gemeinden Kühbach, Schiltberg), Pöttmes (= Gemeinden Baar [Schwaben], Pöttmes) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 254)
	Baden-Württemberg	
261	**Böblingen**	Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Aidlingen, Altdorf, Böblingen, Bondorf, Deckenpfronn, Ehningen, Gärtringen, Gäufelden, Grafenau, Herrenberg, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Jettingen, Leonberg, Magstadt, Mötzingen, Nufringen, Renningen, Rutesheim, Sindelfingen, Weil der Stadt, Weissach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 263)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
262	**Esslingen**	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichwald, Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Köngen, Lichtenwald, Neuhausen auf den Fildern, Notzingen, Oberboihingen, Ostfildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Unterensingen, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 263)
263	**Nürtingen**	Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Schönaich, Steinenbronn, Waldenbuch, Weil im Schönbuch (Übrige Gemeinden s. Wkr. 261), vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Bissingen an der Teck, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lenningen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neidlingen, Neuffen, Nürtingen, Ohmden, Owen, Schlaitdorf, Weilheim an der Teck, Wolfschlugen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 262)
267	**Neckar-Zaber**	Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Flein, Güglingen, Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Löwenstein, Neckarwestheim, Nordheim, Obersulm, Pfaffenhofen, Talheim, Untergruppenbach, Wüstenrot, Zaberfeld (Übrige Gemeinden s. Wkr. 268), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 266)
268	**Heilbronn**	Stadtkreis Heilbronn, vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Erlenbach, Gemmingen, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Ittlingen, Jagsthausen, Kirchardt, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Leingarten, Massenbachhausen, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Oedheim, Offenau, Roigheim, Schwaigern, Siegelsbach, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern (Übrige Gemeinden s. Wkr. 267)
294	**Ravensburg – Bodensee**	Bodenseekreis, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Baienfurt, Baindt, Berg, Bodnegg, Fronreute, Grünkraut, Horgenzell, Ravensburg, Schlier, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende (Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 295)
295	**Zollernalb – Sigmaringen**	Landkreis Sigmaringen, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Altshausen, Aulendorf, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Königseggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 294), vom Zollernalbkreis die Gemeinden Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 291)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Saarland
298	**Sankt Wendel**	Landkreis Sankt Wendel, vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinde Heusweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 299), vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 299), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Lebach, Schmelz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 297)
299	**Homburg**	Saarpfalz-Kreis, vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Friedrichsthal, Quierschied, Sulzbach/Saar (Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 298), vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Neunkirchen, Spiesen-Elversberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 298)

Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen

und vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise

(vergleichende Übersicht)

(Durchschnittliche Bevölkerungszahl aller

Bundestagswahlkreise am 31. Dezember 2002: 251 467)

Beschreibung der gegenwärtigen und vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise (vergleichende Übersicht)

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen				**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002	von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002	
	Gebietsstand 31. Dezember 2002		Gebietsstand 31. Dezember 2002		

Schleswig-Holstein

3 Steinburg – Dithmarschen Süd

Kreis Steinburg,

vom Kreis Dithmarschen

die amtsfreien Gemeinden

Brunsbüttel, Friedrichskoog, Marne, Meldorf,

die Ämter Kirchspielslandgemeinden

Albersdorf (= Gemeinden Albersdorf, Arkebek, Bunsoh, Immenstedt, Offenbüttel, Osterrade, Schafstedt, Schrum, Tensbüttel-Röst, Wennbüttel),

Burg-Süderhastedt (= Gemeinden Brickeln, Buchholz, Burg [Dithmarschen], Eggstedt, Frestedt, Großen rade, Hochdonn, Kuden, Quickborn, Süderhastedt),

Eddelak-Sankt Michaelisdonn (= Gemeinden Averlak, Dingen, Eddelak, Sankt Michaelisdonn),

Marne-Land (= Gemeinden Diekhusen-Fahrstedt, Helse, Kaiser-Wilhelm-Koog, Kronprinzenkoog, Marnerdeich, Neufeld, Neufelderkoog, Ramhusen, Schmedeswurth, Trennewurth, Volsemenhusen),

Meldorf-Land (= Gemeinden Bargenstedt, Barlt, Busenwurth, Elpersbüttel, Epenwöhrden, Gudendorf, Krumstedt, Nindorf, Nordermeldorf, Odderade, Sarzbüttel, Windbergen, Wolmersdorf)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 2),

vom Kreis Segeberg

die amtsfreie Gemeinde

Bad Bramstedt,

das Amt

Bad Bramstedt-Land (= Gemeinden Armstedt, Bimöhlen, Borstel, Föhrden-Barl, Fuhlendorf, Großenaspe, Hagen, Hardebek, Hasenkrug, Heidmoor, Hitzhusen, Mönkloh, Weddelbrook, Wiemersdorf)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 6, 8)

(Einw.: 219 783 - 12,6 %)

Zugang von Wahlkreis 8

Vom Kreis Segeberg

die amtsfreien Gemeinden

Ellerau, Kaltenkirchen,

das Amt

Kaltenkirchen-Land (= Gemeinden Alveslohe, Hartenholm, Hasenmoor, Lentföhrden, Nützen, Schmalfeld)

(Einw.: 32 266)

---

3 Steinburg – Dithmarschen Süd

Kreis Steinburg,

vom Kreis Dithmarschen

die amtsfreien Gemeinden

Brunsbüttel, Friedrichskoog, Marne, Meldorf,

die Ämter Kirchspielslandgemeinden

Albersdorf (= Gemeinden Albersdorf, Arkebek, Bunsoh, Immenstedt, Offenbüttel, Osterrade, Schafstedt, Schrum, Tensbüttel-Röst, Wennbüttel),

Burg-Süderhastedt (= Gemeinden Brickeln, Buchholz, Burg [Dithmarschen], Eggstedt, Frestedt, Großen rade, Hochdonn, Kuden, Quickborn, Süderhastedt),

Eddelak-Sankt Michaelisdonn (= Gemeinden Averlak, Dingen, Eddelak, Sankt Michaelisdonn),

Marne-Land (= Gemeinden Diekhusen-Fahrstedt, Helse, Kaiser-Wilhelm-Koog, Kronprinzenkoog, Marnerdeich, Neufeld, Neufelderkoog, Ramhusen, Schmedeswurth, Trennewurth, Volsemenhusen),

Meldorf-Land (= Gemeinden Bargenstedt, Barlt, Busenwurth, Elpersbüttel, Epenwöhrden, Gudendorf, Krumstedt, Nindorf, Nordermeldorf, Odderade, Sarzbüttel, Windbergen, Wolmersdorf)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 2),

vom Kreis Segeberg

die amtsfreien Gemeinden

Bad Bramstedt, Ellerau, Kaltenkirchen,

die Ämter

Bad Bramstedt-Land (= Gemeinden Armstedt, Bimöhlen, Borstel, Föhrden-Barl, Fuhlendorf, Großenaspe, Hagen, Hardebek, Hasenkrug, Heidmoor, Hitzhusen, Mönkloh, Weddelbrook, Wiemersdorf),

Kaltenkirchen-Land (= Gemeinden Alveslohe, Hartenholm, Hasenmoor, Lentföhrden, Nützen, Schmalfeld)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 8)

(Einw.: 252 049 0,2 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 9 Ostholstein

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
4 Rendsburg-Eckernförde Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde die amtsfreien Gemeinden Bordesholm, Büdelsdorf, Eckernförde, Gettorf, Hohenwestedt, Nortorf, Rendsburg, Schacht-Audorf, die Ämter Achterwehr (= Gemeinden Achterwehr, Bredenbek, Felde, Krummwisch, Melsdorf, Ottendorf, Quarnbek, Westensee), Aukrug (= Gemeinden Arpsdorf, Aukrug, Ehndorf, Padenstedt, Wasbek), Bordesholm-Land (= Gemeinden Bissee, Brügge, Grevenkrug, Groß Buchwald, Hoffeld, Loop, Mühbrook, Negenharrie, Reesdorf, Schmalstede, Schönbek, Sören, Wattenbek), Dänischenhagen (= Gemeinden Dänischenhagen, Noer, Schwedeneck, Strande), Dänischer Wohld (= Gemeinden Felm, Lindau, Neudorf-Bornstein, Neuwittenbek, Osdorf, Schinkel, Tüttendorf), Flintbek (= Gemeinden Böhnhusen, Flintbek, Schönhorst, Techelsdorf), Fockbek (= Gemeinden Alt Duvenstedt, Fockbek, Nübbel, Rickert), Hanerau-Hademarschen (= Gemeinden Beldorf, Bendorf, Bornholt, Gokels, Hanerau-Hademarschen, Lütjenwestedt, Oldenbüttel, Seefeld, Steenfeld, Tackesdorf, Thaden), Hohenwestedt-Land (= Gemeinden Beringstedt, Grauel, Heinkenborstel, Jahrsdorf, Meezen, Mörel, Nienborstel, Nindorf, Osterstedt, Rade b. Hohenwestedt, Remmels, Tappendorf, Todenbüttel, Wapelfeld), Hohner Harde (= Gemeinden Bargstall, Breiholz, Christiansholm, Elsdorf-Westermühlen, Friedrichsgraben, Friedrichsholm, Hamdorf, Hohn, Königshügel, Lohe-Föhrden, Prinzenmoor, Sophienhamm), Hütten (= Gemeinden Ahlefeld, Ascheffel, Bistensee, Brekendorf, Damendorf, Hütten, Osterby, Owschlag), Jevenstedt (= Gemeinden Brinjahe, Embühren, Haale, Hamweddel, Hörsten, Jevenstedt, Luhnstedt, Schülp b. Rendsburg, Stafstedt, Westerrönfeld), Molfsee (= Gemeinden Blumenthal, Mielkendorf, Molfsee, Rodenbek, Rumohr, Schierensee),		5 Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde die amtsfreien Gemeinden Altenholz, Kronshagen (Einw.: 21 022)	**4 Rendsburg-Eckernförde** Kreis Rendsburg-Eckernförde (Einw.: 263 386 4,7 %)

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
Nortorf-Land (= Gemeinden Bargstedt, Bokel, Borgdorf-Seedorf, Brammer, Dätgen, Eisendorf, Ellerdorf, Emkendorf, Gnutz, Groß Vollstedt, Krogaspe, Langwedel, Oldenhütten, Schülp b. Nortorf, Timmaspe, Warder), Osterrönfeld (= Gemeinden Bovenau, Haßmoor, Ostenfeld [Rendsburg], Osterrönfeld, Rade b. Rendsburg, Schülldorf), Schlei (= Gemeinden Fleckeby, Güby, Hummelfeld, Kosel, Rieseby), Schwansen (= Gemeinden Brodersby, Damp, Dörphof, Holzdorf, Karby, Thumby, Waabs, Winnemark), Windeby (= Gemeinden Altenhof, Barkelsby, Gammelby, Goosefeld, Loose, Windeby), Wittensee (= Gemeinden Borgstedt, Bünsdorf, Groß Wittensee, Haby, Holtsee, Holzbunge, Klein Wittensee, Neu Duvenstedt, Sehestedt) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 5) (Einw.: 242 364 - 3,6 %)			
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 9 Ostholstein			
5 Kiel Kreisfreie Stadt Kiel, vom Kreis Rendsburg-Eckernförde die amtsfreien Gemeinden Altenholz, Kronshagen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 4) (Einw.: 231 854 - 7,8 %)	**4** Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde die amtsfreien Gemeinden Altenholz, Kronshagen (Einw.: 21 022)	**6** Vom Kreis Plön die amtsfreien Gemeinden Heikendorf, Klausdorf, Laboe, Mönkeberg, Raisdorf, Schönkirchen (Einw.: 35 477)	**5 Kiel** Kreisfreie Stadt Kiel, vom Kreis Plön die amtsfreien Gemeinden Heikendorf, Klausdorf, Laboe, Mönkeberg, Raisdorf, Schönkirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 6) (Einw.: 246 309 - 2,1 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 9 Ostholstein			
6 Plön – Neumünster Kreisfreie Stadt Neumünster, Kreis Plön, vom Kreis Segeberg die amtsfreie Gemeinde Boostedt, das Amt Rickling (= Gemeinden Daldorf, Groß Kummerfeld, Heidmühlen, Latendorf, Rickling) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3, 8) (Einw.: 215 886 - 14,1 %)	**5** Vom Kreis Plön die amtsfreien Gemeinden Heikendorf, Klausdorf, Laboe, Mönkeberg, Raisdorf, Schönkirchen (Einw.: 35 477) **8** Vom Kreis Segeberg die amtsfreie Gemeinde Boostedt, das Amt Rickling (= Gemeinden Daldorf, Groß Kummerfeld, Heidmühlen, Latendorf, Rickling) (Einw.: 11 434)	**9** Vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Bosau, Eutin, Fehmarn, Grömitz, Großenbrode, Heiligenhafen, Malente, Neustadt in Holstein, Oldenburg in Holstein, Süsel, die Ämter Grube (= Gemeinden Dahme, Grube, Kellenhusen [Ostsee], Riepsdorf), Lensahn (= Gemeinden Beschendorf, Damlos, Harmsdorf, Kabelhorst, Lensahn, Manhagen), Neustadt-Land (= Gemeinden Altenkrempe, Schashagen, Sierksdorf), Oldenburg-Land (= Gemeinden Göhl, Gremersdorf, Heringsdorf, Neukirchen, Wangels), Schönwalde (= Gemeinden Kasseedorf, Schönwalde am Bungsberg) (Einw.: 118 193)	**6 Ostholstein – Plön – Neumünster** Kreisfreie Stadt Neumünster, vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Bosau, Eutin, Fehmarn, Grömitz, Großenbrode, Heiligenhafen, Malente, Neustadt in Holstein, Oldenburg in Holstein, Süsel, die Ämter Grube (= Gemeinden Dahme, Grube, Kellenhusen [Ostsee], Riepsdorf), Lensahn (= Gemeinden Beschendorf, Damlos, Harmsdorf, Kabelhorst, Lensahn, Manhagen), Neustadt-Land (= Gemeinden Altenkrempe, Schashagen, Sierksdorf), Oldenburg-Land (= Gemeinden Göhl, Gremersdorf, Heringsdorf, Neukirchen, Wangels),

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
			Schönwalde (= Gemeinden Kasseedorf, Schönwalde am Bungsberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 11), vom Kreis Plön die amtsfreien Gemeinden Lütjenburg, Plön, Preetz, Schönberg (Holstein), die Ämter Bokhorst (= Gemeinden Bönebüttel, Großharrie, Rendswühren, Schillsdorf, Tasdorf), Lütjenburg-Land (= Gemeinden Behrensdorf [Ostsee], Blekendorf, Dannau, Giekau, Helmstorf, Högsdorf, Hohenfelde, Hohwacht [Ostsee], Kirchnüchel, Klamp, Kletkamp, Panker, Schwartbuck, Tröndel), Plön-Land (= Gemeinden Ascheberg [Holstein], Bösdorf, Dersau, Dörnick, Grebin, Kalübbe, Lebrade, Nehmten, Rantzau, Rathjensdorf, Wittmoldt), Preetz- Land (= Gemeinden Barmissen, Boksee, Bothkamp, Großbarkau, Honigsee, Kirchbarkau, Klein Barkau, Kühren, Lehmkuhlen, Löptin, Nettelsee, Pohnsdorf, Postfeld, Rastorf, Schellhorn, Wahlstorf, Warnau), Probstei (= Gemeinden Barsbek, Bendfeld, Brodersdorf, Fahren, Fiefbergen, Höhndorf, Köhn, Krokau, Krummbek, Lutterbek, Passade, Prasdorf, Probsteierhagen, Stakendorf, Stein, Wendtorf, Wisch), Selent/Schlesen (= Gemeinden Dobersdorf, Fargau-Pratjau, Lammershagen, Martensrade, Mucheln, Schlesen, Selent, Stoltenberg), Wankendorf (= Gemeinden Belau, Ruhwinkel, Stolpe, Wankendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 5) (Einw.: 287 168 14,2 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 9 Ostholstein unter Berücksichtigung der Neubildung der Gemeinde Fehmarn zum 1.1.2003

8 Segeberg – Stormarn-Nord Vom Kreis Segeberg die amtsfreien Gemeinden Bad Segeberg, Ellerau, Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Norderstedt, Trappenkamp, Wahlstedt, die Ämter Bornhöved (= Gemeinden Bornhöved, Damsdorf, Gönnebek, Schmalensee, Stocksee, Tarbek, Tensfeld), Itzstedt (= Gemeinden Itzstedt, Kayhude, Nahe, Oering, Seth, Sülfeld),	**3** Vom Kreis Segeberg die amtsfreien Gemeinden Ellerau, Kaltenkirchen, das Amt Kaltenkirchen-Land (= Gemeinden Alveslohe, Hartenholm, Hasenmoor, Lentföhrden, Nützen, Schmalfeld) (Einw.: 32 266)	**6** Vom Kreis Segeberg die amtsfreie Gemeinde Boostedt, das Amt Rickling (= Gemeinden Daldorf, Groß Kummerfeld, Heidmühlen, Latendorf, Rickling) (Einw.: 11 434) **9** Vom Kreis Stormarn die amtsfreie Gemeinde Reinfeld (Holstein),	**8 Segeberg – Stormarn-Nord** Vom Kreis Segeberg die amtsfreien Gemeinden Bad Segeberg, Boostedt, Henstedt-Ulzburg, Norderstedt, Trappenkamp, Wahlstedt, die Ämter Bornhöved (= Gemeinden Bornhöved, Damsdorf, Gönnebek, Schmalensee, Stocksee, Tarbek, Tensfeld), Itzstedt (= Gemeinden Itzstedt, Kayhude, Nahe, Oering, Seth, Sülfeld),

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
Kaltenkirchen-Land (= Gemeinden Alveslohe, Hartenholm, Hasenmoor, Lentföhrden, Nützen, Schmalfeld), Kisdorf (= Gemeinden Hüttblek, Kattendorf, Kisdorf, Oersdorf, Sievershütten, Struvenhütten, Stuvenborn, Wakendorf II, Winsen), Leezen (= Gemeinden Bark, Bebensee, Fredesdorf, Groß Niendorf, Högersdorf, Kükels, Leezen, Mözen, Neversdorf, Schwissel, Todesfelde, Wittenborn), Segeberg-Land (= Gemeinden Bahrenhof, Blunk, Bühnsdorf, Dreggers, Fahrenkrug, Geschendorf, Groß Rönnau, Klein Gladebrügge, Klein Rönnau, Negernbötel, Neuengörs, Pronstorf, Schackendorf, Schieren, Stipsdorf, Strukdorf, Traventhal, Wakendorf I, Weede, Westerrade), Wensin (= Gemeinden Glasau, Krems II, Nehms, Rohlstorf, Seedorf, Travenhorst, Wensin) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3, 6), vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ammersbek, Bad Oldesloe, Bargteheide, Tangstedt, die Ämter Bad Oldesloe-Land (= Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück), Bargteheide-Land (= Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 9, 10) (Einw.: 280 389 11,5 %)		das Amt Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen), (Einw.: 17 918)	Kisdorf (= Gemeinden Hüttblek, Kattendorf, Kisdorf, Oersdorf, Sievershütten, Struvenhütten, Stuvenborn, Wakendorf II, Winsen), Leezen (= Gemeinden Bark, Bebensee, Fredesdorf, Groß Niendorf, Högersdorf, Kükels, Leezen, Mözen, Neversdorf, Schwissel, Todesfelde, Wittenborn), Rickling (= Gemeinden Daldorf, Groß Kummerfeld, Heidmühlen, Latendorf, Rickling), Segeberg-Land (= Gemeinden Bahrenhof, Blunk, Bühnsdorf, Dreggers, Fahrenkrug, Geschendorf, Groß Rönnau, Klein Gladebrügge, Klein Rönnau, Negernbötel, Neuengörs, Pronstorf, Schackendorf, Schieren, Stipsdorf, Strukdorf, Traventhal, Wakendorf I, Weede, Westerrade), Wensin (= Gemeinden Glasau, Krems II, Nehms, Rohlstorf, Seedorf, Travenhorst, Wensin) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3), vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ammersbek, Bad Oldesloe, Bargteheide, Reinfeld (Holstein), Tangstedt, die Ämter Bad Oldesloe-Land (= Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück), Bargteheide-Land (= Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel), Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 10) (Einw.: 277 475 10,3 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 9 Ostholstein			
9 Ostholstein Kreis Ostholstein, vom Kreis Stormarn die amtsfreie Gemeinde Reinfeld (Holstein), das Amt Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8, 10) (Einw.: 214 061 - 14,9 %)	**6** Vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Bosau, Eutin, Fehmarn, Grömitz, Großenbrode, Heiligenhafen, Malente, Neustadt in Holstein, Oldenburg in Holstein, Süsel, die Ämter Grube (= Gemeinden Dahme, Grube, Kellenhusen [Ostsee], Riepsdorf), Lensahn (= Gemeinden Beschendorf, Damlos, Harmsdorf, Kabelhorst, Lensahn, Manhagen), Neustadt-Land (= Gemeinden Altenkrempe, Schashagen, Sierksdorf),		

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Oldenburg-Land (= Gemeinden Göhl, Gremersdorf, Heringsdorf, Neukirchen, Wangels), Schönwalde (= Gemeinden Kasseedorf, Schönwalde am Bungsberg) (Einw.: 118 193) **8** Vom Kreis Stormarn die amtsfreie Gemeinde Reinfeld (Holstein), das Amt Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen) (Einw.: 17 918) **11** Vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Ahrensbök, Bad Schwartau, Ratekau, Scharbeutz, Stockelsdorf, Timmendorfer Strand (Einw.: 77 950)		
Bemerkung: Wegfall des Wahlkreises			
10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd Vom Kreis Herzogtum Lauenburg die amtsfreien Gemeinden Geesthacht, Lauenburg/Elbe, Mölln, Ratzeburg, Schwarzenbek, Wentorf bei Hamburg, die Ämter Aumühle-Wohltorf (= Gemeinden Aumühle, Wohltorf), Breitenfelde (= Gemeinden Alt Mölln, Bälau, Borstorf, Breitenfelde, Hornbek, Niendorf/Stecknitz, Schretstaken, Talkau, Tramm, Woltersdorf), Büchen (= Gemeinden Bröthen, Büchen, Fitzen, Güster, Klein Pampau, Müssen, Roseburg, Schulendorf, Siebeneichen, Witzeeze), Hohe Elbgeest (= Gemeinden Börnsen, Dassendorf, Escheburg, Hamwarde, Hohenhorn, Kröppelshagen-Fahrendorf, Wiershop, Worth), Gudow-Sterley (= Gemeinden Besenthal, Brunsmark, Göttin, Grambek, Gudow, Hollenbek, Horst, Klein Zecher, Langenlehsten, Lehmrade, Salem, Seedorf, Sterley),		**11** Vom Kreis Herzogtum Lauenburg die Ämter Berkenthin (= Gemeinden Behlendorf, Berkenthin, Bliestorf, Düchelsdorf, Göldenitz, Kastorf, Klempau, Krummesse, Niendorf bei Berkenthin, Rondeshagen, Sierksrade), Sandesneben (= Gemeinden Grinau, Groß Boden, Groß Schenkenberg, Klinkrade, Labenz, Linau, Lüchow, Sandesneben, Schiphorst, Schönberg, Schürensöhlen, Siebenbäumen, Sirksfelde, Steinhorst, Stubben, Wentorf [Amt Sandesneben]) (Einw.: 17 155)	**10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd** Kreis Herzogtum Lauenburg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ahrensburg, Barsbüttel, Glinde, Großhansdorf, Oststeinbek, Reinbek, die Ämter Siek (= Gemeinden Braak, Brunsbek, Hoisdorf, Siek, Stapelfeld), Trittau (= Gemeinden Grande, Grönwohld, Großensee, Hamfelde, Hohenfelde, Köthel, Lütjensee, Rausdorf, Trittau, Witzhave) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8) (Einw.: 295 104 17,4 %)

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang – Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen – Zugang – Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
Lütau (= Gemeinden Basedow, Buchhorst, Dalldorf, Juliusburg, Krüzen, Krukow, Lanze, Lütau, Schnakenbek, Wangelau), Nusse (= Gemeinden Duvensee, Koberg, Kühsen, Lankau, Nusse, Panten, Poggensee, Ritzerau, Walksfelde), Ratzeburg-Land (= Gemeinden Albsfelde, Bäk, Buchholz, Einhaus, Fredeburg, Giesensdorf, Groß Disnack, Groß Grönau, Groß Sarau, Harmsdorf, Kittlitz, Kulpin, Mechow, Mustin, Pogeez, Römnitz, Schmilau, Ziethen), Schwarzenbek-Land (= Gemeinden Basthorst, Brunstorf, Dahmker, Elmenhorst, Fuhlenhagen, Grabau, Groß Pampau, Grove, Gülzow, Hamfelde, Havekost, Kankelau, Kasseburg, Köthel, Kollow, Kuddewörde, Möhnsen, Mühlenrade, Sahms) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 11), vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ahrensburg, Barsbüttel, Glinde, Großhansdorf, Oststeinbek, Reinbek, die Ämter Siek (= Gemeinden Braak, Brunsbek, Hoisdorf, Siek, Stapelfeld), Trittau (= Gemeinden Grande, Grönwohld, Großensee, Hamfelde, Hohenfelde, Köthel, Lütjensee, Rausdorf, Trittau, Witzhave) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8, 9) (Einw.: 277 949 10,5 %)			
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 9 Ostholstein			
11 Lübeck Kreisfreie Stadt Lübeck, vom Kreis Herzogtum Lauenburg die Ämter Berkenthin (= Gemeinden Behlendorf, Berkenthin, Bliestorf, Düchelsdorf, Göldenitz, Kastorf, Klempau, Krummesse, Niendorf bei Berkenthin, Rondeshagen, Sierksrade), Sandesneben (= Gemeinden Grinau, Groß Boden, Groß Schenkenberg, Klinkrade, Labenz, Linau, Lüchow, Sandesneben, Schiphorst, Schönberg, Schürensöhlen, Siebenbäumen, Sirksfelde, Steinhorst, Stubben, Wentorf [Amt Sandesneben]) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 10) (Einw.: 211 400 - 15,9 %)	**10** Vom Kreis Herzogtum Lauenburg die Ämter Berkenthin (= Gemeinden Behlendorf, Berkenthin, Bliestorf, Düchelsdorf, Göldenitz, Kastorf, Klempau, Krummesse, Niendorf bei Berkenthin, Rondeshagen, Sierksrade), Sandesneben (= Gemeinden Grinau, Groß Boden, Groß Schenkenberg, Klinkrade, Labenz, Linau, Lüchow, Sandesneben, Schiphorst, Schönberg, Schürensöhlen, Siebenbäumen, Sirksfelde, Steinhorst, Stubben, Wentorf [Amt Sandesneben]) (Einw.: 17 155)	**9** Vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Ahrensbök, Bad Schwartau, Ratekau, Scharbeutz, Stockelsdorf, Timmendorfer Strand (Einw.: 77 950)	**11 Lübeck** Kreisfreie Stadt Lübeck, vom Kreis Ostholstein die amtsfreien Gemeinden Ahrensbök, Bad Schwartau, Ratekau, Scharbeutz, Stockelsdorf, Timmendorfer Strand (Übrige Gemeinden s. Wkr. 6) (Einw.: 272 195 8,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 9 Ostholstein und Überschreitung der Toleranzgrenze			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	 Zugang von Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Mecklenburg-Vorpommern		
14 Rostock Kreisfreie Stadt Rostock (Einw.: 191 096 -24,0 %)		**17** Vom Landkreis Bad Doberan die amtsfreien Gemeinden Graal-Müritz, Sanitz, Tessin, die Ämter Carbäk (= Gemeinden Broderstorf, Klein Kussewitz, Mandelshagen, Poppendorf, Roggentin, Steinfeld, Thulendorf), Rostocker Heide (= Gemeinden Bentwisch, Blankenhagen, Gelbensande, Mönchhagen, Rövershagen), Schwaan (= Gemeinden Benitz, Bröbberow, Kassow, Rukieten, Schwaan, Vorbeck, Wiendorf), Tessin-Land (= Gemeinden Cammin, Gnewitz, Grammow, Nustrow, Selpin, Stubbendorf, Thelkow, Zarnewanz), Warnow-Ost (= Gemeinden Damm, Dummerstorf, Kavelstorf, Kessin, Lieblingshof, Prisannewitz), Warnow-West (= Gemeinden Elmenhorst/Lichtenhagen, Kritzmow, Lambrechtshagen, Papendorf, Pölchow, Stäbelow, Ziesendorf) (Einw.: 64 829)	**14 Rostock** Kreisfreie Stadt Rostock, vom Landkreis Bad Doberan die amtsfreien Gemeinden Graal-Müritz, Sanitz, Tessin, die Ämter Carbäk (= Gemeinden Broderstorf, Klein Kussewitz, Mandelshagen, Poppendorf, Roggentin, Steinfeld, Thulendorf), Rostocker Heide (= Gemeinden Bentwisch, Blankenhagen, Gelbensande, Mönchhagen, Rövershagen), Schwaan (= Gemeinden Benitz, Bröbberow, Kassow, Rukieten, Schwaan, Vorbeck, Wiendorf), Tessin-Land (= Gemeinden Cammin, Gnewitz, Grammow, Nustrow, Selpin, Stubbendorf, Thelkow, Zarnewanz), Warnow-Ost (= Gemeinden Damm, Dummerstorf, Kavelstorf, Kessin, Lieblingshof, Prisannewitz), Warnow-West (= Gemeinden Elmenhorst/Lichtenhagen, Kritzmow, Lambrechtshagen, Papendorf, Pölchow, Stäbelow, Ziesendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 17) (Einw.: 255 925 1,8 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
17 Bad Doberan – Güstrow – Müritz Landkreise Bad Doberan, Güstrow, Müritz (Einw.: 293 543 16,7 %)	**14** Vom Landkreis Bad Doberan die amtsfreien Gemeinden Graal-Müritz, Sanitz, Tessin, die Ämter Carbäk (= Gemeinden Broderstorf, Klein Kussewitz, Mandelshagen, Poppendorf, Roggentin, Steinfeld, Thulendorf), Rostocker Heide (= Gemeinden Bentwisch, Blankenhagen, Gelbensande, Mönchhagen, Rövershagen), Schwaan (= Gemeinden Benitz, Bröbberow, Kassow, Rukieten, Schwaan, Vorbeck, Wiendorf), Tessin-Land (= Gemeinden Cammin, Gnewitz, Grammow, Nustrow, Selpin, Stubbendorf, Thelkow, Zarnewanz), Warnow-Ost (= Gemeinden Damm, Dummerstorf, Kavelstorf, Kessin, Lieblingshof, Prisannewitz),		**17 Bad Doberan – Güstrow – Müritz** Landkreise Güstrow, Müritz, vom Landkreis Bad Doberan die amtsfreien Gemeinden Bad Doberan, Kühlungsborn, Neubukow, die Ämter Bad Doberan-Land (= Gemeinden Admannshagen-Bargeshagen, Bartenshagen-Parkentin, Börgerende-Rethwisch, Hohenfelde, Nienhagen, Reddelich, Retschow, Steffenshagen, Wittenbeck), Kröpelin (= Gemeinden Altenhagen, Jennewitz, Karin, Kröpelin, Schmadebeck), Neubukow-Salzhaff (= Gemeinden Alt Bukow, Bastorf, Biendorf, Kamin, Kirch Mulsow, Krempin, Pepelow, Rakow, Ravensberg, Rerik, Westenbrügge),

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Warnow-West (= Gemeinden Elmenhorst/Lichtenhagen, Kritzmow, Lambrechtshagen, Papendorf, Pölchow, Stäbelow, Ziesendorf) (Einw.: 64 829)		Satow (= Gemeinden Bölkow, Hanstorf, Heiligenhagen, Radegast, Reinshagen, Satow) (Übriege Gemeinden s. Wkr. 14) (Einw.: 228 714 - 9,0 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
	Niedersachsen		
30 Cuxhaven – Osterholz Landkreis Osterholz, vom Landkreis Cuxhaven die Gemeinden Stadt Cuxhaven, Stadt Langen, Loxstedt, Nordholz, Schiffdorf, die Samtgemeinden Bederkesa (= Gemeinden Flecken Bad Bederkesa, Drangstedt, Elmlohe, Flögeln, Köhlen, Kührstedt, Lintig, Ringstedt), Beverstedt (= Gemeinden Appeln, Flecken Beverstedt, Bokel, Frelsdorf, Heerstedt, Hollen, Kirchwistedt, Lunestedt, Stubben), Hagen (= Gemeinden Bramstedt, Driftsethe, Hagen im Bremischen, Sandstedt, Uthlede, Wulsbüttel), Land Wursten (= Gemeinden Cappel, Dorum, Midlum, Misselwarden, Mulsum, Padingbüttel, Wremen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 31) (Einw.: 254 015 1,0 %)	**35** Landkreis Osterholz (Einw.: 107 004)	**31** Vom Landkreis Cuxhaven die Samtgemeinden Am Dobrock (= Gemeinden Belum, Bülkau, Cadenberge, Geversdorf, Flecken Neuhaus [Oste], Oberndorf, Wingst), Börde Lamstedt (= Gemeinden Armstorf, Hollnseth, Lamstedt, Mittelstenahe, Stinstedt), Hadeln (= Gemeinden Neuenkirchen, Nordleda, Osterbruch, Stadt Otterndorf), Hemmoor (= Gemeinden Hechthausen, Stadt Hemmoor, Osten), Sietland (= Gemeinden Ihlienworth, Odisheim, Steinau, Wanna) (Einw.: 47 198), vom Landkreis Stade die Gemeinde Drochtersen, die Samtgemeinden Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwörden, Hammah, Himmelpforten), Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg [Elbe], Krummendeich, Oederquart, Wischhafen), Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf) (Einw.: 36 393)	**30 Cuxhaven – Stade I** Landkreis Cuxhaven, vom Landkreis Stade die Gemeinde Drochtersen, die Samtgemeinden Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwörden, Hammah, Himmelpforten), Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg (Elbe), Krummendeich, Oederquart, Wischhafen), Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 31) (Einw.: 230 602 - 8,3 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg			
31 Stade – Cuxhaven Landkreis Stade, vom Landkreis Cuxhaven die Samtgemeinden Am Dobrock (= Gemeinden Belum, Bülkau, Cadenberge, Geversdorf, Flecken Neuhaus [Oste], Oberndorf, Wingst),	**30** Vom Landkreis Cuxhaven die Samtgemeinden Am Dobrock (= Gemeinden Belum, Bülkau, Cadenberge, Geversdorf, Flecken Neuhaus [Oste], Oberndorf, Wingst), Börde Lamstedt (= Gemeinden Armstorf, Hollnseth, Lamstedt, Mittelstenahe, Stinstedt),	**35** Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel),	**31 Stade II – Rotenburg I** Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel),

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis / Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	 Zugang von Wahlkreis / Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
Börde Lamstedt (= Gemeinden Armstorf, Hollnseth, Lamstedt, Mittelstenahe, Stinstedt), Hadeln (= Gemeinden Neuenkirchen, Nordleda, Osterbruch, Stadt Otterndorf), Hemmoor (= Gemeinden Hechthausen, Stadt Hemmoor, Osten), Sietland (= Gemeinden Ihlienworth, Odisheim, Steinau, Wanna) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 30) (Einw.: 231 322 - 8,0 %)	Hadeln (= Gemeinden Neuenkirchen, Nordleda, Osterbruch, Stadt Otterndorf), Hemmoor (= Gemeinden Hechthausen, Stadt Hemmoor, Osten), Sietland (= Gemeinden Ihlienworth, Odisheim, Steinau, Wanna) (Einw.: 47 198), vom Landkreis Stade die Gemeinde Drochtersen, die Samtgemeinden Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwörden, Hammah, Himmelpforten), Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg (Elbe), Krummendeich, Oederquart, Wischhafen), Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf) (Einw.: 36 393)	Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Tarmstedt (= Gemeinden Bredorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Einw.: 73 308)	Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Tarmstedt (= Gemeinden Bredorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36), vom Landkreis Stade die Gemeinden Stadt Buxtehude, Jork, Stadt Stade, die Samtgemeinden Apensen (= Gemeinden Apensen, Beckdorf, Sauensiek), Fredenbeck (= Gemeinden Deinste, Fredenbeck, Kutenholz), Harsefeld (= Gemeinden Ahlerstedt, Bargstedt, Brest, Flecken Harsefeld), Horneburg (= Gemeinden Agathenburg, Bliedersdorf, Dollern, Flecken Horneburg, Nottensdorf), Lühe (= Gemeinden Grünendeich, Guderhandviertel, Hollern-Twielenfleth, Mittelnkirchen, Neuenkirchen, Steinkirchen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 30) (Einw.: 221 039 - 12,1 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg			
35 Rotenburg – Verden Landkreise Rotenburg (Wümme), Verden (Einw.: 280 943 11,7 %)	**31** Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel), Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Tarmstedt (= Gemeinden Bredorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Einw.: 73 308) **36** Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede,	**30** Landkreis Osterholz (Einw.: 107 004)	**35 Osterholz – Verden** Landkreise Osterholz, Verden (Einw.: 232 313 - 7,6 %)

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	die Samtgemeinden Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede), Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde), Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste), Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum) (Einw.: 82 326)		
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg			
36 Soltau-Fallingbostel – Winsen L. Vom Landkreis Soltau-Fallingbostel die Gemeinden Bispingen, Bomlitz, Stadt Fallingbostel, Neuenkirchen, Stadt Schneverdingen, Stadt Soltau, Stadt Walsrode, Wietzendorf, gemeindefreier Bezirk Osterheide, die Samtgemeinden Ahlden (= Gemeinden Flecken Ahlden [Aller], Eickeloh, Grethem, Hademstorf, Hodenhagen), Rethem/Aller (= Gemeinden Böhme, Frankenfeld, Häuslingen, Stadt Rethem [Aller]), Schwarmstedt (= Gemeinden Buchholz [Aller], Essel, Gilten, Lindwedel, Schwarmstedt) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 37), vom Landkreis Harburg die Gemeinden Stadt Buchholz in der Nordheide, Neu Wulmstorf, Rosengarten, Seevetal, Stelle, Stadt Winsen (Luhe), die Samtgemeinden Hollenstedt (= Gemeinden Appel, Drestedt, Halvesbostel, Hollenstedt, Moisburg, Regesbostel, Wenzendorf), Jesteburg (= Gemeinden Bendestorf, Harmstorf, Jesteburg), Tostedt (= Gemeinden Dohren, Handeloh, Heidenau, Kakenstorf, Königsmoor, Otter, Tostedt, Welle, Wistedt) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 37) (Einw.: 307 969 22,5 %)	**36a** Vom Landkreis Harburg die Gemeinden Stadt Buchholz in der Nordheide, Neu Wulmstorf, Rosengarten, Seevetal, Stelle, Stadt Winsen (Luhe), die Samtgemeinden Hollenstedt (= Gemeinden Appel, Drestedt, Halvesbostel, Hollenstedt, Moisburg, Regesbostel, Wenzendorf), Jesteburg (= Gemeinden Bendestorf, Harmstorf, Jesteburg), Tostedt (= Gemeinden Dohren, Handeloh, Heidenau, Kakenstorf, Königsmoor, Otter, Tostedt, Welle, Wistedt) (Einw.: 190 260)	**35** Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede, die Samtgemeinden Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede), Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde), Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste), Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum) (Einw.: 82 326) **37** Vom Landkreis Soltau-Fallingbostel die Gemeinde Stadt Munster (Einw.: 17 036)	**36 Soltau-Fallingbostel – Rotenburg II** Landkreis Soltau-Fallingbostel, vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede, die Samtgemeinden Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede), Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde), Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste), Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 31) (Einw.: 217 071 - 13,7 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg und Überschreitung der Toleranzgrenze			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
		36 Vom Landkreis Harburg die Gemeinden Stadt Buchholz in der Nordheide, Neu Wulmstorf, Rosengarten, Seevetal, Stelle, Stadt Winsen (Luhe), die Samtgemeinden Hollenstedt (= Gemeinden Appel, Drestedt, Halvesbostel, Hollenstedt, Moisburg, Regesbostel, Wenzendorf), Jesteburg (= Gemeinden Bendestorf, Harmstorf, Jesteburg), Tostedt (= Gemeinden Dohren, Handeloh, Heidenau, Kakenstorf, Königsmoor, Otter, Tostedt, Welle, Wistedt) (Einw.: 190 260) **37** Vom Landkreis Harburg die Samtgemeinden Elbmarsch (= Gemeinden Drage, Marschacht, Tespe), Hanstedt (= Gemeinden Asendorf, Brackel, Egestorf, Hanstedt, Marxen, Undeloh), Salzhausen (= Gemeinden Eyendorf, Garlstorf, Garstedt, Gödenstorf, Salzhausen, Toppenstedt, Vierhöfen, Wulfsen) (Einw.: 35 379)	**36a Harburg** Landkreis Harburg (Einw.: 225 639 - 10,3 %)
Bemerkung: Neubildung des Wahlkreises			
37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, vom Landkreis Harburg die Samtgemeinden Elbmarsch (= Gemeinden Drage, Marschacht, Tespe), Hanstedt (= Gemeinden Asendorf, Brackel, Egestorf, Hanstedt, Marxen, Undeloh), Salzhausen (= Gemeinden Eyendorf, Garlstorf, Garstedt, Gödenstorf, Salzhausen, Toppenstedt, Vierhöfen, Wulfsen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36), vom Landkreis Soltau-Fallingbostel die Gemeinde Stadt Munster (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36) (Einw.: 263 841 4,9 %)	**36** Vom Landkreis Soltau-Fallingbostel die Gemeinde Stadt Munster (Einw.: 17 036) **36a** Vom Landkreis Harburg die Samtgemeinden Elbmarsch (= Gemeinden Drage, Marschacht, Tespe), Hanstedt (= Gemeinden Asendorf, Brackel, Egestorf, Hanstedt, Marxen, Undeloh), Salzhausen (= Gemeinden Eyendorf, Garlstorf, Garstedt, Gödenstorf, Salzhausen, Toppenstedt, Vierhöfen, Wulfsen) (Einw.: 35 379)	**44** Vom Landkreis Uelzen die Gemeinde Bienenbüttel, die Samtgemeinden Bevensen (= Gemeinden Altenmedingen, Stadt Bad Bevensen, Barum, Emmendorf, Himbergen, Jelmstorf, Römstedt, Weste), Rosche (= Gemeinden Oetzen, Rätzlingen, Rosche, Stoetze, Suhlendorf) (Einw.: 29 887)	**37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg** Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, vom Landkreis Uelzen die Gemeinde Bienenbüttel, die Samtgemeinden Bevensen (= Gemeinden Altenmedingen, Stadt Bad Bevensen, Barum, Emmendorf, Himbergen, Jelmstorf, Römstedt, Weste), Rosche (= Gemeinden Oetzen, Rätzlingen, Rosche, Stoetze, Suhlendorf) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 44) (Einw.: 241 313 - 4,0 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg			
44 Celle – Uelzen Landkreise Celle, Uelzen (Einw.: 264 954 5,4 %)	**37** Vom Landkreis Uelzen die Gemeinde Bienenbüttel, die Samtgemeinden Bevensen (= Gemeinden Altenmedingen, Stadt Bad Bevensen,		**44 Celle – Uelzen** Landkreis Celle, vom Landkreis Uelzen die Gemeinde Stadt Uelzen,

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Barum, Emmendorf, Himbergen, Jelmstorf, Römstedt, Weste), Rosche (= Gemeinden Oetzen, Rätzlingen, Rosche, Stoetze, Suhlendorf) (Einw.: 29 887)		die Samtgemeinden Altes Amt Ebstorf (= Gemeinden Flecken Ebstorf, Hanstedt, Natendorf, Schwienau, Wriedel), Bodenteich (= Gemeinden Flecken Bad Bodenteich, Lüder, Soltendieck), Suderburg (= Gemeinden Eimke, Gerdau, Suderburg), Wrestedt (= Gemeinden Stadensen, Wieren, Wrestedt) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 37) (Einw.: 235 067 - 6,5 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg

Sachsen-Anhalt

74 Burgenland Burgenlandkreis, Landkreis Weißenfels, vom Landkreis Merseburg-Querfurt die Gemeinde Leuna, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Dürrenberg (= Gemeinden Bad Dürrenberg, Oebles-Schlechtewitz, Spergau, Tollwitz), Kötzschau (= Gemeinden Friedensdorf, Günthersdorf, Horburg-Maßlau, Kötschlitz, Kötzschau, Kreypau, Luppenau, Nempitz, Rodden, Wallendorf [Luppe], Zöschen, Zweimen), Saale-Elster-Aue (= Gemeinden Burgliebenau, Ermlitz, Korbetha, Raßnitz, Röglitz, Schkopau), Unteres Geiseltal (= Gemeinden Braunsbedra, Frankleben, Großkayna, Roßbach) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 75) (Einw.: 260 876 3,7 %)			**74 Burgenland** Burgenlandkreis, Landkreis Weißenfels, vom Landkreis Merseburg-Querfurt die Gemeinde Leuna, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Dürrenberg (= Gemeinden Bad Dürrenberg, Oebles-Schlechtewitz, Spergau, Tollwitz), Kötzschau (= Gemeinden Friedensdorf, Günthersdorf, Horburg-Maßlau, Kötschlitz, Kötzschau, Kreypau, Luppenau, Nempitz, Rodden, Wallendorf [Luppe], Zöschen, Zweimen), Saale-Elster-Aue (= Gemeinden Burgliebenau, Ermlitz, Korbetha, Raßnitz, Röglitz, Schkopau), Unteres Geiseltal (= Gemeinden Braunsbedra, Frankleben, Großkayna, Roßbach) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 75) (Einw.: 260 876 3,7 %)

Bemerkung: Beschreibung zur Anpassung an geringfügige, wahlkreisübergreifende Änderungen von Gemeindegrenzen, die am 1.1.2003 in Kraft getreten sind

75 Mansfelder Land Landkreise Mansfelder Land, Sangerhausen, vom Landkreis Merseburg-Querfurt die Gemeinden Bad Lauchstädt, Querfurt, die Verwaltungsgemeinschaften Forst Hermannseck (= Gemeinden Grockstädt, Leimbach, Schmon, Vitzenburg, Weißenschirmbach, Ziegelroda), Laucha-Schwarzeiche (= Gemeinden Delitz am Berge, Klobikau, Knapendorf, Milzau, Schafstädt),			**75 Mansfelder Land** Landkreise Mansfelder Land, Sangerhausen, vom Landkreis Merseburg-Querfurt die Gemeinden Bad Lauchstädt, Querfurt, die Verwaltungsgemeinschaften Forst Hermannseck (= Gemeinden Grockstädt, Leimbach, Schmon, Vitzenburg, Weißenschirmbach, Ziegelroda), Laucha-Schwarzeiche (= Gemeinden Delitz am Berge, Klobikau, Knapendorf, Milzau, Schafstädt),

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen – Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
Merseburg (= Gemeinden Beuna [Geiseltal], Geusa, Merseburg), Oberes Geiseltal (= Gemeinden Branderoda, Gröst, Krumpa, Langeneichstädt, Mücheln [Geiseltal], Oechlitz, Wünsch), Wein-Weidaland (= Gemeinden Albersroda, Barnstädt, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen, Steigra), Weitzschker-Weidatal (= Gemeinden Alberstedt, Esperstedt, Farnstädt, Schraplau) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 74) (Einw.: 250 740 - 0,3 %)			Merseburg (= Gemeinden Beuna [Geiseltal], Geusa, Merseburg), Oberes Geiseltal (= Gemeinden Branderoda, Gröst, Krumpa, Langeneichstädt, Mücheln [Geiseltal], Oechlitz, Wünsch), Wein-Weidaland (= Gemeinden Albersroda, Barnstädt, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen, Steigra), Weitzschker-Weidatal (= Gemeinden Alberstedt, Esperstedt, Farnstädt, Schraplau) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 74) (Einw.: 250 740 - 0,3 %)
Bemerkung: Beschreibung zur Anpassung an geringfügige, wahlkreisübergreifende Änderungen von Gemeindegrenzen, die am 1.1.2003 in Kraft getreten sind			
Nordrhein-Westfalen			
116 Duisburg I Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke E Innenstadt, F Rheinhausen, G Süd (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 117) (Einw.: 223 962 - 10,9 %)	**117** Von der kreisfreien Stadt Duisburg vom Stadtbezirk 500 Mitte *(ehem. E Innenstadt)* der Stadtteil 504 Duissern (Einw.: 13 406)		**116 Duisburg I** Von der kreisfreien Stadt Duisburg vom Stadtbezirk 500 Mitte *(ehem. E Innenstadt)* die Stadtteile 501 Altstadt, 502 Neuenkamp, 503 Kaßlerfeld, 505 Neudorf-Nord, 506 Neudorf-Süd, 507 Dellviertel, 508 Hochfeld, 509 Wanheimerort (Übriger Stadtteil s. Wkr. 117), die Stadtbezirke 600 Rheinhausen *(ehem. F Rheinhausen)*, 700 Süd *(ehem. G Süd)* (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 117) (Einw.: 210 556 - 16,3 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 117 Duisburg II sowie Änderung der Beschreibung wegen einer Neuorganistion auf dem Gebiet der Stadt Duisburg			
117 Duisburg II Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke A Walsum, B Hamborn, C Meiderich/Beeck, D Homberg/Ruhrort/Baerl (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 116) (Einw.: 200 443 - 20,3 %)		**116** Von der kreisfreien Stadt Duisburg vom Stadtbezirk 500 Mitte *(ehem. E Innenstadt)* der Stadtteil 504 Duissern (Einw.: 13 406)	**117 Duisburg II** Von der kreisfreien Stadt Duisburg vom Stadtbezirk 500 Mitte *(ehem. E Innenstadt)* der Stadtteil 504 Duissern (Übrige Stadtteile s. Wkr. 116), die Stadtbezirke 100 Walsum *(ehem. A Walsum)*, 200 Hamborn *(ehem. B Hamborn)*, 300 Meiderich/Beeck *(ehem. C Meiderich/Beeck)*, 400 Homberg/Ruhrort/Baerl *(ehem. D Homberg/Ruhrort/Baerl)* (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 116) (Einw.: 213 849 - 15,0 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze sowie Änderung der Beschreibung wegen einer Neuorganistion auf dem Gebiet der Stadt Duisburg			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
132 Gütersloh Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Borgholzhausen, Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Verl, Versmold (Übrige Gemeinde s. Wkr. 133) (Einw.: 308 781 22,8 %)	**136** Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Schloß Holte-Stukenbrock, Verl (Einw.: 46 076)	**133** Vom Kreis Gütersloh die Gemeinde Werther (Westf.) (Einw.: 10 778)	**132 Gütersloh I** Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Borgholzhausen, Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Steinhagen, Versmold, Werther (Westf.) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 136) (Einw.: 273 483 8,8 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
133 Bielefeld Kreisfreie Stadt Bielefeld, vom Kreis Gütersloh die Gemeinde Werther (Westf.) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132) (Einw.: 294 135 17,0 %)	**132** Vom Kreis Gütersloh die Gemeinde Werther (Westf.) (Einw.: 10 778)		**133 Bielefeld** Kreisfreie Stadt Bielefeld (Einw.: 283 357 12,7 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
136 Lippe I Vom Kreis Lippe die Gemeinden Bad Salzuflen, Barntrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Kalletal, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe, Oerlinghausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 137) (Einw.: 218 344 - 13,2 %)		**132** Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Schloß Holte-Stukenbrock, Verl (Einw.: 46 076)	**136 Lippe I – Gütersloh II** Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Schloß Holte-Stukenbrock, Verl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132), vom Kreis Lippe die Gemeinden Bad Salzuflen, Barntrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Kalletal, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe, Oerlinghausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 137) (Einw.: 264 420 5,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 132 Gütersloh I			
	Sachsen		
152 Delitzsch – Torgau-Oschatz – Riesa Landkreise Delitzsch, Torgau-Oschatz, vom Landkreis Riesa-Großenhain die Gemeinden Hirschstein, Riesa, Stauchitz, Strehla, die Verwaltungsgemeinschaft Zeithain (= Gemeinden Röderau-Bobersen, Zeithain) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156) (Einw.: 274 501 9,2 %)			**152 Delitzsch – Torgau-Oschatz – Riesa** Landkreise Delitzsch, Torgau-Oschatz, vom Landkreis Riesa-Großenhain die Gemeinden Hirschstein, Riesa, Stauchitz, Strehla, Zeithain (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156) (Einw.: 274 501 9,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Beschreibung auf Grund Eingemeindung der Gemeinde Röderau-Bobersen in die Gemeinde Zeithain			

Beschreibung der gegenwärtigen **Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Beschreibung der vorgeschlagenen **Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
156 Kamenz – Hoyerswerda – Großenhain Kreisfreie Stadt Hoyerswerda, Landkreis Kamenz, vom Landkreis Riesa-Großenhain die Gemeinden Ebersbach, Großenhain, Priestewitz, die Verwaltungsgemeinschaften Gröditz (= Gemeinden Gröditz, Nauwalde), Nünchritz (= Gemeinden Diesbar-Seußlitz, Glaubitz, Nünchritz), Röderaue-Wülknitz (= Gemeinden Röderaue, Wülknitz), Schönfeld (= Gemeinden Lampertswalde, Schönfeld, Weißig a. Raschütz), Thiendorf (= Gemeinden Tauscha, Thiendorf), Zabeltitz (= Gemeinden Wildenhain, Zabeltitz) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 152) (Einw.: 258 766 2,9 %)			**156 Kamenz – Hoyerswerda – Großenhain** Kreisfreie Stadt Hoyerswerda, Landkreis Kamenz, vom Landkreis Riesa-Großenhain die Gemeinden Ebersbach, Großenhain, Priestewitz, die Verwaltungsgemeinschaften Gröditz (= Gemeinden Gröditz, Nauwalde), Nünchritz (= Gemeinden Glaubitz, Nünchritz), Röderaue-Wülknitz (= Gemeinden Röderaue, Wülknitz), Schönfeld (= Gemeinden Lampertswalde, Schönfeld, Weißig a. Raschütz), Thiendorf (= Gemeinden Tauscha, Thiendorf), Zabeltitz (= Gemeinden Wildenhain, Zabeltitz) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 152) (Einw.: 258 766 2,9 %)
Bemerkungen: Änderung der Beschreibung auf Grund Eingemeindung der Gemeinde Diesbar-Seußlitz in die Gemeinde Nünchritz mit Wirkung vom 1.1.2003			
157 Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky Kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Löbau-Zittau, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinden Markersdorf, Niesky, die Verwaltungsgemeinschaften Reichenbach/O.L. (= Gemeinden Königshain, Reichenbach/O.L., Sohland a. Rotstein, Vierkirchen), Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.), der Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße (= Gemeinden Horka, Kodersdorf, Neißeaue, Schöpstal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158) (Einw.: 247 091 - 1,7 %)	**158** Vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinde Niesky, die Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.) (Einw.: 18 755)		**157 Löbau-Zittau – Görlitz** Kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Löbau-Zittau, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinde Markersdorf, die Verwaltungsgemeinschaft Reichenbach/O.L. (= Gemeinden Königshain, Reichenbach/O.L., Sohland a. Rotstein, Vierkirchen), der Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße (= Gemeinden Horka, Kodersdorf, Neißeaue, Schöpstal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158) (Einw.: 228 336 - 9,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen		**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Abgang	Zugang	
	Bezeichnung der Gebietseinheit		
	an Wahlkreis Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	von Wahlkreis Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	
158 Bautzen – Weißwasser Landkreis Bautzen, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinde Krauschwitz, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Muskau (= Gemeinden Bad Muskau, Gablenz), Boxberg/O.L. (= Gemeinden Boxberg/O.L., Klitten, Uhyst), Rietschen (= Gemeinden Kreba-Neudorf, Rietschen), Schleife (= Gemeinden Groß Düben, Schleife, Trebendorf), Weißwasser/O.L. (= Gemeinden Weißkeißel, Weißwasser/O.L.), der Verwaltungsverband Diehsa (= Gemeinden Hohendubrau, Mücka, Quitzdorf am See, Waldhufen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 157) (Einw.: 209 722 - 16,6 %)		**157** Vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinde Niesky, die Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.) (Einw.: 18 755)	**158 Bautzen – Weißwasser – Niesky** Landkreis Bautzen, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinden Krauschwitz, Niesky, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Muskau (= Gemeinden Bad Muskau, Gablenz), Boxberg/O.L. (= Gemeinden Boxberg/O.L., Klitten, Uhyst), Rietschen (= Gemeinden Kreba-Neudorf, Rietschen), Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.), Schleife (= Gemeinden Groß Düben, Schleife, Trebendorf), Weißwasser/O.L. (= Gemeinden Weißkeißel, Weißwasser/O.L.), der Verwaltungsverband Diehsa (= Gemeinden Hohendubrau, Mücka, Quitzdorf am See, Waldhufen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 157) (Einw.: 228 477 - 9,1 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
159 Sächsische Schweiz – Weißeritzkreis Landkreis Sächsische Schweiz, Weißeritzkreis (Einw.: 263 122 4,6 %)			**159 Sächsische Schweiz – Weißeritzkreis** Landkreis Sächsische Schweiz, Weißeritzkreis (Einw.: 263 122 4,6 %)
Bemerkung: Beschreibung zur Anpassung an geringfügige, wahlkreisübergreifende Änderungen von Gemeindegrenzen, die am 15.1.2003 in Kraft getreten sind			
162 Freiberg – Mittlerer Erzgebirgskreis Landkreis Freiberg, Mittlerer Erzgebirgskreis (Einw.: 237 937 - 5,4 %)			**162 Freiberg – Mittlerer Erzgebirgskreis** Landkreis Freiberg, Mittlerer Erzgebirgskreis (Einw.: 237 937 - 5,4 %)
Bemerkung: Beschreibung zur Anpassung an geringfügige, wahlkreisübergreifende Änderungen von Gemeindegrenzen, die am 15.1.2003 in Kraft getreten sind			
163 Döbeln – Mittweida – Meißen II Landkreise Döbeln, Mittweida, vom Landkreis Meißen die Gemeinden Diera-Zehren, Käbschütztal, Klipphausen, Lommatzsch, Meißen, die Verwaltungsgemeinschaften Ketzerbachtal (= Gemeinden Ketzerbachtal, Leuben-Schleinitz), Nossen (= Gemeinden Heynitz, Nossen), Triebischtal (= Gemeinden Taubenheim, Triebischtal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 161) (Einw.: 272 352 8,3 %)			**163 Döbeln – Mittweida – Meißen II** Landkreise Döbeln, Mittweida, vom Landkreis Meißen die Gemeinden Diera-Zehren, Käbschütztal, Klipphausen, Lommatzsch, Meißen, Nossen, die Verwaltungsgemeinschaften Ketzerbachtal (= Gemeinden Ketzerbachtal, Leuben-Schleinitz), Triebischtal (= Gemeinden Taubenheim, Triebischtal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 161) (Einw.: 272 352 8,3 %)
Bemerkungen: Änderung der Beschreibung auf Grund Eingemeindung der Gemeinde Heynitz in die Gemeinde Nossen mit Wirkung vom 1.1.2003			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
		Hessen	
173 Marburg Landkreis Marburg-Biedenkopf (Einw.: 228 710 - 9,0 %)		**175** Vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Grebenau, Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod, Schwalmtal (Einw.: 54 827)	**173 Marburg** Landkreis Marburg-Biedenkopf, vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Grebenau, Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod, Schwalmtal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 175) (Einw.: 283 537 12,8 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenzen in den Wahlkreisen 176 Fulda, 178 Wetterau und 181 Hanau			
175 Gießen Vom Landkreis Gießen die Gemeinden Allendorf (Lumda), Buseck, Fernwald, Gießen, Grünberg, Heuchelheim, Hungen, Langgöns, Laubach, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 174), vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Grebenau, Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod, Schotten, Schwalmtal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176) (Einw.: 278 504 10,8 %)	**173** Vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Grebenau, Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod, Schwalmtal (Einw.: 54 827)	**176** Vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach (Hessen), Lautertal (Vogelsberg), Schlitz, Ulrichstein, Wartenberg (Einw.: 47 137)	**175 Gießen** Vom Landkreis Gießen die Gemeinden Allendorf (Lumda), Buseck, Fernwald, Gießen, Grünberg, Heuchelheim, Hungen, Langgöns, Laubach, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 174), vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach (Hessen), Lautertal (Vogelsberg), Schlitz, Schotten, Ulrichstein, Wartenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 173) (Einw.: 270 814 7,7 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenzen in den Wahlkreisen 176 Fulda, 178 Wetterau und 181 Hanau			
176 Fulda Landkreis Fulda, vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Birstein, Schlüchtern, Sinntal, Steinau an der Straße (Übrige Gemeinden s. Wkr. 178, 181), vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach (Hessen), Lautertal (Vogelsberg), Schlitz, Ulrichstein, Wartenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 175) (Einw.: 296 410 17,9 %)	**175** Vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach (Hessen), Lautertal (Vogelsberg), Schlitz, Ulrichstein, Wartenberg (Einw.: 47 137)	**178** Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Soden-Salmünster, Brachttal, Wächtersbach (Einw.: 28 317), **181** Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinde Bad Orb und der Gutsbezirk Spessart (Einw.: 9 232)	**176 Fulda** Landkreis Fulda, vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Birstein, Brachttal, Schlüchtern, Sinntal, Steinau an der Straße, Wächtersbach und der Gutsbezirk Spessart (Übrige Gemeinden s. Wkr. 181) (Einw.: 286 822 14,1 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
178 Wetterau Wetteraukreis, vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Soden-Salmünster, Brachttal, Wächtersbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176, 181) (Einw.: 301 551 19,9 %)	**176** Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Soden-Salmünster, Brachttal, Wächtersbach (Einw.: 28 317)		**178 Wetteraukreis** Wetteraukreis (Einw.: 273 234 8,7 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
181 Hanau Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Orb, Biebergemünd, Bruchköbel, Erlensee, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Großkrotzenburg, Gründau, Hammersbach, Hanau, Hasselroth Jossgrund, Langenselbold, Linsengericht, Maintal, Neuberg, Nidderau, Niederdorfelden, Rodenbach, Ronneburg, Schöneck und der Gutsbezirk Spessart (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176, 178) (Einw.: 297 013 18,1 %)	**176** Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinde Bad Orb und der Gutsbezirk Spessart (Einw.: 9 232)		**181 Hanau** Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Biebergemünd, Bruchköbel, Erlensee, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Großkrotzenburg, Gründau, Hammersbach, Hanau, Hasselroth, Jossgrund, Langenselbold, Linsengericht, Maintal, Neuberg, Nidderau, Niederdorfelden, Rodenbach, Ronneburg, Schöneck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176) (Einw.: 287 781 14,4 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
	Thüringen		
190 Eichsfeld – Nordhausen Landkreise Eichsfeld, Nordhausen (Einw.: 205 628 - 18,2 %)		**192** Vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Anrode, Dünwald, Mühlhausen/Thüringen, Unstruttal, die Verwaltungsgemeinschaft Hildebrandshausen/Lengenfeld unterm Stein (= Gemeinden Hildebrandshausen, Lengenfeld unterm Stein, Rodeberg) (Einw.: 49 808)	**190 Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I** Landkreise Eichsfeld, Nordhausen, vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Anrode, Dünwald, Mühlhausen/Thüringen, Unstruttal, die Verwaltungsgemeinschaft Hildebrandshausen/Lengenfeld unterm Stein (= Gemeinden Hildebrandshausen, Lengenfeld unterm Stein, Rodeberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 191) (Einw.: 255 436 1,6 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 195 Jena – Weimar – Weimarer Land und Überschreitung der Toleranzgrenze			
191 Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis I Kreisfreie Stadt Eisenach, Wartburgkreis, vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Bad Langensalza, Heyerode, Katharinenberg, die Verwaltungsgemeinschaften Unstrut-Hainich (= Gemeinden Altengottern, Flarchheim, Großengottern, Heroldishausen, Mülverstedt, Schönstedt, Weberstedt), Vogtei (= Gemeinden Kammerforst, Langula, Niederdorla, Oberdorla, Oppershausen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 192) (Einw.: 221 776 - 11,8 %)		**192** Vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Großvargula, Herbsleben, Menteroda, Weinbergen, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Tennstedt (= Gemeinden Bad Tennstedt, Ballhausen, Blankenburg, Bruchstedt, Haussömmern, Hornsömmern, Kirchheilingen, Klettstedt, Kutzleben, Mittelsömmern, Sundhausen, Tottleben, Urleben), Schlotheim (= Gemeinden Bothenheilingen, Issersheilingen, Kleinwelsbach, Körner, Marolterode, Neunheilingen, Obermehler, Schlotheim) (Einw.: 26 700)	**191 Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II** Kreisfreie Stadt Eisenach, Wartburgkreis, vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Bad Langensalza, Großvargula, Herbsleben, Heyerode, Katharinenberg, Menteroda, Weinbergen, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Tennstedt (= Gemeinden Bad Tennstedt, Ballhausen, Blankenburg, Bruchstedt, Haussömmern, Hornsömmern, Kirchheilingen, Klettstedt, Kutzleben, Mittelsömmern, Sundhausen, Tottleben, Urleben), Schlotheim (= Gemeinden Bothenheilingen, Issersheilingen, Kleinwelsbach, Körner, Marolterode, Neunheilingen, Obermehler, Schlotheim), Unstrut-Hainich (= Gemeinden Altengottern, Flarchheim, Großengottern, Heroldishausen, Mülverstedt, Schönstedt, Weberstedt), Vogtei (= Gemeinden Kammerforst, Langula, Niederdorla, Oberdorla, Oppershausen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 190) (Einw.: 248 476 - 1,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 195 Jena – Weimar – Weimarer Land			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	 Zugang von Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
192 Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Unstrut-Hainich-Kreis II Kyffhäuserkreis, Landkreis Sömmerda, vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Anrode, Dünwald, Großvargula, Herbsleben, Menteroda, Mühlhausen/Thüringen, Unstruttal, Weinbergen, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Tennstedt (= Gemeinden Bad Tennstedt, Ballhausen, Blankenburg, Bruchstedt, Haussömmern, Hornsömmern, Kirchheilingen, Klettstedt, Kutzleben, Mittelsömmern, Sundhausen, Tottleben, Urleben), Hildebrandshausen/Lengenfeld unterm Stein (= Gemeinden Hildebrandshausen, Lengenfeld unterm Stein, Rodeberg), Schlotheim (= Gemeinden Bothenheilingen, Issersheilingen, Kleinwelsbach, Körner, Marolterode, Neunheilingen, Obermehler, Schlotheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 191) (Einw.: 245 921 - 2,2 %)	**190** Vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Anrode, Dünwald, Mühlhausen/Thüringen, Unstruttal, die Verwaltungsgemeinschaft Hildebrandshausen/Lengenfeld unterm Stein (= Gemeinden Hildebrandshausen, Lengenfeld unterm Stein, Rodeberg) (Einw.: 49 808) **191** Vom Unstrut-Hainich-Kreis die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Großvargula, Herbsleben, Menteroda, Weinbergen, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Tennstedt (= Gemeinden Bad Tennstedt, Ballhausen, Blankenburg, Bruchstedt, Haussömmern, Hornsömmern, Kirchheilingen, Klettstedt, Kutzleben, Mittelsömmern, Sundhausen, Tottleben, Urleben), Schlotheim (= Gemeinden Bothenheilingen, Issersheilingen, Kleinwelsbach, Körner, Marolterode, Neunheilingen, Obermehler, Schlotheim) (Einw.: 26 700)	**195** Vom Landkreis Weimarer Land die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Apolda, Auerstedt, Bad Berka, Bad Sulza, Blankenhain, Eberstedt, Flurstedt, Gebstedt, Großheringen, Ködderitzsch, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Reisdorf, Saaleplatte, Schmiedehausen, Wickerstedt, die Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt (= Gemeinden Ballstedt, Berlstedt, Ettersburg, Hottelstedt, Krautheim, Neumark, Ramsla, Schwerstedt, Vippachedelhausen), Buttelstedt (= Gemeinden Buttelstedt, Großobringen, Heichelheim, Kleinobringen, Leutenthal, Rohrbach, Sachsenhausen, Wohlsborn), Ilmtal-Weinstraße (= Gemeinden Kromsdorf, Liebstedt, Mattstedt, Niederreißen, Niederroßla, Nirmsdorf, Oberreißen, Oßmannstedt, Pfiffelbach, Willerstedt), Kranichfeld (= Gemeinden Hohenfelden, Klettbach, Kranichfeld, Nauendorf, Rittersdorf, Tonndorf), Mellingen (= Gemeinden Buchfart, Döbritschen, Frankendorf, Großschwabhausen, Hammerstedt, Hetschburg, Hohlstedt, Kapellendorf, Kiliansroda, Kleinschwabhausen, Lehnstedt, Magdala, Mechelroda, Mellingen, Oettern, Umpferstedt, Vollersroda, Wiegendorf) (Einw.: 81 930)	**192 Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I** Kyffhäuserkreis, Landkreis Sömmerda, vom Landkreis Weimarer Land die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Apolda, Auerstedt, Bad Berka, Bad Sulza, Blankenhain, Eberstedt, Flurstedt, Gebstedt, Großheringen, Ködderitzsch, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Reisdorf, Saaleplatte, Schmiedehausen, Wickerstedt, die Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt (= Gemeinden Ballstedt, Berlstedt, Ettersburg, Hottelstedt, Krautheim, Neumark, Ramsla, Schwerstedt, Vippachedelhausen), Buttelstedt (= Gemeinden Buttelstedt, Großobringen, Heichelheim, Kleinobringen, Leutenthal, Rohrbach, Sachsenhausen, Wohlsborn), Ilmtal-Weinstraße (= Gemeinden Kromsdorf, Liebstedt, Mattstedt, Niederreißen, Niederroßla, Nirmsdorf, Oberreißen, Oßmannstedt, Pfiffelbach, Willerstedt), Kranichfeld (= Gemeinden Hohenfelden, Klettbach, Kranichfeld, Nauendorf, Rittersdorf, Tonndorf), Mellingen (= Gemeinden Buchfart, Döbritschen, Frankendorf, Großschwabhausen, Hammerstedt, Hetschburg, Hohlstedt, Kapellendorf, Kiliansroda, Kleinschwabhausen, Lehnstedt, Magdala, Mechelroda, Mellingen, Oettern, Umpferstedt, Vollersroda, Wiegendorf) (Übriege Gemeinden s. Wkr. 194) (Einw.: 251 343 0,0 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 195 Jena – Weimar – Weimarer Land			
194 Erfurt Kreisfreie Stadt Erfurt (Einw.: 194 635 - 22,6 %)		**195** Kreisfreie Stadt Weimar, vom Landkreis Weimarer Land die Verwaltungsgemeinschaft Grammetal (= Gemeinden Bechstedtstraß, Daasdorf a. Berge, Gutendorf, Hopfgarten, Isseroda, Mönchenholzhausen, Niederzimmern, Nohra, Ottstedt a. Berge, Troistedt, Utzberg) (Einw.: 69 525)	**194 Erfurt – Weimar – Weimarer Land II** Kreisfreie Städte Erfurt, Weimar, vom Landkreis Weimarer Land die Verwaltungsgemeinschaft Grammetal (= Gemeinden Bechstedtstraß, Daasdorf a. Berge, Gutendorf, Hopfgarten, Isseroda, Mönchenholzhausen, Niederzimmern, Nohra, Ottstedt a. Berge, Troistedt, Utzberg) (Übriege Gemeinden s. Wkr. 192) (Einw.: 264 160 5,0 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 195 Jena – Weimar – Weimarer Land und Überschreitung der Toleranzgrenze			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	 Zugang von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
195 Jena – Weimar – Weimarer Land Kreisfreie Städte Jena, Weimar, Landkreis Weimarer Land (Einw.: 246 498 - 2,0 %)	**192** Vom Landkreis Weimarer Land die verwaltungsgemeinschaftsfreien Gemeinden Apolda, Auerstedt, Bad Berka, Bad Sulza, Blankenhain, Eberstedt, Flurstedt, Gebstedt, Großheringen, Ködderitzsch, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Reisdorf, Saaleplatte, Schmiedehausen, Wickerstedt, die Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt (= Gemeinden Ballstedt, Berlstedt, Ettersburg, Hottelstedt, Krautheim, Neumark, Ramsla, Schwerstedt, Vippachedelhausen), Buttelstedt (= Gemeinden Buttelstedt, Großobringen, Heichelheim, Kleinobringen, Leutenthal, Rohrbach, Sachsenhausen, Wohlsborn), Ilmtal-Weinstraße (= Gemeinden Kromsdorf, Liebstedt, Mattstedt, Niederreißen, Niederroßla, Nirmsdorf, Oberreißen, Oßmannstedt, Pfiffelbach, Willerstedt), Kranichfeld (= Gemeinden Hohenfelden, Klettbach, Kranichfeld, Nauendorf, Rittersdorf, Tonndorf), Mellingen (= Gemeinden Buchfart, Döbritschen, Frankendorf, Großschwabhausen, Hammerstedt, Hetschburg, Hohlstedt, Kapellendorf, Kiliansroda, Kleinschwabhausen, Lehnstedt, Magdala, Mechelroda, Mellingen, Oettern, Umpferstedt, Vollersroda, Wiegendorf) (Einw.: 81 930) **194** Kreisfreie Stadt Weimar, vom Landkreis Weimarer Land die Verwaltungsgemeinschaft Grammetal (= Gemeinden Bechstedtstraß, Daasdorf a. Berge, Gutendorf, Hopfgarten, Isseroda, Mönchenholzhausen, Niederzimmern, Nohra, Ottstedt a. Berge, Troistedt, Utzberg) (Einw.: 69 525) **196** Kreisfreie Stadt Jena (Einw.: 95 043)		
Bemerkung: Wegfall des Wahlkreises			
196 Gera – Saale-Holzland-Kreis Kreisfreie Stadt Gera, Saale-Holzland-Kreis (Einw.: 198 086 - 21,2 %)		**195** Kreisfreie Stadt Jena (Einw.: 95 043)	**196 Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis** Kreisfreie Städte Gera, Jena, Saale-Holzland-Kreis (Einw.: 293 129 16,6 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 195 Jena – Weimar – Weimarer Land und Überschreitung der Toleranzgrenze			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
		Rheinland-Pfalz			
210 Ludwigshafen/Frankenthal					**210 Ludwigshafen/Frankenthal**
Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz), Ludwigshafen am Rhein,					Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz), Ludwigshafen am Rhein,
vom Landkreis Ludwigshafen					vom Rhein-Pfalz-Kreis
die verbandsfreien Gemeinden					die verbandsfreien Gemeinden
Altrip, Bobenheim-Roxheim, Böhl-Iggelheim, Lambsheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen,					Altrip, Bobenheim-Roxheim, Böhl-Iggelheim, Lambsheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen,
die Verbandsgemeinden					die Verbandsgemeinden
Dannstadt-Schauernheim (= Gemeinden Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assenheim, Rödersheim-Gronau),					Dannstadt-Schauernheim (= Gemeinden Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assenheim, Rödersheim-Gronau),
Heßheim (= Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim bei Frankenthal, Kleinniedesheim),					Heßheim (= Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim bei Frankenthal, Kleinniedesheim),
Maxdorf (= Gemeinden Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf)					Maxdorf (= Gemeinden Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 211)					(Übrige Gemeinden s. Wkr. 211)
(Einw.: 261 570 4,0 %)					(Einw.: 261 570 4,0 %)
Bemerkungen: Änderung der Beschreibung auf Grund Änderung des Namens des Landkreises Ludwigshafen in Rhein-Pfalz-Kreis mit Wirkung vom 1.1.2004					
211 Neustadt – Speyer					**211 Neustadt – Speyer**
Kreisfreie Städte Neustadt an der Weinstraße, Speyer,					Kreisfreie Städte Neustadt an der Weinstraße, Speyer,
Landkreis Bad Dürkheim,					Landkreis Bad Dürkheim,
vom Landkreis Ludwigshafen					vom Rhein-Pfalz-Kreis
die verbandsfreien Gemeinden					die verbandsfreien Gemeinden
Römerberg, Schifferstadt,					Römerberg, Schifferstadt,
die Verbandsgemeinden					die Verbandsgemeinden
Dudenhofen (= Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen),					Dudenhofen (= Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen),
Waldsee (= Gemeinden Otterstadt, Waldsee)					Waldsee (= Gemeinden Otterstadt, Waldsee)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 210)					(Übrige Gemeinden s. Wkr. 210)
(Einw.: 265 510 5,6 %)					(Einw.: 265 510 5,6 %)
Bemerkungen: Änderung der Beschreibung auf Grund Änderung des Namens des Landkreises Ludwigshafen in Rhein-Pfalz-Kreis mit Wirkung vom 1.1.2004					

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
		Bayern	
215 Altötting Landkreise Ebersberg, Mühldorf a. Inn, vom Landkreis Altötting die Gemeinden Altötting, Burghausen, Burgkirchen a.d. Alz, Garching a.d. Alz, Haiming, Neuötting, Pleiskirchen, Teising, Töging a. Inn, Tüßling, Winhöring, die Verwaltungsgemeinschaften Emmerting (= Gemeinden Emmerting, Mehring), Marktl (= Gemeinden Marktl, Stammham), Reischach (= Gemeinden Erlbach, Perach, Reischach), Unterneukirchen (= Gemeinden Kastl, Unterneukirchen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 226) (Einw.: 311 494 23,9 %)	**215a** Landkreis Ebersberg (Einw.: 111 010)	**226** Vom Landkreis Altötting die Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach (= Gemeinden Feichten a.d. Alz, Halsbach, Kirchweidach, Tyrlaching) (Einw.: 5 231)	**215 Altötting** Landkreise Altötting, Mühldorf a. Inn (Einw.: 205 715 - 18,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 215a Erding – Ebersberg und Überschreitung der Toleranzgrenze			
		215 Landkreis Ebersberg (Einw.: 111 010) **216** Vom Landkreis Erding die Gemeinden Bockhorn, Dorfen, Erding, Fraunberg, Taufkirchen (Vils), die Verwaltungsgemeinschaften Steinkirchen (= Gemeinden Hohenpolding, Inning a. Holz, Kirchberg, Steinkirchen), Wartenberg (= Gemeinden Berglern, Langenpreising, Wartenberg) (Einw.: 68 235) **223** Vom Landkreis Erding die Gemeinden Finsing, Forstern, Isen, Lengdorf, Moosinning, Sankt Wolfgang, die Verwaltungsgemeinschaften Hörlkofen (= Gemeinden Walpertskirchen, Wörth), Oberding (= Gemeinden Eitting, Oberding), Oberneuching (= Gemeinden Neuching, Ottenhofen), Pastetten (= Gemeinden Buch a. Buchrain, Pastetten) (Einw.: 42 178)	**215a Erding – Ebersberg** Landkreise Ebersberg, Erding (Einw.: 221 423 - 11,9 %)
Bemerkung: Neubildung des Wahlkreises			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
216 Freising Landkreise Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm, vom Landkreis Erding die Gemeinden Bockhorn, Dorfen, Erding, Fraunberg, Taufkirchen (Vils), die Verwaltungsgemeinschaften Steinkirchen (= Gemeinden Hohenpolding, Inning a. Holz, Kirchberg, Steinkirchen), Wartenberg (= Gemeinden Berglern, Langenpreising, Wartenberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 223) (Einw.: 312 189 24,1 %)	**215a** Vom Landkreis Erding die Gemeinden Bockhorn, Dorfen, Erding, Fraunberg, Taufkirchen (Vils), die Verwaltungsgemeinschaften Steinkirchen (= Gemeinden Hohenpolding, Inning a. Holz, Kirchberg, Steinkirchen), Wartenberg (= Gemeinden Berglern, Langenpreising, Wartenberg) (Einw.: 68 235)	**218** Vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Gemeinden Aresing, Ehekirchen, Karlshuld, Königsmoos, Schrobenhausen, die Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen) (Einw.: 38 234)	**216 Freising** Landkreise Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm, vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Gemeinden Aresing, Ehekirchen, Karlshuld, Königsmoos, Schrobenhausen, die Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 218) (Einw.: 282 188 12,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 215a Erding – Ebersberg und Überschreitung der Toleranzgrenze			
218 Ingolstadt Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen (Einw.: 300 052 19,3 %)	**216** Vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Gemeinden Aresing, Ehekirchen, Karlshuld, Königsmoos, Schrobenhausen, die Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen) (Einw.: 38 234)		**218 Ingolstadt** Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreis Eichstätt, vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Gemeinden Burgheim, Karlskron, Neuburg a.d. Donau, Oberhausen, Rennertshofen, Weichering, die Verwaltungsgemeinschaft Neuburg a.d. Donau (= Gemeinden Bergheim, Rohrenfels) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 216) (Einw.: 261 818 4,1 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
223 München-Land Landkreis München, vom Landkreis Erding die Gemeinden Finsing, Forstern, Isen, Lengdorf, Moosinning, Sankt Wolfgang, die Verwaltungsgemeinschaften Hörlkofen (= Gemeinden Walpertskirchen, Wörth), Oberding (= Gemeinden Eitting, Oberding), Oberneuching (= Gemeinden Neuching, Ottenhofen), Pastetten (= Gemeinden Buch a. Buchrain, Pastetten) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 216) (Einw.: 305 897 21,6 %)	**215a** Vom Landkreis Erding die Gemeinden Finsing, Forstern, Isen, Lengdorf, Moosinning, Sankt Wolfgang, die Verwaltungsgemeinschaften Hörlkofen (= Gemeinden Walpertskirchen, Wörth), Oberding (= Gemeinden Eitting, Oberding), Oberneuching (= Gemeinden Neuching, Ottenhofen), Pastetten (= Gemeinden Buch a. Buchrain, Pastetten) (Einw.: 42 178)	**225** Vom Landkreis Starnberg die Gemeinden Gauting, Krailling (Einw.: 23 726)	**223 München-Land** Landkreis München, vom Landkreis Starnberg die Gemeinden Gauting, Krailling (Übrige Gemeinden s. Wkr. 225) (Einw.: 287 445 14,3 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 215a Erding – Ebersberg und Überschreitung der Toleranzgrenze			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis / Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis / Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
225 Starnberg Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Starnberg (Einw.: 308 378 22,6 %)	223 Vom Landkreis Starnberg die Gemeinden Gauting, Krailling (Einw.: 23 726)	227 Vom Landkreis Weilheim-Schongau die Gemeinde Bernried, die Verwaltungsgemeinschaft Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt) (Einw.: 6.945)	**225 Starnberg** Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, vom Landkreis Starnberg die Gemeinden Andechs, Berg, Feldafing, Gilching, Herrsching a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking, Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee (Übrige Gemeinden s. Wkr. 223), vom Landkreis Weilheim-Schongau die Gemeinde Bernried, die Verwaltungsgemeinschaft Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 227) (Einw.: 291 597 16,0 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
226 Traunstein Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein, vom Landkreis Altötting die Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach (= Gemeinden Feichten a.d. Alz, Halsbach, Kirchweidach, Tyrlaching) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 215) (Einw.: 254 587 1,2 %)	215 Vom Landkreis Altötting die Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach (= Gemeinden Feichten a.d. Alz, Halsbach, Kirchweidach, Tyrlaching) (Einw.: 5 231)		**226 Traunstein** Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein (Einw.: 249 356 - 0,8 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 215a Erding – Ebersberg			
227 Weilheim Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Weilheim-Schongau (Einw.: 302 059 20,1 %)	225 Vom Landkreis Weilheim-Schongau die Gemeinde Bernried, die Verwaltungsgemeinschaft Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt) (Einw.: 6.945)		**227 Weilheim** Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, vom Landkreis Weilheim-Schongau die Gemeinden Hohenpeißenberg, Peißenberg, Peiting, Penzberg, Polling, Schongau, Weilheim i. OB, Wessobrunn, Wielenbach, die Verwaltungsgemeinschaften Altenstadt (= Gemeinden Altenstadt, Hohenfurch, Ingenried, Schwabbruck, Schwabsoien), Bernbeuren (= Gemeinden Bernbeuren, Burggen), Habach (= Gemeinden Antdorf, Habach, Obersöchering, Sindelsdorf), Huglfing (= Gemeinden Eberfing, Eglfing, Huglfing, Oberhausen),

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	 Zugang von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
			Pähl-Raisting (= Gemeinden Pähl, Raisting), Rottenbuch (= Gemeinden Böbing, Rottenbuch), Steingaden (= Gemeinden Prem, Steingaden, Wildsteig) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 225) (Einw.: 295 114 17,4 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
228 Deggendorf Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau (Einw.: 191 979 - 23,7 %)		**230** Vom Landkreis Passau die Gemeinden Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen (Einw.: 13 173)	**228 Deggendorf** Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, vom Landkreis Passau die Gemeinden Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 230) (Einw.: 205 152 - 18,4 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
230 Passau Kreisfreie Stadt Passau, Landkreis Passau (Einw.: 226 694 - 9,9 %)	**228** Vom Landkreis Passau die Gemeinden Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen (Einw.: 13 173)		**230 Passau** Kreisfreie Stadt Passau, vom Landkreis Passau die Gemeinden Aldersbach, Bad Füssing, Bad Griesbach i. Rottal, Breitenberg, Büchlberg, Fürstenzell, Haarbach, Hauzenberg, Hutthurm, Kirchham, Kößlarn, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn, Neukirchen vorm Wald, Obernzell, Ortenburg, Pocking, Ruderting, Ruhstorf a.d. Rott, Salzweg, Sonnen, Tettenweis, Thyrnau, Tiefenbach, Untergriesbach, Vilshofen, Wegscheid, Windorf, die Verwaltungsgemeinschaften Aidenbach (= Gemeinden Aidenbach, Beutelsbach), Rotthalmünster (= Gemeinden Malching, Rotthalmünster), Tittling (= Gemeinden Tittling, Witzmannsberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 228) (Einw.: 213 521 - 15,1 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 228 Deggendorf			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis / Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis / Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
254 Augsburg-Land Vom Landkreis Augsburg die Gemeinden Adelsried, Altenmünster, Aystetten, Biberbach, Bobingen, Diedorf, Dinkelscherben, Fischach, Gablingen, Gersthofen, Graben, Horgau, Kutzenhausen, Langweid a. Lech, Meitingen, Neusäß, Schwabmünchen, Stadtbergen, Thierhaupten, Wehringen, Zusmarshausen, die Verwaltungsgemeinschaften Gessertshausen (= Gemeinden Gessertshausen, Ustersbach), Großaitingen (= Gemeinden Großaitingen, Kleinaitingen, Oberottmarshausen), Stauden (= Gemeinden Langenneufnach, Mickhausen, Mittelneufnach, Scherstetten, Walkertshofen), Langerringen (= Gemeinden Hiltenfingen, Langerringen), Lechfeld (= Gemeinden Klosterlechfeld, Untermeitingen), Nordendorf (= Gemeinden Allmannshofen, Ehingen, Ellgau, Kühlenthal, Nordendorf, Westendorf), Welden (= Gemeinden Bonstetten, Emersacker, Heretsried, Welden) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 253), vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinden Affing, Aichach, Friedberg, Hollenbach, Kissing, Merching, Rehling, Ried, die Verwaltungsgemeinschaften Aindling (= Gemeinden Aindling, Petersdorf, Todtenweis), Dasing (= Gemeinden Adelzhausen, Dasing, Eurasburg, Obergriesbach, Sielenbach), Mering (= Gemeinden Mering, Schmiechen, Steindorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 255) (Einw.: 302 261 20,2 %)	255 Vom Landkreis Aichach-Friedberg die Verwaltungsgemeinschaft Aindling (= Gemeinden Aindling, Petersdorf, Todtenweis) (Einw.: 7 176)		**254 Augsburg-Land** Vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinden Affing, Aichach, Friedberg, Hollenbach, Kissing, Merching, Rehling, Ried, die Verwaltungsgemeinschaften Dasing (= Gemeinden Adelzhausen, Dasing, Eurasburg, Obergriesbach, Sielenbach), Mering (= Gemeinden Mering, Schmiechen, Steindorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 255), vom Landkreis Augsburg die Gemeinden Adelsried, Altenmünster, Aystetten, Biberbach, Bobingen, Diedorf, Dinkelscherben, Fischach, Gablingen, Gersthofen, Graben, Horgau, Kutzenhausen, Langweid a. Lech, Meitingen, Neusäß, Schwabmünchen, Stadtbergen, Thierhaupten, Wehringen, Zusmarshausen, die Verwaltungsgemeinschaften Gessertshausen (= Gemeinden Gessertshausen, Ustersbach), Großaitingen (= Gemeinden Großaitingen, Kleinaitingen, Oberottmarshausen), Langerringen (= Gemeinden Hiltenfingen, Langerringen), Lechfeld (= Gemeinden Klosterlechfeld, Untermeitingen), Nordendorf (= Gemeinden Allmannshofen, Ehingen, Ellgau, Kühlenthal, Nordendorf, Westendorf), Stauden (= Gemeinden Langenneufnach, Mickhausen, Mittelneufnach, Scherstetten, Walkertshofen), Welden (= Gemeinden Bonstetten, Emersacker, Heretsried, Welden) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 253) (Einw.: 295 085 17,3 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
255 Donau-Ries Landkreise Dillingen a.d. Donau, Donau-Ries, vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinde Inchenhofen, die Verwaltungsgemeinschaften Kühbach (= Gemeinden Kühbach, Schiltberg), Pöttmes (= Gemeinden Baar [Schwaben], Pöttmes) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 254) (Einw.: 227 921 - 9,4 %)		254 Vom Landkreis Aichach-Friedberg die Verwaltungsgemeinschaft Aindling (= Gemeinden Aindling, Petersdorf, Todtenweis) (Einw.: 7 176)	**255 Donau-Ries** Landkreise Dillingen a.d. Donau, Donau-Ries, vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinde Inchenhofen, die Verwaltungsgemeinschaften Aindling (= Gemeinden Aindling, Petersdorf, Todtenweis), Kühbach (= Gemeinden Kühbach, Schiltberg), Pöttmes (= Gemeinden Baar [Schwaben], Pöttmes) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 254) (Einw.: 235 097 - 6,5 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 254 Augsburg-Land			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Baden-Württemberg		
261 Böblingen Landkreis Böblingen (Einw.: 311 266 23,8 %)	**263** Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Schönaich, Steinenbronn, Waldenbuch, Weil im Schönbuch (Einw.: 29 989)		**261 Böblingen** Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Aidlingen, Altdorf, Böblingen, Bondorf, Deckenpfronn, Ehningen, Gärtringen, Gäufelden, Grafenau, Herrenberg, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Jettingen, Leonberg, Magstadt, Mötzingen, Nufringen, Renningen, Rutesheim, Sindelfingen, Weil der Stadt, Weissach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 263) (Einw.: 281 277 11,9 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
262 Esslingen Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichwald, Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Köngen, Lichtenwald, Neuhausen auf den Fildern, Ostfildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 263) (Einw.: 200 163 - 20,4 %)		**263** Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Notzingen, Oberboihingen, Unterensingen (Einw.: 12 207)	**262 Esslingen** Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichwald, Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Köngen, Lichtenwald, Neuhausen auf den Fildern, Notzingen, Oberboihingen, Ostfildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Unterensingen, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 263) (Einw.: 212 370 - 15,5 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
263 Nürtingen Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Bissingen an der Teck, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lenningen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neidlingen, Neuffen, Notzingen, Nürtingen, Oberboihingen, Ohmden, Owen, Schlaitdorf, Unterensingen, Weilheim an der Teck, Wolfschlugen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 262) (Einw.: 235 627 - 6,3 %)	**262** Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Notzingen, Oberboihingen, Unterensingen (Einw.: 12 207)	**261** Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Schönaich, Steinenbronn, Waldenbuch, Weil im Schönbuch (Einw.: 29 989)	**263 Nürtingen** Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Schönaich, Steinenbronn, Waldenbuch, Weil im Schönbuch (Übrige Gemeinden s. Wkr. 261), vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Bissingen an der Teck, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lenningen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neidlingen, Neuffen, Nürtingen, Ohmden, Owen, Schlaitdorf, Weilheim an der Teck, Wolfschlugen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 262) (Einw.: 253 409 0,8 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze in den Wahlkreisen 261 Böblingen und 262 Esslingen			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Zugang von Wahlkreis – Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
267 Neckar-Zaber Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Flein, Güglingen, Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Neckarwestheim, Nordheim, Pfaffenhofen, Talheim, Untergruppenbach, Zaberfeld (Übrige Gemeinden s. Wkr. 268), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 266) (Einw.: 260 277 3,5 %)		**268** Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Löwenstein, Obersulm, Wüstenrot (Einw.: 22 199)	**267 Neckar-Zaber** Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Flein, Güglingen, Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Löwenstein, Neckarwestheim, Nordheim, Obersulm, Pfaffenhofen, Talheim, Untergruppenbach, Wüstenrot, Zaberfeld (Übrige Gemeinden s. Wkr. 268), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 266) (Einw.: 282 476 12,3 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 268 Heilbronn			
268 Heilbronn Stadtkreis Heilbronn, vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Erlenbach, Gemmingen, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Ittlingen, Jagsthausen, Kirchardt, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Leingarten, Löwenstein, Massenbachhausen, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Roigheim, Schwaigern, Siegelsbach, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern, Wüstenrot (Übrige Gemeinden s. Wkr. 267) (Einw.: 306 889 22,0 %)	**267** Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Löwenstein, Obersulm, Wüstenrot (Einw.: 22 199)		**268 Heilbronn** Stadtkreis Heilbronn, vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Erlenbach, Gemmingen, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Ittlingen, Jagsthausen, Kirchardt, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Leingarten, Massenbachhausen, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Oedheim, Offenau, Roigheim, Schwaigern, Siegelsbach, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern (Übrige Gemeinden s. Wkr. 267) (Einw.: 284 690 13,2 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			
294 Ravensburg – Bodensee Bodenseekreis, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Aulendorf, Baienfurt, Baindt, Berg, Bodnegg, Fronreute, Grünkraut, Horgenzell, Ravensburg, Schlier, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende (Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 295) (Einw.: 299 296 19,0 %)	**295** Vom Landkreis Ravensburg die Gemeinde Aulendorf (Einw.: 9 120)		**294 Ravensburg – Bodensee** Bodenseekreis, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Baienfurt, Baindt, Berg, Bodnegg, Fronreute, Grünkraut, Horgenzell, Ravensburg, Schlier, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende (Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 295) (Einw.: 290 176 15,4 %)
Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze			

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Abgang Bezeichnung der Gebietseinheit an Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	Veränderungen durch Umsetzungen Zugang Bezeichnung der Gebietseinheit von Wahlkreis — Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
295 Zollernalb – Sigmaringen Landkreis Sigmaringen, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Altshausen, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Königseggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 294), vom Zollernalbkreis die Gemeinden Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 291) (Einw.: 264 406 5,1 %)		**294** Vom Landkreis Ravensburg die Gemeinde Aulendorf (Einw.: 9 120)	**295 Zollernalb – Sigmaringen** Landkreis Sigmaringen, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Altshausen, Aulendorf, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Königseggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 294), vom Zollernalbkreis die Gemeinden Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 291) (Einw.: 273 526 8,8 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee

Saarland

298 Sankt Wendel Landkreis Sankt Wendel, vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinde Heusweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 299), vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 299), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Lebach, Schmelz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 297) (Einw.: 222 820 - 11,4 %)			**298 Sankt Wendel** Landkreis Sankt Wendel, vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinde Heusweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 299), vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 299), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Lebach, Schmelz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 297) (Einw.: 222 820 - 11,4 %)

Bemerkung: Beschreibung zur Anpassung an geringfügige, wahlkreisübergreifende Änderungen von Gemeindegrenzen, die am 1.9.2003 in Kraft getreten sind

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 1. April 2002	Veränderungen durch Umsetzungen				**Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt **bei 299 Wkr.** Gebietsstand 31. Dezember 2002
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2002 Gebietsstand 31. Dezember 2002	
299 Homburg Saarpfalz-Kreis, vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Friedrichsthal, Quierschied, Sulzbach/Saar (Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 298), vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Neunkirchen, Spiesen-Elversberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 298) (Einw.: 245 769 - 2,3 %)					**299 Homburg** Saarpfalz-Kreis, vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Friedrichsthal, Quierschied, Sulzbach/Saar (Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 298), vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Neunkirchen, Spiesen-Elversberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 298) (Einw.: 245 769 - 2,3 %)

Bemerkung: Beschreibung zur Anpassung an geringfügige, wahlkreisübergreifende Änderungen von Gemeindegrenzen, die am 1.9.2003 in Kraft getreten sind

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333